

ao aktuelle ostinformationen

Europa und die Welt zu Gast im GESW



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Pädagogischen Austauschdienstes im Jahr 2008

Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

einen Schwerpunkt des vorliegenden Heftes stellen die komplexen Beziehungen zwischen Polen, Deutschland, der EU und Russland dar. Sie spiegeln die Tatsache wider, dass sich die Annahme des Vertrags von Lissabon weiterhin verzögert, was ebenso wie die Nichtexistenz einer einheitlichen EU-Politik gegenüber Russland zweifelsohne dazu beiträgt, dass sich die Reformbemühungen sowie die Auswirkungen der angestrebten GASP als unzureichend erweisen und drohen, an den Interessengegensätzen ihrer Mitgliedsstaaten zu scheitern.

Unserem Nachbarland Polen sind zwei weitere Beiträge gewidmet, in denen es einerseits um die Deutung einer weiterhin nur wenig aufgearbeiteten (kommunistischen) Vergangenheit geht, andererseits nach der Rolle und dem Stellenwert der polnischen Rentenreform gefragt wird. Beide Autoren kritisieren sowohl die unzulängliche Auseinandersetzung mit einer düsteren Vergangenheit als auch den unzureichenden Gestaltungswillen hinsichtlich einer für zahlreiche Menschen sozial wenig gesicherten Zukunft.

Ganz anderen Ufern scheint hingegen das bis vor kurzem noch so spektakulär prosperierende China zuzustreben, das zwar von der Delokalisierung in der erweiterten EU profitiert, für Europa aber weder politisch noch wirtschaftlich und sozial zum Referenzmodell werden kann.

Angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren bislang nicht absehbaren Auswirkungen wird freilich deutlich, wie schnell sich „nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ im sein Gegenteil verkehren kann und wie flüchtig politische und wirtschaftliche Prognosen ausfallen können.

Bleibt als vorläufiger Trost die (schöne) Literatur, der wir uns im Buchreport und in mehreren Rezensionen intensiv gewidmet haben, wobei der Balkan als zukünftiger Erweiterungsraum der EU einen bewusst gewählten Schwerpunkt bildet.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

- Zbigniew Wilkiewicz*
 Polen, Deutschland, die EU und Russland 2
- Wojciech Wilczek*
 Die Aufarbeitung des kommunistischen Erbes in Polen 20
- Marek Szczepański*
 Rentenprogramme für Arbeitnehmer in Polen – eine ungenutzte
 Chance für bessere Renten..... 37
- Katarzyna Boba*
 Delokalisierung in der erweiterten EU – Ursachen und Konsequenzen
 des Kapitalabflusses nach China 53

Berichte

- Navina Engelage*
 Schulen: Partner der Zukunft 65
- Navina Engelage*
 20 Jahre Mauerfall – von der Teilung zur Einheit Deutschlands 68

Buchreport

- Zbigniew Wilkiewicz*
 Jürgen Joachimsthaler, Marek Zybura (Hg.): Słownik współczesnych
 pisarzy niemieckojęzycznych. Pokolenie powojenne [Lexikon der
 zeitgenössischen deutschsprachigen Literatur. Die
 Nachkriegsgeneration]..... 71
- Gerhard Schüsselbauer*
 Literatur 2009 – Sofja Tolstaja, Olga Tokarczuk, Magdalena Tulli,
 Viktor Pelewin, Filip Florian, Mikołaj Łoziński..... 79

Rezensionen

- Wolfgang Dahmen, Petra Himstedt-Vaid, Gerhard Ressel (Hg.):
 Grenzüberschreitungen. Traditionen und Identitäten in
 Südosteuropa. Festschrift für Gabrielle Schubert..... 86
- Gabriella Schubert (Hg.): Serbien in Europa. Leitbilder der
 Moderne in der Diskussion. 89
- Maria Ossowska: Das ritterliche Ethos und seine Spielraten..... 92
- Adam Zagajewski: Verteidigung der Leidenschaft..... 95

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Polen, Deutschland, die EU und Russland

Einleitung

Besonders seit dem EU-Beitritt Polens ist es um die deutsch-polnischen Beziehungen nicht besonders gut bestellt. In den vergangenen Jahren hat man sich in erster Linie an bilateralen Konflikten abgearbeitet und keine gemeinsame Europapolitik betrieben. Die immer wieder aufbrechenden bilateralen Konflikte wurden durch unterschiedliche Positionen innerhalb der EU und durch eine stark divergierende Außenpolitik beider Staaten gegenüber Russland und den USA potenziert. Sicherlich hat dazu einerseits die übertriebene Berichtserstattung in den (polnischen) Medien sowie der EU- und deutschlandkritische Kurs der ehemaligen polnischen Regierung beigetragen, andererseits aber auch das Desinteresse und der Mangel an einer aktiven Polenpolitik Deutschlands, der sich bereits unter Gerhard Schröder abzeichnete und von der Regierung Merkel weitgehend fortgesetzt wurde. Dies hat sich seit dem Amtsantritt von Donald Tusk etwas verändert, so dass man zukünftig wieder eine Intensivierung der Beziehungen und ein stärkeres Miteinander erwarten darf.

Wie stark die Interessen beider Staaten allerdings weiterhin divergieren, wird außenpolitisch an ihrem Verhältnis zu Russland und den USA deutlich, wobei energie- und sicherheitspolitische Probleme im Vordergrund eines kontrovers geführten Diskurses stehen.

Im vorliegenden Beitrag wird diese Entwicklung rekonstruiert und danach gefragt, ob es angesichts einer solchen Entwicklung Aussichten auf die Wiederherstellung der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft gibt oder die Interessen beider Staaten so stark divergieren, dass nicht mehr daran zu denken ist.

Deutsch-polnische Asymmetrien

Die deutsch-polnische Asymmetrien ergeben sich aus einem seit Jahrhunderten bestehenden zivilisatorischen Ost-West-Gefälle, der jahrzehntelangen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einbindung in gegensätzliche Wirtschafts- und Machtssysteme sowie den daraus resultierenden sehr unterschiedlichen Wirtschaftspotentialen beider Staaten. Nach dem Umbruchjahr 1989 kam sicherlich ein neuer wichtiger Faktor hinzu: die Asymmetrie der Interessen. Für Deutschland war Polen lange nicht so wichtig wie umgekehrt Deutschland für Polen. Immerhin betrachtete Warschau in den 1990er Jahren Deutschland als Schlüsselpartner. Das Hauptproblem der aktuellen bilateralen Beziehungen liegt deshalb durchaus nicht in der von den Vertretern der polnischen Rechten penetrant postulierten Möglichkeit eines deutschen Drangs nach Osten, sondern im Gegenteil, im fehlenden Interesse Deutschlands an seinem östlichen Nachbarn.¹

Nach der Wende und nach dem Zusammenbruch des Ostblocks verfolgten beide Staaten ähnliche außenpolitische Konzeptionen, die auf die gemeinsame Zukunft in der EU

¹ Adam Holesch: *Verpasster Neuanfang? Deutschland, Polen und die EU*. Bonn 2007, S. 29-30

orientiert waren. Das Konzept einer Werte- und Interessengemeinschaft sowie das Instrument des trilateralen Weimarer Dreiecks wurden entwickelt. Allerdings blieben weiterhin ungelöste Probleme, die die gegenseitigen Beziehungen immer wieder eintrübten, bestehen: Die historische Dimension mit ungeklärten Entschädigungsforderungen, die man in den Verträgen aus den Jahren 1990 und 1991 ausgeklammert hatte sowie die oben erwähnte erhebliche Asymmetrie der Beziehungen, bei der Polen für Deutschland in der Tat nur eine zweitrangige Rolle spielte.

Unabhängig davon ist die Anwaltsrolle Deutschlands bei der EU-Integration Polens unbestritten, und auch im Hinblick auf die Aussöhnung beider Völker wurden auf beiden Seiten große Fortschritte gemacht.

Gegen Ende der 1990er Jahre kam es freilich zu einem spürbaren Rückgang der beiderseitigen Initiativen. Es gelang nicht, einen Übergang von dem bis dahin dominanten Thema der Versöhnung zu anderen, für beide Seiten relevanten Inhalten zu schaffen. Beide Staatsführungen begannen sich voneinander zu entfremden, nicht zuletzt deshalb, weil die neue deutsche rot-grüne Regierung die „historische Sonderrolle“ der deutsch-polnischen Beziehungen nicht mehr akzeptierte und den Übergang zur „Normalität“ postulierte. Angesichts der in beiden Ländern neu diskutierten Vertriebenen- und Entschädigungsproblematik meldete sich die Geschichte wieder mit Macht zurück.

Allgemein konstatierte man ein Klima des gegenseitigen Misstrauens. Selbst nach der Abwahl der nationalkonservativen *Kaczyński*-Regierung im September 2007 gibt es weiterhin einen scharf geführten innerpolnischen politischen und historischen Diskurs über „deutschfreundliche“ Tendenzen bei einigen politisch agierenden Vertretern der Zunft, die regelmäßig Eingang in die öffentliche Debatte finden.²

Das deutsche Interesse an der Unterstützung Polens beim EU-Beitritt ergab sich in der Ära *Kohl* aus der Verknüpfung des historisch-moralischen Arguments (Zweiter Weltkrieg und deutsche Verbrechen in Polen) mit dem strategisch-politischen Argument (Deutschland als künftige Zentralmacht). Darüber hinaus wurde dieser Prozess durch die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands (Absatzmärkte und Wirtschaftsverflechtung) dynamisiert. Deshalb zeigte Deutschland als mächtigster EU-Staat das stärkste Interesse an der Osterweiterung der EU.³

Nach dem rot-grünen Regierungswechsel in Deutschland wurde die von *Helmut Kohl* geprägte Rolle eines Anwalts Polens allerdings seltener wahrgenommen, zuletzt auf den EU-Gipfeln in Nizza (2000) und in Kopenhagen (2002). Mit der Betonung der „deutschen Interessen“ war es zu einer deutlichen Akzentverschiebung gekommen und das deutsch-polnische Verhältnis verschlechterte sich direkt nach der Kopenhagener Zusage. Weitere Stationen waren die unterschiedlichen Positionen im Irakkrieg und hinsichtlich der Inhalte eines europäischen Verfassungsentwurfs. Einerseits hatten wir es mit einem neuen polnischen Selbstvertrauen zu tun, andererseits mit einer bevormundenden Haltung Deutschlands, das von Polen ganz offensichtlich Dankbarkeit

² Konrad Schuller: Unschuldiger Stalin? Polens Historiker streiten wieder über die Vertreibung der Deutschen. In: FAZ, 17. 5. 2008, S. 12; Krzysztof Ruchniewicz: Geschichtsstunde. Der Zweite Weltkrieg in polnischen Schulbüchern. In: osteuropa 6 (2008), S. 285-308, S. 289

³ Holesch, S. 131

erwartete. Im Unterschied dazu strebte Polen direkt nach der Zusage des EU-Beitritts nach „neuen Landschaften hinter dem Horizont“⁴. Den polnischen politischen Eliten war dabei durchaus bewusst, dass die Anwaltsrolle Deutschlands gegenüber Polen sich nicht (nur) aus der historischen Verpflichtung Polen gegenüber ergab, sondern auch existenziellen deutschen Eigeninteressen diene. Vielleicht mangelte es auf beiden Seiten in diesem Zusammenhang an Realismus: Nicht nur die polnischen Großmachtträume im Schatten des Irak-Kriegs, auch die deutsche Hoffnung, nach dem EU-Beitritt einen quasi abhängigen Partner an sich binden zu können, erwiesen sich von vorneherein zum Scheitern verurteilt.⁵

Zur Verschärfung der Bipolarität kam es durch den Machtantritt der nationalkonservativen Regierung unter den *Kaczyńskis*, die eine ausgesprochen antideutsche Außenpolitik zu führen versuchten.⁶ Trotzdem mangelt(e) es durchaus nicht an Ansätzen, an die Erfolge der deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft anzuknüpfen, die die Politik der im Jahre 2007 abgewählten *Kaczyński*- Regierung konterkarier(t)en. In diesem Sinn sprach sich zum Beispiel der ehemalige polnische Außenminister und EU-Abgeordnete *Bronisław Geremek* aus, wenn er in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Gründung des ersten Dachverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaften feststellte: „In der Politik spielen Interessen die Hauptrolle. Aber Zusammenarbeit, Freundschaft und Brüderlichkeit haben ihre Bedeutung. Man kann auch sagen, positive Emotionen seien den Interessen förderlich. Ich wünsche mir, dass zwischen Polen und Deutschen nicht nur ein Gefühl der Interessengemeinschaft existiert, sondern auch eine emotionale Bindung, die unser Vertrauen zueinander ausdrückt. Wenn wir Vertrauen haben, werden wir alle Herausforderungen der Zukunft bewältigen.“⁷ Für die „Intensität“ und „Qualität“ der deutsch-polnischen Beziehungen spricht allerdings die bemerkenswerte Tatsache, dass es ausgerechnet der seit 15 Jahren in Polen lebende und dort sehr beliebte Kabarettist *Steffen Möller* ist, der sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite als „Deutschlands bester Botschafter“ bezeichnet wird. Dazu beigetragen hat neben seinen Auftritten in polnischer Sprache sicherlich auch sein Buch „Viva Polonia“, das mit hartleibigen deutschen Vorurteilen aufräumt und sich 2008 recht lange auf führenden Rängen der deutschen Bestsellerlisten halten konnte.⁸ Für eine Fortsetzung der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft – trotz aller damit verbundener Probleme – setzt sich immer wieder der namhafte polnische Publizist *Adam Krzemiński* ein, zuletzt in einem im Juli 2008 erschienenen Essay, das dem im Sommer 2008 tödlich verunglückten *Bronisław Geremek* gewidmet ist, und in dem der Autor die deutsch-polnischen Beziehungen zum Testfall für ganz Europa erhebt.⁹

⁴ Cimoszewicz, Włodzimierz: Krajobraz za horyzontem. Polityka zagraniczna RP po wejściu do Unii Europejskiej. In: Sprawy Międzynarodowe 2 (2004)

⁵ Holesch, S. 132

⁶ Zbigniew Wilkiewicz: Polen nach den Wahlen des Jahres 2005. In: aktuelle ostinformationen, 1-2 (2006), S. 4-20, S. 17-19.

⁷ Bronisław Geremek: Die deutsch-polnische Versöhnung stärkt die europäische Gemeinschaft. In: Dialog, 77-78 (2007), S. 89-91

⁸ Ihr, das kleine Übel. Der Kabarettist Steffen Möller ist in Polen einer der bekanntesten Deutschen. Nun verrät er seinen Landsleuten, wie man die Nachbarn im Osten erobern kann. In: Die Zeit, 15. 03. 2008, S. 7

⁹ Adam Krzemiński: Testfall für Europa. Deutsch-polnische Nachbarschaft muss gelingen. Hamburg 2008, S.99-105

Streit um den EU-Vertrag und Provinzionalität der deutsch-polnischen Beziehungen:

Als noch amtierender Ministerpräsident wiederholte *Jarosław Kaczyński* unmittelbar vor dem Brüsseler Gipfel im Juni 2007 seine Veto-Drohung, indem er hervorhob, dass noch einmal über die Stimmengewichtung für die einzelnen EU-Staaten im Europäischen Rat verhandelt werden müsse. Verlangt wurde eine Aufwertung des polnischen Stimmengewichts. Polen lehnte die im Verfassungsentwurf auch von Warschau akzeptierte „Doppelte Mehrheit“ nunmehr wieder ab. Diese sieht vor, dass Beschlüsse im EU-Ministerrat von mindestens 55 Prozent der Staaten mit 65 Prozent der Bevölkerung getroffen werden. Diese Haltung der polnischen Führung kommentierte die Beauftragte der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, *Gesine Schwan*, wie folgt: „Die Ursache dafür ist keine generelle Deutschland-Gegnerschaft, sondern ein Politikverständnis, das auf Macht und Gegenmacht ausgelegt ist.“ Eine andere Auffassung vertrat der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments (EP) *Klaus Hänsch*, als er hervorhob, dass es im Kontext mit dem von Polen geforderten Quadratwurzelverfahren darum gehe, wie sich Deutschland gegenüber Polen und Polen gegenüber Deutschland verhalte. *Hans-Gert Pötering*, Präsident des EP unterstrich indessen, dass Zahlen eventuell verhandelbar seien und dass die polnische Regierung erkennen sollte, dass in Europa Kompromisse notwendig seien.¹⁰

Der bekannte Politologe und politische Kommentator des „Tygodnik Powszechny“, *Marek A. Cichocki*, apostrophierte die deutsch-polnischen Beziehungen im März 2008 vor dem Hintergrund einer nicht abgestimmten Europapolitik als provinziell.¹¹

Man habe sich inzwischen von Vorstellungen, die vor dem EU-Beitritt Polens immer wieder postuliert wurden, weit entfernt: Die Losung, dass der Weg Polens über Deutschland in die EU führe, spiele keine Rolle mehr; ebenso wenig die Vorstellung, dass es besondere, exklusive Beziehungen im sog. „Weimarer Dreieck“ zwischen Deutschland, Polen und Frankreich geben sollte. Seit dem EU-Beitritt habe Polen nur selten den Versuch unternommen, die Beziehungen zu Berlin auf die europäische Ebene zu heben: Im Jahre 2006 geschah dies hinsichtlich der immer wieder virulenten Problematik einer gemeinsamen Energiepolitik und im Zusammenhang mit dem polnischen Veto zu einem neuen Kooperationsvertrag zwischen der EU und Russland, und 2007 im Zusammenhang mit der kontrovers geführten Diskussion um den EU-Vertrag. Obschon es in keinem dieser Fälle an ehrgeizigen Plänen mangelte und es auch gewisse Erfolgsaussichten gab, kam man – so *Cichocki* – zu keiner Lösung. Eine gemeinsame Energiepolitik der EU sei noch immer eine Fiktion und werde durch bilaterale Abkommen Russlands mit einzelnen EU-Staaten unterhöhlt. Der Vertrag von Lissabon definiere die neue politische Ordnung der EU weit unterhalb der anfänglichen Vorstellungen des polnischen Standpunkts. Und über sein Vorhaben, das Embargo gegen polnische Produkte aufzuheben, informiere Präsident *Putin* zunächst *Angela Merkel* – und dann erst *Donald Tusk*.

¹⁰ http://www.focus.de/politik/ausland/eu-streit_aid-64002.html, 21. 06. 2007.

¹¹ Marek A. Cichocki: Zakłęty krąg prowincjonalności. In: Tygodnik Powszechny, 02. 03. 2008, S. 28.

Die Außenpolitik Polens gegenüber Deutschland zeichne sich auch im Jahre 2008 durch die Behandlung bilateraler Probleme aus und verfüge deshalb über keine weiter reichende EU-Perspektive. Schwerpunkte der deutsch-polnischen Konsultationen seien die Frage des in Berlin geplanten Zentrums gegen Vertreibungen, die finanzielle Unterstützung Deutschlands für ein neues Museum auf der Westerplatte und eines Polnischen Museums der „Solidarność“ in Berlin sowie das deutsch-polnische Projekt eines gemeinsamen Unterrichtswerks für Geschichte.

Die Ursachen dafür, dass sich keine Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen eingestellt habe, erblickt *Cichocki* darin, dass es nicht zur Verwirklichung der sog. Idee der „großen Sechs“ kam und sich das Konzept verändernder Bündnisse innerhalb der EU durchzusetzen begann. Hierfür gibt es zahlreiche Ursachen, allerdings lassen sich für Polen und Deutschland wohl zwei Hauptursachen benennen. Die deutsche Politik habe die von der polnischen Führung favorisierte Konzeption der „großen Sechs“, zu den neben den großen Vier (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien) auch Spanien und Polen gehören sollten, niemals akzeptiert. Es sei kein Zufall, dass sich Polen und Deutschland in den beiden wichtigen Fragestellungen der Energiepolitik und des Verfassungsvertrags auf den gegenüberliegenden Seiten der Barrikade befanden. Und es sei auch kein Zufall, dass die vor Jahren von Richard von Weizsäcker lancierte Idee, Polen in den Rahmen der politischen Zusammenarbeit von Deutschland, Frankreich und Großbritannien einzubinden, in der deutschen öffentlichen Debatte niemals ernsthaft aufgegriffen wurde.

Die Ursachen für diese Sachlage liegen auch auf polnischer Seite, denn das Fiasko einer geplanten Koalition zwischen PIS und der PO aus dem Jahre 2005 beeinflusste die polnische Europapolitik und somit auch die Chancen für eine Politik der „großen Sechs“. Die plötzliche Absage eines EU-Gipfels mit den wichtigsten Vertretern der europäischen Außenpolitik, die gerade dabei waren, ihre Flugzeuge nach Warschau zu besteigen, hat sicherlich auch nicht vertrauensbildend gewirkt. Aber auch die Frage einer gemeinsamen Energiepolitik, der Vetos gegen Russland und gegen den Verfassungsvertrag (und später gegen den Vertrag von Lissabon) lieferten den Hauptakteuren der europäischen Politik einige Beispiele dafür, dass Polen auf realpolitischer Ebene sowie hinsichtlich seiner personalen und institutionellen Möglichkeiten kein Erstligaakteur ist.

Es gebe noch einen Grund dafür, dass die Europäisierung der deutsch-polnischen Beziehungen zu einem Fiasko geriet. Sie habe nicht direkt mit den Politiken beider Länder zu tun, sondern resultiere aus den sich aktuell vollziehenden Veränderungen innerhalb der EU. Die Idee der „großen Sechs“ werde in Frage gestellt und eine andere Kräftekonstellation rücke in den Vordergrund: das aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien bestehende „Triumvirat“. Die Art und Weise, wie das Kosovo-Problem gelöst wurde, zeige, dass solch ein „Triumvirat“ bereits funktioniert. Der Vertrag von Lissabon werde – so die Einschätzung *Cichockis* – diesen Zustand verfestigen, indem er den größten EU-Staaten ein politisches Übergewicht verleihe. Das Entstehen des „Triumvirats“ könnte bedeuten, dass die EU mit einem grundlegenden Problem fertig werde, das seit ihrem Bestehen existiert: dem Fehlen des politischen Zusammenhalts und der politischen Führung innerhalb der EU. So betrachtet sei das Problem des

politischen Zusammenhalts nach der EU-Erweiterung von 2004 eine zweitrangige Angelegenheit und die Idee der „großen Sechs“ eine wenig realistische Option.

Dies habe allerdings einen entsprechenden Einfluss auf die Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen. Sie bleiben aufgrund des politischen mainstream, der durch Paris, London und Berlin führt, weiterhin zweitrangig. Das „Triumvirat“ führe wahrscheinlich auch zu einer regionalen und interessengeleiteten Arbeitsteilung unter den Hauptakteuren, wobei die Institutionen der EU nur noch die formale Einheit des ganzen Systems garantieren werden.

Sollte die EU diesen Weg beschreiten, was heute ein wahrscheinliches Szenario darstelle, so werden die deutsch-polnischen Beziehungen zu einem Element dieser neuen „Arbeitsteilung“. Womöglich bilde sich eine neue Beziehungshierarchie in der Art eines „Post-Mittleuropa“ mit Deutschland als natürlicher Führungsmacht heraus, das auf gesamteuropäischer Ebene im Rahmen des „Triumvirats“ für die politischen Entscheidungen sowie ihre finanziellen, wirtschaftlichen und kulturellen Folgen verantwortlich sein werde.

Polen in der EU isoliert¹²

Nach Ansicht des renommierten Politologen und Europa-Experten *Aleksander Smolar* hat nach dem Vertrag von Maastricht der Glaube an den Aufbau eines föderalen Europa recht bald abgenommen. Die Erweiterung um die Länder Ostmitteleuropas – mit ihrer Andersartigkeit und ihrem niedrigeren Entwicklungsniveau – habe dazu beigetragen, dass diese Idee zu Grabe getragen wurde. Ohne föderale Perspektive lasse sich aber nicht mehr rechtfertigen, warum das doppelt so große Deutschland praktisch die gleiche Stimmenzahl haben sollte, wie Polen oder Spanien: *„Unsere Politiker forderten die Respektierung der föderalen Logik der Stimmenverteilung und bekämpften gleichzeitig jedwede föderale Tendenzen! Diese Logik hatte die komplette Isolation Polens, das zunächst für Nizza und später für die „Quadratwurzel“ kämpfte, zur Folge.“¹³*

Marek Cichocki betont seinerseits, dass der Föderalismus-Gedanke gegenwärtig ganz aus der Mode sei; man spreche von Europa als einem Imperium, als einem polyzentrischen System, einem Netz. Man suche nach einer neuen Sprachregelung, denn die Situation sei neu. Es wird die Frage gestellt, wie man für dieses immer heterogenere System eine Formel der politischen Machtverteilung finden könne und welcher Mechanismus der Entscheidungsfindung am geeignetsten sei.

Smolar erinnert auch daran, dass nur die polnischen und spanischen Politiker den Vertrag von Nizza begrüßten, während der Gipfel woanders als Misserfolg gewertet wurde. Die polnischen Politiker verabsolutierten die Stimmengewichtung im Rat und ließen die spezifische politische Kultur der EU unbeachtet. In der EU stimme man nur selten ab, vielmehr suche man nach einer Verständigung, nach einem Konsens zwischen Ländern mit verschiedenen Interessen. Die polnischen Politiker seien in den Jahren 2005 bis 2007 in Brüssel eher durch einen konfrontativen Stil und die Zahl angedrohter Vetos als durch konstruktive Vorschläge aufgefallen. Eine wichtige Rolle spiele hingegen die

¹² Jakiej Unii Polacy potrzebują. Z Markiem Cichockim i Aleksandrem Smolarem rozmawia Roman Graczyk. In: TP, 18. 05. 2008, S. 18-20

¹³ ebenda

Fähigkeit zu überzeugen und Koalitionen einzugehen. Denn auch das Land mit der höchsten Stimmenzahl sei nicht in der Lage, einen Beschluss alleine durchzusetzen, es bedürfe der Unterstützung anderer Länder. Für Polen komme noch ein anderes Moment hinzu, denn die polnischen politischen Protagonisten sehen die EU als Ort der dauernden Auseinandersetzung der Nationalstaaten. Man postuliere eine permanente äußere Bedrohung seitens Russlands und eine innere Bedrohung durch Deutschland, dem man unterstelle, dass es die EU dominieren wolle. Selbstkritisch kommt *Smolar* zu folgendem Resümee:

„Unsere Position in der EU, das Vorrücken zu zentralen Positionen wird von der Geschwindigkeit der Modernisierung, der Entwicklung des Landes, von unserer Kreativität abhängen: der Fähigkeit, Vorschläge für andere zu formulieren, der Intensität unseres Anteils an den europäischen Debatten und unserer Fähigkeit, Koalitionen einzugehen. Dies sind die Antworten auf die historischen Probleme der Randständigkeit. (...) Die Selbstisolierung, die wir zwischen 2005 und 2007 erfahren haben, diente der Verstärkung unserer Randständigkeit – und nicht ihrer Überwindung.“¹⁴

Polnische Debatte um den Reformvertrag von Lissabon

Die EU-Kommissarin *Danuta Huebner* hoffte noch im Oktober 2007, dass Polen unter denjenigen Staaten sein werde, die den Reformvertrag der EU möglichst früh unterzeichnen. Optimistisch hob *Huebner* hervor, dass durch die Reform der erweiterten Union und durch den in Lissabon vereinbarten Vertrag die EU nach sechs Jahren einen schwierigen Diskussionsprozess beendet habe, der einem normalen EU-Bürger kaum vermittelt werden konnte.¹⁵

Der Inhalt des Vertrags, der die verhinderte EU-Verfassung ersetzen soll, wurde bekanntlich auf dem Gipfel von Lissabon verhandelt, wobei Polen sich darum bemühte, dass der so genannte „Mechanismus von Joanina“ Eingang in den Vertrag finden sollte. Dabei handelt es sich um ein System, das die Annahme von Entscheidungen des EU-Rates verzögern kann. Als dies nach zähen Verhandlungen akzeptiert wurde, bezeichnete *Lech Kaczyński* den Gipfel als großartigen Erfolg. In seiner Freitagsansprache hob der damals noch amtierende Ministerpräsident *Jarostaw Kaczyński* hervor, dass Polen aufgrund des Vertrags zu den sechs mächtigsten Staaten der EU gehören werde.

Nach Auffassung zahlreicher (polnischer) Publizisten war der „Kampf um Joanina“ allerdings von untergeordneter Bedeutung. Es wurde argumentiert, dass Deutschland aufgrund seiner schieren Größe den Blockademechanismus besser ausnützen könne als Polen, das, um für es ungünstige Regelungen zu verhindern, Koalitionen innerhalb der EU schmieden müsste, was ihm aber bisher kaum gelungen sei. In „Europolitique“ wurde die Joanina-Debatte wie folgt kommentiert: „Polen will etwas mehr Gleichheit im Verhältnis zu seinem historischen Rivalen Deutschland erlangen. Das Problem besteht jedoch darin, dass das System auf Mathematik beruht und somit von allen

¹⁴ ibd

¹⁵ Huebner: Ratyfikujmy szybko traktat z Lizbony. In: <http://news.money.pl/artykul/huebner>; 21. 10. 2007

Mitgliedstaaten genutzt werden kann.“¹⁶ Der Vertrag wurde am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnet, nach der Ratifizierung in allen Mitgliedsstaaten sollte er am 1. Januar 2009 ins Leben treten.

In Polen verzögert sich die Ratifikation des europäischen Reformvertrags von Lissabon allerdings erheblich. Widerstand gegen die Unterzeichnung des Vertrags in der bisherigen Form meldete die Partei des Ex-Premiers Jarosław Kaczyński, PIS, an. Der Vorsitzende der PIS zeigte sich im Hinblick auf die Souveränität Polens besorgt. Auf diesem Hintergrund gab und gibt es heftige Auseinandersetzungen mit dem seit Oktober 2007 regierenden Ministerpräsidenten *Tusk* und der Regierungspartei PO.¹⁷

Das Problem hat nach Auffassung von *Roman Graczyk* aber weniger mit dem Mechanismus von *Joanina* zu tun, sondern ergebe sich aus der Tatsache, dass die *Kaczyński*-Brüder entschiedene Gegner einer Vertiefung der EU seien. Die Erfolglosigkeit der EU-Politik Polens bestehe deshalb darin, dass man in der Schwäche der EU die Stärke Polens erblicke. Die Chance Polens, die EU-Mitgliedschaft kreativ zu nutzen, bestehe aber umgekehrt darin, die Mitverantwortung für das gemeinsame europäische Schicksal zu übernehmen und keineswegs darin, das „trotzige Kleinkind im Sandkasten“ zu mimen: *„Die dauernde Wiederholung, dass wir Geld und andere Zeichen der Solidarität wünschen, aber die in der EU verpflichtenden Regeln nicht akzeptieren, beschädigt unser Prestige und bindet uns bei Verhandlungen die Hände. Der Ex-Premier und der amtierende Präsident scheinen dies nicht zu verstehen. Für sie ist der polnische Patriotismus mit Vasallentum gegenüber den USA vereinbar, aber nicht mit partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Union.“*¹⁸

In der Tat konnten sich die nationalkonservative Opposition und die liberalkonservative Regierung bisher nicht auf ein Gesetz über die Zusammenarbeit der staatlichen Organe in der Europapolitik einigen. Ein solches Gesetz machte der Präsident *Lech Kaczyński* aber zur Bedingung für seine Unterschrift unter die vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Ratifikation des Vertrags von Lissabon. Der Präsident verlangt Garantien dafür, dass einige Regelungen des Vertrags, die aus seiner Sicht für Polen besonders wichtig sind (*Joanina*-Formel, Geltungsbereich der Europäischen Menschenrechtscharta für Polen) nicht ohne weiteres aufgegeben werden können. Deshalb soll das Kompetenzgesetz, das die Zusammenarbeit der Regierung, des Parlaments und des Präsidenten in europäischen Belangen regelt, novelliert werden. Anfang Mai 2008 machte *Lech Kaczyński* noch einmal klar, dass er den Vertrag erst dann unterschreiben werde, wenn die Abgeordneten das sogenannte Kompetenzgesetz beschlossen haben.¹⁹

Diese Haltung der Opposition und des Präsidenten wurde nicht nur von den regierenden Parteien, sondern auch in der überregionalen polnischen Presse bereits im April 2008 übereinstimmend als der politischen Rivalität mit der Regierungspartei PO geschuldete Blockadepolitik gegenüber der Regierung *Tusk* heftig kritisiert. *„Der Präsident wird sagen, dass er vielleicht unterschreibt, vielleicht aber auch nicht, vielleicht morgen, in*

¹⁶ *Europolitique: Joanina wzmocnia Niemcy*. In: <http://www.money.pl/gospodarka/politykartykul/europolitique:joanina>, 9. 10. 2007

¹⁷ <http://www.psz.pl/content/view/9633>, 15. 03. 2008

¹⁸ *Roman Graczyk: Wirtualna obecność – realne obsesje*. In: *Tygodnik Powszechny*, 23. 03. 2008, S. 15

¹⁹ *Polen streitet über EU-Vertrag*. In: *FAZ*, 03. 05. 2008, S. 6

einem Monat, kurz vor Silvester oder überhaupt nicht, denn nichts könne ihn dazu zwingen. Wenn er schließlich unterschreibt, gibt es einen Nationalfeiertag und seine Position wird gefestigt sein.“²⁰ Die Unterzeichnung des Vertrags liegt aber auch noch Anfang 2009 auf Eis, der Kompetenzstreit zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten hält weiterhin an und nimmt gelegentlich geradezu groteske Züge an.²¹ Durch ausgiebige Nutzung seines durch die Verfassung festgeschriebenen Veto-Rechts bringt *Lech Kaczyński* regelmäßig zahlreiche Reformvorhaben der Regierung *Tusk* – etwa die dringend anstehende Reform des Gesundheitswesens – zu Fall.²² Dies hat mittlerweile zur Folge, dass in Polen ernsthaft diskutiert wird, die 1997 geschaffene Verfassung, die ihren Kritikern zufolge auf einer ungeklärten Konkurrenz zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten sowie einem weitgehenden Vetorecht des Präsidenten beruhe, zu reformieren.²³

Russland und (gemeinsame) Energiepolitik der EU?

Auf dem EU-Gipfel in Samara wurde der imperiale Machtanspruch Russlands von *Wladimir Putin* durchbuchstabiert. Vor dem Hintergrund des Konflikts mit Estland um den Standort eines sowjetischen Denkmals sowie der Auseinandersetzung mit der innerrussischen Opposition (*Garri Kasparov*), bei der die russische Polizei hart durchgriff, reagierte Putin auf die westliche Kritik ungewöhnlich aggressiv. *Putin* habe gelernt – so die Pressekommentare –, die enormen Rohstoffvorkommen seines Landes als politische Waffe einzusetzen. Er versuche, die EU systematisch zu spalten, Staaten wie Polen, Litauen und Estland setze er unter Druck, Energiekunden wie Deutschland und Ungarn umschmeichle er hingegen. Die Kommentare zu den deutschen Russland-Kritikern und Russland-Verstehern fielen demnach auch unterschiedlich aus. *Jacek Saryusz-Wolski*, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EP, kritisierte, dass Deutschland den Ehrgeiz entwickelt habe, mit Russland eine privilegiertere Partnerschaft haben zu wollen als mit anderen Staaten. Der Riss ziehe sich nicht nur durch Europa, sondern auch durch die große Koalition. Anders als *Schröder* wolle *Merkel* von einer Äquidistanz zwischen Moskau und Washington zwar nichts wissen, allerdings setze Außenminister *Steinmeier* die Russland-Politik *Gerhard Schröders* fort: Es werde eine Annäherung durch Verflechtung empfohlen, ein Prozess, der die EU irreversibel mit Russland verbinden soll, gemeinsame Militäreinsätze und Freihandelszone miteingeschlossen.²⁴

Roland Freudenstein – ehemaliger Leiter der Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau – fordert in diesem Kontext, dass die EU gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen müsse²⁵ Russland sei aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kein vertrauenswürdiger Partner: seiner Energiepolitik und seiner Außenwirtschaftspolitik

²⁰ Mariusz Janicki: Podpalaczo-strażacy. In: *Polityka*, 12. 04. 2008, S. 6

²¹ Janina Paradowska: Wojna dwóch głów. In: *Polityka*, 25. 10. 2008, S. 12-14; Mariusz Janicki, Wiesław Władysław: Waśnie polskie. Gdzie przebiega front. In: *Polityka*, 20.-27. 12. 2008, S. 28-31; Mariusz Janicki, Wiesław Władysław: Lech Kaczyński Donald Tusk. Dwugłowy orzeł. In: *Polityka*, 03. 01. 2009, S. 16-20

²² Janina Paradowska: Wszystkie weta prezydenta. In: *Polityka*, 13. 12. 2008, S. 12-14

²³ Konrad Schuler: Von Misstrauen geprägt. Polen debattiert über eine Reform seiner Verfassung. In: *FAZ*, 24. 12. 2008, S. 10

²⁴ Die neue Eiszeit. In: *Der Spiegel*, 21. 05. 2007, S. 24-26

²⁵ Roland Freudenstein: Warum die EU gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen muss. In: *Dialog* 77-78 (2007), S. 68-70.

liege eine konsequente Machtstrategie zugrunde. „Beunruhigend für die EU ist die Ungleichbehandlung der Europäer durch Moskau auf dem Feld der Energiepolitik, beunruhigend die Strategie Putins, die EU auf diesem Feld zu spalten und den unbequemen Mitteleuropäern zu demonstrieren, dass man sich, auch mit Hilfe deutscher Unternehmen und Politiker, hervorragend mit den Westeuropäern verständigen könne.“ Das Projekt einer exklusiven deutsch-russischen Ostseepipeline bewertet Freudenstein negativ, da es zu einer Schwächung der energiepolitischen Solidarität der EU geführt habe. Momentan habe die EU keine Zuständigkeiten auf dem Energiemarkt, einzelne Mitgliedstaaten verfolgen ihre jeweils eigene energiepolitische Strategie. Den richtigen Weg weisen hingegen die im Januar 2007 vorgelegten Vorschläge der EU-Kommission zu einer europäischen Energiepolitik: Kritik an den Energiemonopolen und –kartellen als verbraucherfeindlich, Ausbau von Energienetzen mit dem Ziel besserer Ausweichmöglichkeiten bei Engpässen, Bau von neuen Versorgungslinien aus Zentralasien unter Umgehung Russlands (Türkei/Balkan), Betonung von Wettbewerbsfähigkeit und Deregulierung.²⁶ Allerdings werde deutlich, dass Deutschland und Polen im Hinblick auf die Ostseepipeline und das Verhältnis von EU und Russland weit auseinander liegen.

Diskutiert wird in Polen im Rahmen der Diversifizierung der europäischen Energiezufuhr die Frage nach der Erschließung von Gasvorkommen der südkaspische Raum und im Zusammenhang mit der Erdölversorgung die Erhebung des Ausbaus der Odessa-Brody-Pipeline zu einem europäischen Projekt. Von polnischer Seite wird zudem hervorgehoben, dass die als „3x20 für 2020“ bezeichneten Zielvorgaben der EU für Polen zu ehrgeizig formuliert worden seien. Im Hinblick auf die Kohlevorkommen in Deutschland und Polen seien gemeinsame Investitionen und Projekte im Hinblick auf „clean coal“ möglich, allerdings sei Polen nicht in der Lage, auf Kohle zu verzichten, denn diese sei der wichtigste Bestandteil des polnischen Energiemixes.²⁷ Einen detaillierten Überblick über die Planung der polnischen Energiepolitik innerhalb der EU bis ins Jahr 2020 – einschließlich der Option des Baus eines Atomkraftwerks – liefert der Chefberater des polnischen Ministerpräsidenten in Sachen Energiesicherheit, *Maciej Woźniak*, in einem ausführlichen Interview mit *Anna Łabuszewska*, in dem er die These lanciert, dass die durch Russland verursachte Erdgaskrise vom Januar 2009 für die zukünftige Energiepolitik der EU einen Schub darstellen könne.²⁸

Hinsichtlich eines weiteren wichtigen Streitpunktes, der Nachbarschaftspolitik EU-Russland – so *Freudenstein* – sei noch kein Konzept entwickelt worden, das Russland einbindet, ohne ihm einen exklusiven Platz einzuräumen. Nach dem polnischen Veto vom Dezember 2006 sei ein neues Kooperationsabkommen mit Russland zwar wünschenswert, aber – so *Freudenstein* – nicht um jeden Preis.

²⁶ Das integrierte Energie- und Klimapaket, das die Europäische Kommission am 10. Januar 2007 vorstellte, enthält bis 2020 folgende Zielvorgaben: Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent. Senkung des Energieverbrauchs um 20 Prozent sowie die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien um 20 Prozent.

²⁷ Polska i europejska polityka energetyczna. Warszawa, 26. 02. 2007. In: http://www.feswar.org.pl/aktual/energia_26-02-2007.php

²⁸ Anna Łabuszewska: Gazowy oddech Putina. Szczęście w nieszczęściu. In: Tygodnik Powszechny, 18. 01. 2009, S. 10-11

Auch müsse aktiv mit den östlichen Nachbarn der EU – also mit Belarus und der Ukraine – Politik betrieben werden und ein möglicher EU-Beitritt der Ukraine sollte nicht ausgeschlossen bleiben. Überdies sollte sich die in Deutschland starke Russland-Lobby die Frage stellen, für welchen Preis sie bereit ist, weitgehende Zugeständnisse an *Putins* Russland zu machen: Sollte dieser Preis ein Zulassen russischer Bestrebungen zur Spaltung der EU in Zonen unterschiedlicher Energiesicherheit sein, so sei er zu hoch.²⁹

Gemeinsame EU-Politik gegenüber Russland

Polen und Deutschland sollten gemeinsam die EU-Politik gegenüber Russland gestalten.

Dies ist das Ergebnis einer Konferenz, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik unter dem Titel „Europa und Russland zwischen Kooperation und Konfrontation. Polnische und deutsche Perspektiven“ Anfang April 2008 in Berlin durchgeführt wurde.

Cornelius Ochmann von der Bertelsmann Stiftung in Berlin schlug in diesem Kontext vor, dass Deutschland und Polen noch im Jahre 2008 eine Konzeption hinsichtlich der Form der Ostpolitik der EU erarbeiten sollten. Dies wäre eine Antwort auf die Mittelmeerinitiative Frankreichs und könnte für ein gewisses Gleichgewicht in der EU sorgen. Der stellv. Staatssekretär für Außen- und Sicherheitspolitik beim Kanzleramt *Rolf Nickel* betonte, dass es ohne einen grundsätzlichen Beitrag Polens und Deutschlands keine EU-Politik gegenüber Russland geben könne. Russland sei für die EU ein schwieriger strategischer Partner, allerdings seien auf lange Sicht innere Veränderungen in Russland, das sich vom Liberalismus und den Menschenrechten entferne, aber nicht zum Totalitarismus zurückkehre, anzustreben. Die EU brauche sich vor Russland nicht zu fürchten, denn in globalen Angelegenheiten versuche *Putin* „eine schwache Karte auf starke Weise zu spielen“, was ihm in der Kosovo-Frage offenkundig nicht gelungen sei. *Nickel* befürwortet die Einbeziehung Russlands in die europäische Zusammenarbeit, macht dies aber von der Forderung abhängig, dass es sich an demokratische Werte zu halten habe. Wichtig erscheint ihm auch eine Diversifizierung der Energiequellen und ihrer Lieferwege (Ostsee-Pipeline). Das Problem der Abhängigkeit der EU von den russischen Energielieferungen brauche nicht übertrieben zu werden, denn immerhin handele es sich um eine gegenseitige Abhängigkeit; Europa importiere 80 Prozent der russischen Rohstoffe.

Der ehemalige polnische Botschafter in Berlin, *Janusz Reiter*, hob auf eben dieser Konferenz hingegen hervor, dass Russland für die EU eine gemeinsame Herausforderung darstelle. Was die Verständigung Deutschlands und Polens im Hinblick auf eine gemeinsame Ostpolitik behindere, seien die unterschiedlichen historischen Erfahrungen, eine unterschiedliche und aus der geografischen Lage resultierende Einschätzung hinsichtlich der Konsequenzen, die sich aus der russischen Politik ergeben sowie der unterschiedliche Status Polens und Deutschland auf internationaler Ebene. Deutschland und Polen sollten ihre Interessen im Hinblick auf die

²⁹ Freudenstein, S. 70

Ostpolitik der EU miteinander abstimmen und sich gegenseitig informieren, um gegenseitige Überraschungen auszuschließen.

Von deutscher Seite wurde schließlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es auch im Zusammenhang mit dem anstehenden Besuch *Frank-Walter Steinmeiers* in Warschau gelingen werde, das polnische Trauma, dass Deutschland und Russland sich auf Kosten Polens verständigen könnten, aus der Welt zu schaffen.³⁰

Eindämmung oder Einbindung Russlands?

Eine dauerhafte strategische Partnerschaft der EU mit Russland ist nur dann möglich, wenn sie die Umsetzung gemeinsamer europäischer Grundwerte anstrebt, auf Vertrauen basiert und den offenen, kontroversen Dialog nicht scheut. Grob betrachtet – so die Analyse von *Heinz Timmermann* – zeichnen sich zwei Strategien ab: Eindämmung und Einbindung. Die Strategie der Eindämmung wird am deutlichsten von Polen und den baltischen Staaten betrieben. Voraussetzung für eine Kooperation sei die Übernahme demokratischer Prinzipien und die Beendigung geopolitischer Ambitionen, besonders im sog. „Zwischeneuropa“. Auch *Donald Tusk* spreche sich nicht für eine „strategische Partnerschaft“, sondern eher für eine „harmonische Koexistenz“ aus.

Die Russlandstrategie der Bundeskanzlerin Angela Merkel weise grundsätzlich keine großen Unterschiede zu der ihres Vorgängers Schröder auf. Allerdings distanzieren sich Merkel und Steinmeier von der Charakteristik *Putins* als „lupenreinem Demokraten“. Die Beziehungen zu Russland sollen nach dem Willen der EU-Altmitglieder – so *Timmermann* – nicht durch eine überzogene Konditionalität belastet werden. Das Verhältnis zu Russland soll durch Pragmatismus, neuen Realismus und Respekt für dessen schwierigen Transformationsprozess geprägt sein. Die EU setzte somit auf die sozialisierende Wirkung kleiner Verflechtungen und Harmonisierungsschritte, wobei gemeinsame Werte nicht als Voraussetzung für die strategische Nachbarschaft gelten, sondern ähnlich wie Korb 3 der KSZE als Referenz für den Dialog. In dem neuen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag werden die Partner auf gleichberechtigter Grundlage ihre Unabhängigkeit wahren. Für die EU sei Russland nicht mehr transformationsgeprägter Partner, der in seinen Beziehungen zur EU verschiedenen Formen der Konditionalität unterliegt und Asymmetrien zu akzeptieren hat.³¹

Diese Interpretation der Russlandpolitik der EU und auch Deutschlands entspricht in etwa den Kernthesen des Anfang 2008 von *Alexander Rahr* veröffentlichten Buchs „Russland gibt Gas“, in dem der Autor davon ausgeht, dass Europa nicht in der Lage sei, ohne die wiedererstandene Weltmacht Russland seine Energie- und Sicherheitsprobleme zu lösen. Und da der Westen keinen Einfluss auf die Entwicklung in Russland habe, müsse er das Land so nehmen wie es ist. *Rahr* macht im Hinblick auf Ostmitteleuropa den folgenden weitreichenden Vorschlag: „Vielleicht könnte sich die künftige Ostpolitik das Ziel setzen, nicht mitteleuropäische Staaten in Schutz zu nehmen. Vielmehr gilt es Wege zu finden, Russland nicht aus Europa herauszudrängen. Wenn schon keine strategische Partnerschaft zustande gekommen ist, sollte der Westen wenigstens ein

³⁰ <http://wiadomosci.onet.pl/1728342,12,1,1,11.04.2008>

³¹ Donald Tusk: Unser Nachbar Russland, In: FAZ, 18. 02. 2008; Heinz Timmermann: EU-Russland: Hintergründe und Perspektiven einer schwierigen Beziehung. In: Integration 2/2008, S. 158-178, S. 174-176

anderes Ziel verfolgen: die friedliche Koexistenz mit Russland auf dem europäischen Kontinent. Darauf zu warten, bis der Ölpreis in den Keller sinkt und Russland wieder schwach wird, kann keine ernsthafte Strategie sein.³² Hierbei scheint *Rahr* allerdings außer Acht zu lassen, dass die ostmitteleuropäischen Staaten als Mitglieder der EU und der NATO mittlerweile selbst Teil des Westens sind und hinsichtlich einer europäischen Ostpolitik gegenüber Russland zumindest ein Mitspracherecht haben sollten. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Dynamik Russlands, die in erster Linie auf seinen Erdgasexporten und den explodierenden Rohölpreisen gründete, ist es seit der Georgien Krise im August 2008 sowie der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem erheblichen Einbruch gekommen. Russland hat aufgrund der erheblich gefallen Energiepreise für Rohöl, spätestens seit der Erdölpreis pro Barrel zunächst auf 70 und dann auf 50 Dollar absackte, mit einer schweren Wirtschaftskrise zu kämpfen.³³

Aber schon davor führten die imperialen und diktatorischen Ambitionen *Putins* (Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007; mehr oder minder offene Drohungen Moskaus, seine Rohstoffreserven als politische Waffen einzusetzen) zu einer Neudefinition der deutschen Doktrin gegenüber Russland, da man den optimistischen Glauben aufgeben musste, einen Einfluss auf die Europäisierung Russlands haben zu können. Die Formel vom „Wandel durch Verflechtung“ wurde im Juni 2008 durch die weniger anspruchsvolle Idee einer Modernisierungs-Partnerschaft, also einer engen Kooperation in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung, ersetzt. Damit sollte der Sprung Russlands in die postindustrielle Gesellschaft gefördert werden. Allerdings betont die namhafte russische Politologin, *Lilija Ševcova*, mit Recht, dass eine solche Modernisierung nicht primär die Übernahme westlicher Technologien erfordere, sondern vor allem ein Gesellschaftsmodell, das auf den Prinzipien Wettbewerb, Pluralismus sowie der Trennung von Staat und Wirtschaft beruhe.³⁴

Der blutige Georgien-Konflikt im August 2008, bei dem Russland als provozierender und provozierter Akteur auftrat, der in jedem Falle eine NATO-Osterweiterung verhindern wollte, wobei sich die Warnung aus dem Georgien-Konflikt in erster Linie an die Ukraine richtete, verstärkte diese Tendenz erheblich.³⁵ Dies hatte auch zur Konsequenz, dass der im Oktober 2008 durchgeführte Petersburger Dialog eher mager ausfiel.³⁶

Polnisch inspirierte Eastern Partnership

Sowohl Paris als auch Berlin realisierten schon seit längerer Zeit den auch von *Donald Tusk* vertretenen pragmatischen Ansatz, Beziehungen mit einem Russland – sowie es ist, und nicht wie es aus der idealtypischen Sicht westlicher Demokratien sein sollte - zu unterhalten. Zwar könne man die Augen vor Menschenrechtsverletzungen nicht

³² Alexander Rahr: *Russland gibt Gas. Die Rückkehr einer Weltmacht*. München 2008, S. 226; Michail Logvinov: Buchbesprechung zu „*Russland gibt Gas. Aufstieg vom Partner zum Nulltarif zur Weltmacht*“. In: <http://de.rian.ru/analysis/20080328/>

³³ Joachim O. Weidemann: *Bärenjagd im Kreml. Finanzkrise in Russland*. In: *osteuropa* 12 (2008), S. 41-49, S. 42-43

³⁴ Lilija Ševcova: *Ende einer Epoche*. In: *Osteuropa*, 11 (2008), S. 65-69, S. 67

³⁵ Ševcova, S. 67; Aschot Manutscharjan: *Abchasien und Südossetien – Russlands Intervention in Georgien* (August 2008). In: *KAS. Auslandsinformationen*, 10 (2008), S. 59-83

³⁶ Adam Krzemiński: *Pociąg do Moskwy*. In: *Polityka*, 22. 11. 2008, S. 44-46

verschließen, andererseits sei Russland ein wichtiger strategischer Wirtschaftspartner. Russland, das sich bereits von der NATO eingekreist fühle, dürfe in der EU – so der angesehene französische Politologe *Jacques Rupnik* - kein Instrument zur Ausdehnung der westlichen Machtsphäre erblicken. Hier vertritt Warschau – trotz einer Versachlichung seiner Beziehungen zu Moskau - allerdings eine andere Auffassung, denn Polen unterstützt den Plan einer Erweiterung der NATO nach Osten und in den Raum des Schwarzen Meeres nachhaltig. Und hier wird es in absehbarer Zeit – so *Marek Ostrowski*, der politische Kommentator der angesehenen Wochenschrift „*Polityka*“ im April 2008, – nur schwerlich eine Annäherung zwischen Berlin und Paris auf der einen und Warschau auf der anderen Seite geben.³⁷

Die Politologin *Lena Kolarska-Bobińska* konstatierte im Mai 2008 hingegen, dass die Beziehungen zwischen den beiden führenden Staaten der EU – Deutschland und Frankreich – nicht besonders gut seien. Dagegen komme den kleineren EU-Staaten allmählich eine größere Bedeutung zu, was auch ganz explizit für Polen gelte. Man habe auf polnischer Seite mittlerweile gelernt, Verbündete innerhalb der EU zu suchen und zu gewinnen. Gegenüber dem französischen Vorschlag einer Mittelmeer-Union sei man skeptisch geblieben und betreibe selbst eine Stärkung der östlichen Dimension der EU. Ende Juni 2008 werde Ministerpräsident *Tusk* – von Schweden unterstützt - der EU eine Ostpartnerschaft (Eastern Partnership) vorschlagen: als eine vertiefte wirtschaftliche, ökologische und soziale Kooperation mit der Ukraine, Moldawien, Aserbeidschan, Armenien und Georgien.³⁸

Paweł Zalewski, Abgeordneter im polnischen Sejm und ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Außenpolitik, stellte anlässlich der im Juni 2008 von der Heinrich Böll Stiftung in Warschau organisierten Konferenz „Polen - Deutschland – Russlands. Eine neue Öffnung“ fest, dass es im Hinblick auf Russland enorme Unterschiede zwischen Deutschland und Polen gebe. Deutschland sei an einer strategischen Wirtschaftskooperation mit Russland interessiert und bemühe sich um eine privilegierte Partnerschaft. Damit solidarisiere sich Deutschland weder mit Polen noch mit der EU, vielmehr entwickle sich Deutschlands Partnerschaft mit Russland auf Kosten anderer Mitgliedstaaten. Deutschland strebe einerseits die Führung in der EU an, unterlaufe aber aufgrund seiner strategischen Partnerschaft mit Russland die europäische Solidarität.

Um in energiepolitischer Hinsicht von Russland nicht erpressbar zu sein, müsse Polen eine Änderung dieser Konstellation anstreben. Deutschland könnte Polen dabei unterstützen, indem es von dem durch die Ostsee führenden deutsch-russischen Pipelineprojekt abrücke. In diesem Kontext verwies *Zalewski* auch auf die oben erwähnte polnisch-schwedische Initiative einer alternativen EU-Ostpolitik. In seiner Entgegnung hob der europapolitische Sprecher der Parlamentsfraktion von *Bündnis 90/Die Grünen*, *Rainer Steenblock*, hervor, dass Russland auf dem gesamten Gebiet der GUS eine bedeutende Rolle spiele, und dass es ohne gute Kontakte zu Russland keine harmonischen Beziehungen zu den Ländern der GUS geben könne.

³⁷ Marek Ostrowski: Król na koturnach. In: *Polityka*, 26. 04. 2008, S.46-49, S. 49

³⁸ Lena Kolarska-Bobińska: Wizyta Sarkozy`ego w Polsce ważna dla Europy. Czego Polacy spodziewają się po wizycie prezydenta Sarkozy`ego. In: <http://www.isp.org.pl/index.php>, 29. 05. 2008

Hieran müsse aber sowohl Polen als auch Deutschland liegen. Gleichzeitig kritisierte er die Haltung *Gerhard Schröders* und schlug vor, die Monopolstellung von Gazprom durch eine Diversifizierung der Versorgungsnetze zu brechen. Russland sei daran interessiert, bilaterale Verträge zu schließen und die EU zu spalten. Dies sei deshalb möglich, weil einzelne EU-Staaten mit der Energiepolitik der EU unzufrieden seien und ihre eigenen nationalen Interessen vertreten.³⁹

Gegen einen deutsch-russischen Sonderweg sprach sich nach dem Georgien-Konflikt sehr dezidiert der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im deutschen Bundestag, *Eckhart von Klaeden*, in seinem im September 2008 erschienenen Essay „Kein Sonderzug nach Moskau“ aus.⁴⁰ Darin greift der Autor nicht nur den *Putin*-Freund *Schröder* an, sondern übt ebenfalls an den Vorstellungen *Frank-Walter Steinmeiers* und *Horst Teltschiks*, die sich der Illusion einer deutsch-russischen Partnerschaft mit einer irreversiblen „Annäherung durch Verflechtung“ hingegeben hätten, Kritik. Der Einmarsch Russlands in Georgien habe die von *Schröder*, *Merkel* und *Steinmeier* betriebene Russland-Politik scheitern lassen. Energiepolitisch sei zu bedenken, dass ohne ein souveränes Georgien eine Diversifizierungsstrategie mit dem Ziel, die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu reduzieren, de facto unmöglich sei. Russland müsse verstehen lernen, dass eine strategische Partnerschaft nur mit der gesamten EU – und nicht mit einzelnen EU-Staaten möglich sei. *Von Klaeden* spricht sich für eine von der EU getragene Partnerschaft mit Russland aus, und schlägt in diesem Kontext vor, einen Ausschuss des Europäischen Rates für die Russlandpolitik zu bilden, der aus Deutschland, Frankreich, Polen, Großbritannien, Italien sowie einem Vertreter der EU-Kommission bestehen sollte. Russlandpolitik müsse Europapolitik sein.⁴¹

In der Tat brachte der EU-Sondergipfel zum Kaukasus-Konflikt eine Verurteilung Russlands im Hinblick auf die einseitige Anerkennung der abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien. Gefordert wurde auch der Abzug russischer Truppen aus Georgien als Voraussetzung für einen neuen Partnerschaftsvertrag zwischen der EU und Russland. Georgien wurde substantielle finanzielle und materielle Hilfe sowie Unterstützung zum Wiederaufbau des Landes zugesagt. Die EU-Kommission wurde aufgefordert bis Dezember 2008 Vorschläge zu machen, wie die EU im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“ die Beziehungen zu Georgien, Armenien, Moldawien, Aserbeidschan und der Ukraine vertieft werden können. Überdies wolle man sich bei der Energieversorgung von Russland weniger abhängig machen. Für die östliche Partnerschaft schlug die EU-Kommission tatsächlich sechs sog. Leuchtturmprojekte vor, die zukünftig in Kooperation mit der Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Weißrussland und Moldawien entwickelt werden sollen. Gleichzeitig betonte die Außenkommissarin *Ferrero-Waldner*, dass die östliche Partnerschaft keine Vorstufe für eine neue Partnerschaft sei.⁴² Auf dem Sondergipfel zeigte die EU weitgehende Einigkeit, zuvor hatte besonders die Frage etwaiger Sanktionen gegen Russland (Polen,

³⁹ Heinrich Böll Stiftung: Polska – Niemcy – Rosja. Nowe otwarcie?. In: www.boell.pl/download_pl/relacja_debata_ENP_10_06.pdf

⁴⁰ Eckart von Klaeden: Kein Sonderzug nach Moskau. Deutsche Russlandpolitik muss europäisch sein. 2008

⁴¹ ibd., S. 100

⁴² <http://www.focus.de/politik/ausland/ost-union, 03. 12. 2008>

baltische Staaten) die Gemeinschaft gespalten.⁴³ Der Streit zwischen Russland und der Ukraine um die allfälligen Erdgaslieferungen, der im Januar 2009 eskalierte und dafür sorgte, dass einige EU-Mitgliedsländer faktisch von der Ergasversorgung abgeschnitten wurden, verdeutlichte die energiepolitische Schwäche und Erpressbarkeit der EU allerdings zum wiederholten Mal. Die deutsche und die polnische Position im Hinblick auf diese Fragestellung spiegelt sich in den Aussagen von *Günter Gloser*, dem Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, sowie *Andrzej Kremer*, dem für die Ostpolitik zuständigen Vize-Außenminister der Republik Polen, wider.⁴⁴

Polnische und deutsche Interessen in Europa und gegenüber Russland

Die polnischen Interessen in der EU konzentrieren sich im bilateralen Verhältnis zu Brüssel auf die Betonung der eigenen nationalen Souveränität. Alle politischen Parteien Polens sind sich darin einig, dass Solidarität und Gleichberechtigung die Grundprinzipien der EU darstellen sollten. Einer EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, einem Europa der konzentrischen Kreise (Kerneuropa) oder einem dominanten Triumvirat aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien wird eine klare Absage erteilt. Differenzen gibt es im Verhältnis zu Deutschland: Einerseits das pragmatische liberal und proeuropäisch orientierte Lager, andererseits die nationalkonservative und populistische Rechte, besonders in der Regierungszeit der Kaczyńskis, die durchgängig versucht(e), den nationalen Einfluss Deutschlands auf europäische Entscheidungsprozesse zu verringern.

Hinsichtlich der externen Ausrichtung der EU sind die innerpolnischen Haltungen konsensfähig. Es dominiert weiterhin eine atlantische Ausrichtung. Das Verhältnis zu den USA ist realistischer geworden, ändert aber an der grundsätzlich atlantischen Orientierung Polens nichts. Auch werden die außenpolitischen Konfliktpotentiale nicht mehr in diesem Maße zu innenpolitischer Mobilisierung genutzt. Gegenüber den USA herrscht jedoch keine Nibelungentreue mehr vor, was an der veränderten Irak- und Raketenpolitik deutlich wird. Der Irak-Einsatz Polens wurde im Oktober 2008 beendet, die Raketenstationierung in Polen wurde bereits im August 2008 von konkreten amerikanischen Zusagen zur Modernisierung der polnischen Luftverteidigung abhängig gemacht.

Gefordert wird von der EU eine energiepolitische Solidarität gegenüber Russland. Angesichts des im Januar 2009 aktuellen Konflikts um russische Gaslieferungen in die Ukraine und in die EU, bleibt das Thema weiterhin aktuell und harrt einer gesamteuropäischen Abstimmung.

Dem EU-Beitritt einer sich wie auch immer demokratisierenden und stabilisierenden Ukraine – man denke an die massive Unterstützung der „oranigen Revolution“ durch die polnische Regierung –, sowie einem EU-Beitritt der Türkei steht man in Polen offen gegenüber, skeptisch bleibt man hingegen gegenüber der strategischen Partnerschaft mit Russland, da man in Moskau nicht nur in energiepolitischer Hinsicht weiterhin eine Bedrohung erblickt. Hierfür stand auch die Haltung und Kritik Polens an der

⁴³ <http://www.eu-info.de/deutsche-europapolitik/deutsche-positionen-eu-politik/georgien>

⁴⁴ Günter Gloser: Konturen einer neuen EU-Ostpolitik. In: Dialog, 85-86 (2008-2009), S. 82-84; Andrzej Kremer: Wozu brauchen wir eine neue Östliche Partnerschaft. In: Dialog, 85-86 (2008-2009), S. 86-88

nachgiebigen und an Wirtschaftsinteressen ausgerichteten Position der EU hinsichtlich des russischen-georgischen Konflikts im August 2008. Hoffnungen verbindet man mit dem gemeinsam mit Schweden vorgeschlagenen Konzept einer „östlichen Partnerschaft“, das unter anderen die Ukraine und Moldawien näher an die EU heranführen soll. Hier hat sich die EU-Kommission – wie oben ausgeführt – bewegt.⁴⁵

Im Hinblick auf die historischen Grundlagen und Werte der EU geht man in Polen davon aus, dass die historische Leistung der „Solidarność“ bei der Überwindung des Kommunismus eine stärkere Anerkennung finden sollte; gefordert wird vor dem Hintergrund immer wieder aufbrechender deutsch-polnischer historischer Dispute auch eine europäische Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur, die die Ursachen von Flucht und Vertreibung im und nach dem Zweiten Weltkrieg klar benennt.⁴⁶

Die Europapolitik ist ein tragender Pfeiler der deutschen Außenpolitik, da man ohne sie die eigene politische und wirtschaftliche Machtstellung verlöre. Aus der zentralen Rolle und der Nettozahlerposition Deutschlands resultieren aber gleichzeitig auch die hohen Erwartungen des Auslands. Die EU-Politik Deutschlands entwickelt sich auch deshalb deutlich in Richtung pragmatischer Durchsetzung nationaler Interessen, Interessenkonflikte mit der EU und anderen Mitgliedsstaaten werden entschiedener ausgefochten als das früher der Fall war. Die 2009 aktuelle globale Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt diese Haltung, sicherlich nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen EU-Staaten.

Nach dem Scheitern des europäischen Verfassungsentwurfs (2005) wurde gerade von deutscher Seite eine neue vertragliche Regelung für die EU angestrebt. Ziele waren die Stärkung der demokratischen Teilhabe, effizientere, transparente Strukturen, aber auch der Ausbau des eigenen Einflusses in europäischen Institutionen. Bisher konnte der Vertrag von Lissabon allerdings nicht durchgesetzt werden, was nicht nur an der inhaltlichen Politik des polnischen Präsidenten lag, sondern auch an der Skepsis und Ablehnung einiger anderer EU-Staaten.

Der von Deutschland exponierte Klimaschutz wird zwischen Deutschland und Polen zwar nicht kontrovers diskutiert, allerdings gibt es im Hinblick auf die Lastenverteilung beim jeweiligen Anteil erneuerbarer Energien und bei der Begrenzung des Schadstoffausstoßes unterschiedliche Auffassungen.

Im Hinblick auf die europäische Nachbarschaftspolitik wurde von deutscher Seite einerseits auf die demokratischen Revolutionen in der Ukraine und in Georgien reagiert, andererseits wurde der Skepsis gegenüber einer weiteren Osterweiterung (Ukraine!) Ausdruck gegeben. Die Initiative zur neuen Ostpolitik war aber auch durch interne Differenzen der Großen Koalition über den grundsätzlichen Umgang mit Russland geprägt. Das von *Frank-Walter Steinmeier* entwickelte „Konzept der Annäherung durch

⁴⁵ Maria Elisabeth Rotter, Roland Freudenstein: Zurück in die Zukunft? Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Polen. In: Dialog 82 (2008), S. 9-12; cjp/Reuters/AP/AFP: Polens Präsident kritisiert Deutschland und Frankreich scharf. In: <http://spiegel.de/politik/ausland/> 16. 08. 2008; Jan Piekto: Russia Today: Neo-Imperialism and Crisis – The Polish Perspective. In: Analyses & Opinions, 7/92, March 2009

⁴⁶ Irena Lipowicz: Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ – Eine Sackgasse. In: Anna Hofmann, Basil Kerski (Hg.): Deutsche und Polen. Erinnerung im Dialog. Osnabrück 2007, S. 103-114, S. 113

Verflechtung“ wurde ab Mitte 2008 zunächst relativiert und dann zugunsten der oben beschriebenen Modernisierungspartnerschaft ad acta gelegt.

Zur Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen hat sicherlich beigetragen, dass Deutschland die schwedisch-polnische Initiative der „östlichen Partnerschaft“, die Staaten wie die Ukraine oder Moldawien auch ohne klare Beitrittszusage enger an die EU binden soll, im Dezember 2008 nachdrücklich unterstützt hat.⁴⁷

Differenzen in der Großen Koalition gibt es beim Thema Geschichtspolitik und Zentrum gegen Vertreibungen. Eine prominente Option lautet, Geschichtspolitik zu betreiben, sie aber aus den deutsch-polnischen Beziehungen herauszuhalten.⁴⁸ Der im März 2009 ausgebrochene deutsch-polnische sowie innerdeutsche Streit über die Position *Erika Steinbachs* hat aber verdeutlicht, wie schwierig es ist, dieses Vorhaben umzusetzen.

Resümierend lässt sich feststellen, dass Unterschiede in der außenpolitischen Orientierung beider Staaten weiterhin vorhanden, aber durchaus nicht unüberwindbar sind. Die neue Bereitschaft zu einem vertieften Dialog und damit auch zu mehr gegenseitiger Empathie lässt hoffen. Gleichzeitig kann man aus den hier ausführlich diskutierten Aussagen, Meinungen und Konzeptionen deutscher und polnischer Fachleute sowie politischer Akteure klar ableiten, dass die bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen viel stärker in die gesamteuropäische Außenpolitik der EU eingebunden werden müssen. Die EU wird angesichts der globalen Wirtschaftskrise und in ihrem Verhältnis zu den USA und zu Russland in Zukunft in einem noch viel stärkeren Maße mit einer Stimme sprechen müssen.

⁴⁷ Andreas Rinke: Polen geht auf Berlin zu. In: http://www.handelsblatt.com/politik/_b=2105800, 08. 12. 2008

⁴⁸ Markus Meckel: Erinnerung und Aufarbeitung von Geschichte als europäische Aufgabe. In: Anna Hofmann, Basil Kerski (Hg.), op. cit., S. 25-40

Wojciech Wilczek

Die Aufarbeitung des kommunistischen Erbes in Polen

Die Reaktionen ausgesuchter polnischer Medien auf die Veröffentlichung der Wildstein-Liste

„Nur die Wahrheit ist interessant“

Józef Mackiewicz, polnischer Schriftsteller und Publizist

Einleitung

Zwanzig Jahre nach dem Ende des kommunistischen Regimes in Polen stellt das Lustrationsverfahren (d.h. die Überprüfung aller hohen staatlichen Amtsträger im Hinblick auf ihre Verbindungen zum damaligen Staatssicherheitsdienst) ein schwieriges innenpolitisches Problem dar. Die langwierige Auseinandersetzung der demokratisch gewählten Institutionen mit dem belastenden Erbe des ancien regime mag nach dem weitgehend friedlichen Umbruch in Mittel- und Osteuropa überraschen. Die Herausbildung einer Demokratie sowie die rasante Entwicklung der marktwirtschaftlichen Ordnung sind unübersehbar. Es gibt freie Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit. Woher kommen also die kritischen Stimmen, die Polen als eine „Para-Demokratie“¹, als eine „periphere Demokratie“² oder als ein „demokratieähnliches Erzeugnis“ (Wyrób demokracjopodobny)³ bezeichnen? Der Historiker Wojciech Roszkowski ging sogar noch einen Schritt weiter, als er sich in einer Diskussion 2003 wie folgt äußerte: „Wir verfügen immer noch weder über einen Rechtsstaat, noch über eine stabile Marktwirtschaft, noch über ein gefestigtes Parteiensystem“⁴. Sind es Stimmen der sogenannten „oszołomy“ („der Duseligen“), wie häufig diejenigen bezeichnet werden, die eine Lustration und eine Abrechnung mit dem Kommunismus fordern, oder Stimmen, die einer tieferen Reflexion bedürfen?

In dieser Studie unternehme ich den Versuch, die Reaktionen ausgesuchter polnischer Zeitungen und Zeitschriften auf die Veröffentlichung der sogenannten Wildstein-Liste (*lista Wildsteina*) zu analysieren. Obwohl diese Liste im Februar 2005 erschien, ist das Thema Aufarbeitung nach wie vor aktuell. Die unterschiedlichen Standpunkte und Kommentare sollen so gegenübergestellt und bewertet werden, dass die wesentlichen Positionen im Umfeld der Lustration zu erkennen sind. Die genauere Untersuchung des Anti-Lustration-Umfelds erweist sich dabei als besonders wichtig. Folgende Untersuchungsschritte sind vorgesehen: zuerst gehe ich kurz auf die unterschiedliche Bewertung des Kommunismus durch polnische, aber auch europäische Eliten ein und skizziere die bisherigen Bemühungen zur Verabschiedung eines Lustrationsgesetzes. Danach stelle ich die Frage nach der Notwendigkeit einer Lustration und begründe diese. In diesem Zusammenhang werden einige Mythen, wie z.B. der Erfolg des Runden

¹ Rola obrachunku z przeszłością w budowaniu ładu społecznego. In: *Ius et Lex*. Nr. (II) 1/2003. Warszawa 2003 S. 262

² Zdzisław Krasnodębski. *Demokracja peryferii. Słowo/obraz terytorium*. Gdańsk 2003

³ Semka, Piotr. *Wyrób demokracjopodobny*. Wprost. 17.07.2005

⁴ Rola obrachunku z przeszłością w budowaniu ładu społecznego. In: *Ius et Lex*. Nr. (II) 1/2003. Warszawa 2003, S. 262

Tisches oder das heute überwiegend geprägte Bild von einer geschlossenen Opposition in Frage gestellt. Im zweiten Kapitel beschreibe und analysiere ich die Reaktionen zweier Tageszeitungen und zweier Nachrichtenmagazine auf die Veröffentlichung eines Verzeichnisses des Instituts des Nationalen Gedenkens (*IPN*), das in Polen vor allem unter dem Namen Wildstein-Liste (*lista Wildsteina*) bekannt ist. Dabei stellt sich die Frage nach der Rolle der ehemaligen Oppositionellen, die heute die Versuche der Vergangenheitsbewältigung kritisieren. Abschließend unternehme ich den Versuch, die Frage zu beantworten, weshalb für Polen Lustration und Entkommunisierung notwendig sind. Mit diesem Aspekt beschäftige ich mich im letzten Teil der Arbeit.

1. Historischer Hintergrund

1.1. Kommunismus ≠ Faschismus

Der russische Dissident Wladimir Bukowski schrieb einmal: „Es gab die Nürnberger Prozesse, die mit dem Faschismus abgerechnet haben, es gab keinen Prozess in Moskau, der mit dem Kommunismus abgerechnet hätte“⁵. Die Äußerung Bukowskis bringt es auf den Punkt. Der Kommunismus erfährt eine andere Beurteilung als der Faschismus. Agnieszka Kołakowska bemerkte dazu treffend: „Die faschistische Ideologie wird allgemein verurteilt, die kommunistische dagegen nicht (zumindest nicht im ähnlichen Maße), ihre Verbrechen werden sogar relativiert“⁶. Diese ungleiche Einstellung gegenüber den Verbrechen der jüngsten Vergangenheit ist an bestimmten Phänomenen und deren Bewertung festzumachen. Einerseits sind T-Shirts mit dem Aufdruck *CCCP*, Fahnen mit Hammer und Sichel bei streikenden Arbeitern oder kommunistische Parteien im Westen Europas nichts Ungewöhnliches, andererseits löst die Präsentation von nationalsozialistischen Symbolen in der Öffentlichkeit zurecht den Protest demokratisch gesinnter Bürger aus. Aus diesem Grund erweist sich der Skandal, den die Publikation „Das Schwarzbuch des Kommunismus“ vor einigen Jahren hervorrief, als wenig verwunderlich. Der polnische Publizist Bronisław Wildstein bewertete dieses Phänomen unter vergleichenden Aspekten: „Niemand stellte die Fakten in Frage. Eine Empörung löste der Vergleich zwischen dem Ausmaß der kommunistischen und faschistischen Verbrechen aus“⁷. Der Soziologe Zdzisław Krasnodębski bezog sich in seinem Buch über die Entwicklung der Demokratie in Polen auch auf die Situation in anderen postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, in denen fast keine Anstrengungen unternommen wurden, die Täter des Systems zu bestrafen: „Die Tatsache, dass beinahe niemand für die kommunistischen Verbrechen verurteilt worden ist, ist ein europaweiter Skandal“⁸. Eine Ausnahme bildet allerdings die Verurteilung von ehemaligen Kadern der DDR: „Hier [in Deutschland – Anm. W.W.] wurde der Versuch einer Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit unternommen. Heute tritt dieser Prozess in die nächste Phase ein, in dem die Bürger der damaligen Bundesrepublik, die mit den Sicherheitsdiensten der DDR zusammengearbeitet hatten,

⁵ Bukowski, Wladimir. *Dysydent w archiwum Kremla*. Warszawa 1998

⁶ Kołakowska, Agnieszka. *Pamięć zniewolona*. *Życie*. 20.04.2000

⁷ Wildstein, Bronisław. *Antykomunizm po komunizmie*. In: *Długi cień PRL-u czyli dekomunizacja, której nie było*. Kraków 2005. S. 149-150

⁸ Krasnodębski, Zdzisław. *Demokracja peryferii. Słowo/obraz terytoria*. Gdańsk 2003. S. 230

entlarvt und verurteilt werden“⁹. Die Abrechnung war vermutlich nur deshalb möglich, weil die DDR in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert wurde und, im Vergleich zu anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks, ein relativ einfacher Austausch der ostdeutschen politischen Elite durch bundesdeutsche Politiker stattfand. In den übrigen Staaten Mittel- und Osteuropas fehlte der zwingende Wille, einen solchen Austausch vorzunehmen. In Polen wurde der Zugang von Exilpolitikern (z.B. die Exilregierung in London) zur Bildung der neuen Regierung 1989 erfolgreich verhindert. Bemerkenswert ist auch, dass nur die Repräsentanten eines bestimmten Teils der damaligen Opposition an den Gesprächen des Runden Tisches beteiligt waren.

Was die Charakterisierung des kommunistischen Systems in Polen betrifft, so bewertete es der Historiker Andrzej Paczkowski wie folgt:

- „es war immer repressiv
- es war immer verbrecherisch, da es weder das Völkerrecht noch die eigene Verfassung befolgte
- es war immer bereit, mit Gewalt (auch militärischer) gegen das Volk vorzugehen
- in seinen Anfängen (1944-56) scheute es sich nicht, Gräueltaten zu begehen“¹⁰

In Polen herrscht dagegen in manchen Kreisen die Überzeugung, der Kommunismus sei 1956 mit dem Tod des Ersten Sekretärs der Vereinigten Arbeiterpartei Polens *PZPR* Bolesław Bierut zu Ende gegangen: „Manche behaupteten, dass der Kommunismus nicht 1989 zu Ende ging, sondern wesentlich früher, bereits 1956. Andrzej Szczypiorski [Ein in Deutschland bekannter polnischer Schriftsteller, der vor kurzem als Inoffizieller Mitarbeiter des Geheimdienstes entlarvt wurde – Anm. W.W.] versuchte die Deutschen davon zu überzeugen, dass deshalb in Polen keine Prozeduren der Überprüfung und Abrechnung wie in der DDR notwendig waren“¹¹.

Es ist unbestritten, dass 1956 mit dem Beginn des sogenannten Tauwetters (*odwilż*) eine Milderung des totalitären Systems einsetzte, es kann jedoch nicht vom Ende des Kommunismus gesprochen werden. 1956 ging eine Ära zu Ende, die als Stalinismus bezeichnet wird. Das System veränderte sich, blieb jedoch weiterhin kommunistisch und totalitär: „Der Kommunismus nach 1956 und seine Evolution bis 1989 waren nicht mehr so blutig wie zuvor. Dennoch blieb das System ein totalitäres, das sich auf Lügen und Gewalt stützte“¹².

1.2. Eine kurze Geschichte der Lustration

Das Wiedererlangen der Unabhängigkeit im Jahr 1989 bedeutete das Ende der Allmacht der politischen Polizei der Volksrepublik Polen. Personen, die öffentliche Ämter

⁹ ibd

¹⁰ Courtois, Stephane, N. Werth, J.-L. Panne, A. Paczkowski, K. Bartosek, J.-L. Margolin. Czarna księga komunizmu. Zbrodnie, prześladowania, terror. Warszawa 1999. S. 366

¹¹ Krasnodębski, Zdzisław. O genezie III Rzeczypospolitej raz jeszcze. In: *Ius et Lex*. Nr. (II) 1/2003. Warszawa 2003. S. 301

¹² Wildstein, Bronisław. Dekomunizacja, której nie było. Kraków 2000. S. 50

besetzten, sollten einer Lustration unterzogen werden, damit ihre Verbindung mit dem Sicherheitsapparat offen gelegt werden konnte. Das Postulat wurde von der Mehrzahl der Parteien akzeptiert. Strittig blieben Umfang und Verfahren der Lustration.¹³

Der erste Versuch der Lustration, auch bekannt als die „Macierewicz-Liste“ (*Lista Macierewicza*), wurde im Mai 1992 unternommen. Der *Sejm* verabschiedete einen Beschluss, der den Innenminister dazu verpflichtete, die Namen all der Personen bekannt zu geben, die öffentliche Positionen einnahmen und in den Jahren 1944 bis 1990 mit dem Geheimdienst *UB* (*Urząd Bezpieczeństwa*) bzw. *SB* (*Służba Bezpieczeństwa*) zusammengearbeitet hatten. Die damalige Regierung von Premier Olszewski stand kurz vor der Auflösung. Als Macierewicz die Liste den wichtigsten Personen des Staates übergab, wurde die Regierung gestürzt.

Wildstein nannte zwei Fehler, die sich während dieses Lustrationsversuches ereigneten: „Als ein grundlegender Fehler gilt die nicht ausreichend durchdachte Entscheidung des Parlaments, die in Form eines Beschlusses mit fehlenden Durchführungsbestimmungen (auch die der Appellation) die Lustration durchführen wollte. Das Innenministerium, das sich seit längerer Zeit auf die Lustration vorbereitet hatte, vernachlässigte seinerseits eine Vorbereitung der juristischen Grundlage des Verfahrens“¹⁴.

Der Zeithistoriker Antoni Dudek erklärte, wie die Prozedur aussah und dass höchstwahrscheinlich die Weitergabe der Namen an die Presse zum Misserfolg der ersten Lustration führte: „Auf der „Macierewicz-Liste“ befanden sich nur Namen von Abgeordneten des Parlaments, des Senats sowie von Ministern und Mitarbeitern aus der Kanzlei des Präsidenten. Die Liste beinhaltete 64 Namen, darunter 3 Minister, 8 Vizeminister, 3 hohe Beamte aus der Kanzlei des Präsidenten, 39 Abgeordnete u. a. 11 vom Bündnis der demokratischen Linken (*SLD*), 8 von der Bauernpartei (*PSL*), 4 von der Demokratische Union (*UD*), 3 vom Liberal-demokratischen Kongress (*KLD*) sowie 11 Senatoren. Eine zweite Liste, auf der auch die Namen von Staatspräsident Wałęsa und von Sejmmarschall Chrzanowski zu finden waren, wurde dem Ersten Präsidenten des Höchsten Gerichts sowie dem Präsidenten des Verfassungsgerichts überreicht. Gleichzeitig unterstrich der Sprecher des Innenministeriums, dass Minister Macierewicz „nicht über die Befugnis verfügt zu entscheiden, wer ein Mitarbeiter des *UB* und des *SB* war oder nicht war“, und dass die Listen lediglich Informationen über „Dokumente, die zur Disposition des Innenministeriums stehen“ beinhalten. Wäre es gelungen, diese offizielle Version so lange aufrecht zu erhalten, bis das Parlament ein Organ berufen hätte, das diese Listen untersuchen und verifizieren sollte, und wären einige Namen von den Listen nicht an die Presse durchgesickert, so hätte es eine Chance gegeben, die Operation durchzuführen“¹⁵.

Der Vorwurf von Gegnern der Lustration an die Regierung Olszewski und Minister Macierewicz, einen Putsch durchführen zu wollen, entlarvte sich als absolut unwahr: „Eine Parlamentskommission, die den Putschversuch untersuchen sollte, fand keine Beweise, die dafür hätten sprechen können. Die angebliche Versetzung der Einheiten des Innenministeriums in Kampfbereitschaft entlarvte sich ebenfalls als eine Lüge. Dies

¹³ Vgl. www.rzeczniikip.gov.pl/historia.html. 08.04.2006

¹⁴ Wildstein, Bronisław. *Dekomunizacja, której nie było*. Księgarnia akademicka. Kraków 2000. S. 86-87

¹⁵ Dudek, Antoni. *Pierwsze lata III Rzeczypospolitej*. Arcana. Kraków. 2004. S. 263

alles hielt manche Medien nicht davon ab, an ihrer Version von der „Nacht der langen Aktenmappen“ festzuhalten. Adam Michnik unterstrich später mehrmals, dass er sich in einem Polen unter Olszewski und Macierewicz nicht sicher fühlen würde. Es sei nochmals gesagt, ein Putsch wurde nie geplant und die demokratische Ordnung wurde nie verletzt“¹⁶.

In den darauf folgenden Jahren entstanden einige Projekte bezüglich des Lustrationsgesetzes. Die Befürworter der Verurteilung des totalitären Regimes wollten die Lustration mit der Entkommunisierung verbinden, um so all die Personen von öffentlichen Funktionen zu suspendieren, die mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet hatten. Auf der anderen Seite gab es Projekte, die eine rechtliche Verurteilung nicht zulassen sollten. Ein Kompromiss zwischen den beiden Polen wurde von Bogdan Pęk von der Bauernpartei *PSL* vorgelegt. Demnach sollten alle, die der Lustration unterzogen werden sollten, eine Erklärung abgeben, ob sie mit dem Geheimdienst kooperiert hatten oder nicht. Eine Mitarbeit für den Geheimdienst oder im Geheimdienst selbst sollte der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Ein Geständnis würde demnach keine rechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen. Lediglich das Verschweigen der Kontakte würde die Besetzung öffentlicher Ämter für die Dauer von zehn Jahren verbieten. Das Gesetz wurde am 11. April 1997 im Parlament verabschiedet (*SLD* stimmte gegen das Gesetz). Präsident Kwaśniewski und Abgeordnete des *SLD* klagten mehrmals vergeblich vor dem Verfassungsgericht gegen das Gesetz. Die formellen Befugnisse des Anwalts des öffentlichen Interesses (*Rzecznik Interesu Publicznego*) wurden jedoch in der Praxis weitgehend behindert. So wurden nach wie vor die Akten des Amtes für Staatsschutz (*UOP*) oder des Innenministeriums nicht im vollen Umfang an ihn herausgegeben.¹⁷ Die Lustration wurde somit verzögert, was am deutlichsten am Beispiel von Ex-Premier Oleksy sichtbar war. Sein Lustrationsprozess zog sich über Jahre dahin und obwohl Oleksy mehrmals verurteilt wurde, ging er immer wieder in Berufung.

1.3. Ja oder nein zur Lustration?

Während in Deutschland ein überwiegender Konsens bezüglich der Aufarbeitung des kommunistischen Regimes der DDR besteht und die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), bekannt als Birthler-Behörde, ihre Arbeit weitgehend unbekümmert nachgehen kann, sind die polnischen Eliten in der Frage der Notwendigkeit der Lustration tief gespalten. Die Gegner behaupten, in den Akten sei die Wahrheit nicht zu finden. Dabei verweisen sie auf die Tatsache, dass diese nicht komplett seien, ihr Inhalt unsicher und von den Autoren bewusst gefälscht sein könnte. Schlagwörter wie: „wir sollten in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit schauen“ oder „die Beurteilung der Geschichte sollte den Historikern überlassen werden“¹⁸ sollen das Thema der Lustration *ad acta* legen. Die Gegner sprechen sich dafür aus, dass die

¹⁶ Wildstein, Bronisław. Dekomunizacja, której nie było. Księgarnia akademicka. Kraków 2000. S. 87-88

¹⁷ Vgl. www.rzecznik.gov.pl/historia.html 08.04.2006

¹⁸ Rede von Leszek Miller auf dem Parteikongress der *SLD*. 18.-19.12.1999

Akten von *UB* und *SB* im Institut des Nationalen Gedenkens unter Verschluss bleiben sollen. Paweł Śpiewak beschreibt, wie die Archive und ihr Inhalt in den Medien dargestellt werden: „Die Archive der Geheimpolizei werden mit der Welt der Dämonen und die, die sie öffnen wollen, mit Pandora verglichen, die dazu bereit ist, das Unglück in die Welt zu lassen“¹⁹. Manche gehen sogar noch weiter und fordern, die Akten entweder zu öffnen oder sie zu verbrennen.²⁰ Aus dem Artikel des Autors geht eindeutig hervor, dass er sich für die zweite Option ausspricht. Diese These wird von Andrzej Romanowski unterstützt, indem er behauptet: „Der Sinn der Lustration ist also nur ein moralischer. Und sie wäre vielleicht auch richtig, wenn die Akten eine hundertprozentige Wahrheit enthalten würden“²¹. Romanowskis Gedanke scheint nachvollziehbar zu sein, doch Wildstein erkennt die Gefahr, dass eine weitgehende Konsequenz aus dieser Logik, die Abschaffung des gesamten Rechtssystems sein könnte: „Würde man diesem Gedanken folgen, so müssten alle Akten vernichtet werden, da es hundertprozentige Beweise nie geben wird. Somit ist die Lustration nicht durchführbar, da wir nie die ganze Wahrheit erfahren werden. Dem ist zuzustimmen, allerdings muss hinzugefügt werden, dass der Mensch in keinem Bereich zur absoluten Wahrheit gelangen kann. Sollen die Menschen deshalb auf jegliche Versuche zur Wahrheit zu gelangen, verzichten?“²².

Krasnodebski beschrieb, wie aus totalitären Machthabern auf einmal eine unterdrückte Minderheit wurde: „Andrzej Walicki hält die Kommunisten für eine anders denkende Gruppe, eine Minderheit. Die Bekämpfung dieser Gruppe ist ein Ausdruck der Intoleranz, eines pro-totalitären Drangs nach dem ideologischen Monopol. Die Neutralität eines liberalen Staates bedarf eines Verzichts auf die Abrechnung mit dieser Minderheit“²³. Bemerkenswert ist hierbei die Vertauschung der Opfer-Täter Rolle, von der Walicki sprach. Die Kommunisten, die fast 50 Jahre lang ein ideologisches Monopol besaßen, werden plötzlich zu einer unterdrückten Minderheit. Die Kommunisten waren in der Tat eine Minderheit, aber eine Minderheit, die – ohne jegliche Legitimität – dem Volk ein totalitäres System aufgezwungen hatte. Und nicht zuletzt war es eine höchst privilegierte Minderheit, die die Staatskasse, also das Geld der Bürger, zur eigenen Bereicherung missbrauchte.

Die Lustrationsgegner verweisen auch auf christliche Werte: „Manchmal berufen sie sich auf die Maxime der Vergebung. Dabei vergessen sie offensichtlich, dass nur dann vergeben werden kann, wenn der Verursacher des Übels dazu bereit ist, Reue zu zeigen“²⁴. Wildstein bemerkte treffend, dass: „Vergebung das wohl am häufigsten wiederholte Wort von Michnik zu sein scheint“²⁵. Die Kommunisten zeigen jedoch keine Reue, im Gegenteil, sie sehen sich als die Retter der Nation. Das beste Beispiel liefert hierzu Jaruzelski, der sich bis heute für einen Patriot hält. Er verteidigt die

¹⁹ Śpiewak, Paweł. Higieniczna Pandora. Wprost. 13.02.2005

²⁰ Osiatyński, Wiktor. Otworzyć albo spalić. Gazeta Wyborcza. 05.06.2000

²¹ Romanowski, Andrzej. Gazeta Wyborcza. 02-03.01.1999

²² Wildstein, Bronisław. Antylustracyjne strategie. In: Długi cień PRL-u czyli dekomunizacja, której nie było. Kraków 2005. S. 185

²³ Krasnodebski, Zdzisław. Demokracja peryferii. Słowo/obraz terytoria. Gdańsk 2003. S. 235

²⁴ Śpiewak, Paweł. Higieniczna Pandora. Wprost. 13.02.2005

²⁵ Wildstein, Bronisław. Dekomunizacja, której nie było. Kraków 2000. S. 75

Einführung des Kriegsrechts als einen Schutz der Bevölkerung vor dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte.

Wie inkonsequent die „moralischen Autoritäten“ die Aufarbeitung der Geschichte angehen, wird am Beispiel von Jedwabne sichtbar: „(...) über Jedwabne, Radziwiłłów und die Morde an ortsansässigen Juden wurde breit berichtet. Damals war die Erinnerung wichtig, jetzt will man sie uns verwehren. Dabei ist es ein und derselbe Prozess“²⁶. So entdeckte Marek Beylin, der sich mehrmals kritisch gegen die Lustration geäußert hatte, auf einmal die Notwendigkeit der Aufarbeitung der polnischen Geschichte.²⁷ Er schrieb: „Ich glaube nicht an eine „sichere Zukunft“ ohne das Gefühl der Verantwortung für die dunkle Vergangenheit“²⁸.

Es ist deshalb die Frage zu stellen, weshalb der eine Strang der Geschichte für die kollektive Erinnerung wichtig ist und der andere nicht. Die Gründe für die ungleiche Behandlung können in einer Vermutung zusammengefasst werden: Weil die Lustration die Verbrechen jenes Regimes aufarbeiten soll, für das die postkommunistischen Eliten, die gegenwärtig führende Positionen in Politik, Wirtschaft, Medien und Geheimdiensten einnehmen, die Verantwortung tragen.

2. Die Reaktionen der Medien auf die sogenannte Wildstein-Liste

Eine Skizzierung und Analyse der Reaktionen aller Printmedien ist in dieser kurzen Arbeit nicht möglich. Deshalb werde ich mich auf zwei Zeitungen *Gazeta Wyborcza* und *Rzeczpospolita* sowie zwei Zeitschriften *Polityka* und *Wprost* beschränken. *Gazeta Wyborcza* und *Polityka* sind dem linken und linksliberalen Spektrum zuzurechnen, *Rzeczpospolita* und *Wprost* vertreten eher konservativ-liberale Ansichten. Die Printmedien vertreten also grundverschiedene Positionen. Zunächst werden jedoch einige allgemeine Informationen über die sogenannte Wildstein-Liste vorgestellt.

2.1. Die Wildstein-Liste

Anfang Februar 2005 erschien auf Internetseiten ein Katalog mit ca. 240.000 Namen von Funktionären, Mitarbeitern, Kandidaten für Mitarbeiter des *SB* sowie anderer Personen. Dieser Katalog wird im Volksmund als die Wildstein-Liste bezeichnet.²⁹

Es handelte sich dabei um ein Verzeichnis von Namen sowie den dazugehörigen Aktensignaturen. Das *IPN* übernahm auf Grundlage des Gesetzes über das Institut die Archivbestände und Kataloge des Innenministeriums aus der Zeit der Volksrepublik, sowie Bestände aus Archiven des Militärs, des Staatsarchivs, der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gefängnisse. Die Dokumente wurden mit neuen Signaturen versehen, in denen sowohl Funktionäre als auch zivile Personen, hierbei handelte es sich sowohl um inoffizielle Mitarbeiter (*TW*) als auch um Kandidaten, die als inoffizielle Mitarbeiter angeworben werden sollten, auftauchen. Laut Prof. Andrzej Friszke erfolgte eine solche Klassifizierung bewusst, damit einer voreiligen Beurteilung einer Person aus

²⁶ Śpiewak, Paweł. Higieniczna Pandora. *Wprost*. 13.02.2005

²⁷ Vgl. Krasnodębski, Zdzisław. *Demokracja peryferii. Słowo/obraz terytoria*. Gdańsk 2003. S. 257

²⁸ Beylin, Marek. Ja i my, a nie oni. *Gazeta Wyborcza*. 01.12.2000

²⁹ Vgl. Informacja o działalności IPN – Komisji Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu w okresie 1. lipca 2004 – 31. grudnia 2005. Warszawa. 02/2006. S. 17

der Liste vorgebeugt werden sollte, ohne dass vorher der Inhalt der Akte verifiziert worden ist. Das Verzeichnis wurde in Form einer Excel-Datei zusammengestellt und es wurden vier Kategorien unterschieden, die die Akten charakterisieren:

„*Signatur* – Bezeichnung der Aktenmappe des *IPN*

Name, Vorname – namentlicher Verweis auf die Person, auf die die Akten hinweisen

Verwaltungseinheit – Bezeichnung der Verwaltungseinheit, von der das *IPN* die Akte erhielt.

Bezeichnung der Basis – Bezeichnung der Art der Akten, zu denen die Aktenmappe ursprünglich gehörte“³⁰.

Das Verzeichnis war seit dem 26. November 2004 in elektronischer Form im Lesesaal des *IPN* in Warschau zugänglich für Personen, die diese laut Artikel 36 Absatz 5 des Gesetzes über das *IPN* für wissenschaftliche Zwecke nutzen konnten.³¹

2.2. *Gazeta Wyborcza*

Sowohl *Gazeta Wyborcza* als auch *Polityka* bewerteten die Tat von Wildstein als „Durchsickern“ (przeciek), „Diebstahl“ (kradzież), „Wegschaffen“ (wynieść) oder „Veröffentlichen“ (odtajnić). Dies war ein eindeutiger Missbrauch, da das Personenverzeichnis des *IPN* öffentlich war. *Gazeta Wyborcza* titelte „Die Liste des *UB* kreist durch Polen“ („Ubecka lista krąży po Polsce“³²). Wildstein unterstrich mehrmals öffentlich, es handle sich nicht um eine Liste des *UB*, so z. B. „Bei der Weitergabe des Verzeichnisses habe ich immer betont, dass diese Liste nicht als eine Agentenliste bezeichnet werden darf“³³. Die Erklärungen Wildsteins halfen nicht viel. Die Historiker des *IPN* unterstützten seine Aussagen mit folgenden Argumenten: „Diese Liste ist kein Beweis. Sie liefert lediglich den Standort der Akten, die Beweise stecken in den Akten“ wie auch: „Auf der Liste sind Namen und Nummern der Akten. Demnach könnte auch das Telefonbuch eine Agentenliste sein“³⁴, „Niemand behandelt diese Liste als eine Agentenliste. Es gehört schon eine böse Absicht dazu, sie so zu definieren“³⁵. Auf die Kommentare in der *Gazeta Wyborcza* hatten sie keine Auswirkungen. Wildsteins Vorgehen wurde weiterhin als ein abscheulicher Akt beschrieben. So versah Piotr Stasiński seinen Kommentar mit dem Titel: „Akt der Barbarei von Wildstein“ wie auch: „Wildstein wiederholt diesen barbarischen Akt“, „zuerst – Infamie, Entsöhnung – eventuell“, „inquisitorische Operation Wildsteins“. Außerdem bezeichnete er Wildstein als einen „fanatischen Lustrator“³⁶.

Marian Filar warnte vor der Gefahr, wonach „die Akten des *SB* von verschiedenen „Historikern“, die häufig eine klare politische Provenienz hätten, sowie von Frustrierten,

³⁰ Lista Wildsteina. www.wikipedia.pl. 07.04.2006. (Hervorhebungen der Kategorien, W.W.)

³¹ Vgl. Informacja o działalności IPN – Komisji Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu w okresie 1. lipca 2004 – 31. grudnia 2005. Warszawa. 02/2006. S. 17

³² Czuchowski, Wojciech. Ubecka lista krąży po Polsce. *Gazeta Wyborcza*. 29.-30.01.2005

³³ Wildstein, Bronisław. Pokazałem, że to jawne. *Rzeczpospolita*. 31.01.2005

³⁴ Dudek, Antoni im Interview mit Paweł Wroński. *Gazeta Wyborcza*. 29.-30.01.2005

³⁵ Radoń, Sławomir im Interview mit Paweł Wroński. *Gazeta Wyborcza*. 29.-30.01.2005

³⁶ Stasiński, Piotr. Barbarzyństwo Wildsteina. *Gazeta Wyborcza*. 31.01.2005

die aus dem Inhalt eine erkennbare politische Absicht machen wollten, die nichts mit der Idee der Wahrheitsfindung habe, untersucht werden könnten“³⁷.

Pacewicz zweifelte an den Qualifikationen der Mitarbeiter des IPN: „Viele von ihnen sind zu jung, kennen nicht die Zeiten der Volksrepublik Polen, sind ideologisch motiviert. Werden sie das Prinzip der Unschuldsvermutung befolgen?“³⁸.

Teresa Bogucka schrieb vom „Recht auf Lynchjustiz“: „Auf Internetforen sieht man, wer sich um eine Abrechnung reißt. In den Aussagen sind überwiegend Anzeichen von Rohheit, Aggressionen und einem unglaublichen Hass zu erkennen. Es besteht eine Bereitschaft zur Demaskierung und Erniedrigung, die Lustrationsbefrworther sind Erben derjenigen, die die Menschen auf Scheiterhaufen oder unter der Guillotine sehen wollen“³⁹.

Bogucka warf den Befrworthern vor, dass sie sich in erster Linie um die „Großen“ kümmern sollten, statt die „Kleinen“ anzuklagen: „Zuerst sollten die Befehlsgeber zur Rechenschaft gezogen werden und dann diejenigen, die schikaniert hatten“⁴⁰. Marian Filar bedauerte: „Es ist ein Unding, dass die Lustration nicht mit der Entkommunisierung verbunden wurde. Somit werden die Kleinen angeklagt, die Großen können dagegen in Ruhe weiterleben“⁴¹. Hier sei angemerkt, dass ausgerechnet diejenigen, die an dieser Stelle eine Entkommunisierung fordern, in den letzten zwanzig Jahren mehr oder minder versucht hatten, sie hinauszuzögern. Erinnerung sei an den berühmten Satz von Michnik über die Kritiker von General Jaruzelski „Lasst den General in Ruhe!“ („Odpieprzcie si od generaa!“).

Piotr Pacewicz hingegen sprach sich gegen Ungerechtigkeit und Barbarei aus, wobei er eine unklare Vorstellung vom Zweck der Lustration entwickelte: „Ich verteidige den Begriff des Barbaren, da ein Barbar jemand ist, der seine Ziele realisiert, wobei er die Formen der Zivilisation abwirft, der das Leid, das tausenden Gerechten angetan wird, und deren Würde missachtet“⁴². Er schien die Ziele der Lustrationsbefrworther nicht zu verstehen bzw. nicht verstehen zu wollen. Diese wollten eine Genugtuung für tausend Gerechte, die unter dem kommunistischen Regime – auf das der Begriff der Barbarei und die fehlende Form der Zivilisation eher zutreffen – gelitten hatten.

Gazeta Wyborcza wollte nach meiner Meinung die Gründe, die für die Lustration sprechen, nicht hören. Wildstein ging es nicht um Rache oder Barbarei, sondern um die Wahrheit. Dies betonte er im Interview mit dem TV-Sender 3sat: „In der labilen Demokratie der polnischen Republik diktieren erkennbare Eliten, was die Menschen wissen dürfen und was nicht“, sagte Bronislaw Wildstein. „Dagegen gehe ich an. Die Behauptung, dass ich unethisch handele, wenn ich die Wahrheit zugänglich machen will, ist für mich eine Verkehrung der Tatsachen, was übrigens für die politische

³⁷ Filar, Marian. Polska aba lustracji. Gazeta Wyborcza. 31.01.2005

³⁸ Pacewicz, Piotr. Skumbrie w tomacie i Wildstein. Gazeta Wyborcza. 05.-06.02.2005

³⁹ Bogucka, Teresa. Prawo do wiedzy i prawo do linczu. Gazeta Wyborcza. 04.02.2005

⁴⁰ ibd

⁴¹ Filar, Marian. Polska aba lustracji. Gazeta Wyborcza. 31.01.2005

⁴² Pacewicz, Piotr. Skumbrie w tomacie i Wildstein. Gazeta Wyborcza. 05.-06.02.2005

*Diskussion im heutigen Polen charakteristisch ist. Das Fundament jeglicher Ethik ist die Wahrheit und Transparenz und nicht umgekehrt*⁴³.

2.3. Polityka

„Die Lustration ist ein Ablenkungsmanöver“⁴⁴ behauptete Janina Paradowska und begründete ihre These: „Statt einer Diskussion über Wahlprogramme haben wir im Wahljahr einen Lustrationskarneval. Die Lustration wird politische Formationen treffen, die ihre Wurzeln in der Volksrepublik haben. Aber sie wird vor allem das Umfeld und die Parteien betreffen, die nach 1989 entstanden sind und eine zurückhaltende Haltung gegenüber einer Abrechnung mit dem Kommunismus pfleg(t)en“⁴⁵.

Ein anderer Kommentator, Jerzy Baczyński, behauptete: „Die wilde Lustration schafft nur eine größere Verwirrung, bei der jeder gleichzeitig schuldig und unschuldig sein wird“⁴⁶. Er fragte sich: „Ich weiß nicht, was Wildstein erreichen wollte. Das ist eher eine Aufgabe für die Psychologen“⁴⁷. Eine ähnliche Strategie wurde auch schon gegen den Dichter Zbigniew Herbert angewandt, um seine Person und Argumentation zu diskreditieren.

Jacek Żakowski behauptete in seinem Artikel „Czyja Polska“ („Wessen Polen“): „Dank der Wildstein-Liste werden die Agenten länger unbekannt bleiben, und der Prozess des Kennenlernens der Wahrheit über die Volksrepublik wird im Schlamm versickern. Die Wildstein-Liste ist eine „Lawine“, die die „Welle“ von Kieres [Leon Kieres, in den Jahren 2000-2005 Präsident des *IPN* – Anm. W.W.] aufgehalten hat. Die „Welle“ sollte die Bekanntgabe der Agenten sein, die das *IPN* veröffentlichen wollte. Allerdings hat die Wildstein-Liste die Agenten vor ihr bewahrt, da sie jetzt mit tausenden anderen Namen vermischt wurden und nicht besonders auffallen. Die Politiker haben kein Interesse an der „Welle“ von Kieres gezeigt. Vielleicht deshalb, weil ein Großteil der Akten vernichtet wurde und der wichtigste Teil von ihnen angeblich in Moskau aufbewahrt wird. Die wichtigsten Agenten haben sowieso keine Akten. Wildstein ging es eigentlich nicht um die Entlarvung der Agenten (die entlarvt werden müssen, obwohl es nicht gelingen wird, alle zu entlarven), nicht um die geschichtliche Wahrheit und nicht um Gerechtigkeit für die, die sich schäbig benahmen und heute vorgeben, aufrechte Bürger zu sein. Möglicherweise ging es darum, Emotionen hervorzurufen, damit eine radikale politische, kulturelle und gesellschaftliche Wende, von der die Befürworter der IV Republik träumen, vollzogen wird. Die „Welle“ von Kieres hätte dies nicht bewirkt. Erstens, weil die massenhafte Entlarvung der Agenten bei den Menschen eher Mitleid als Revanchismus bewirkt hätte. Zweitens, weil im Gegensatz zu der Meinung der Lustrationsenthusiasten, wonach die III Republik ein *deal* zwischen Agenten und Kommunisten gewesen sein soll, auf den Listen die wichtigen Namen der letzten fünfzehn Jahre fehlen würden. Drittens, weil die Entlarvung einer großer Zahl

⁴³ Wildstein, Bronisław. In: Klamt, Andrzej: Wildsteins Liste. Im Internet veröffentlichte Stasi-Akten sorgen in Polen für Aufregung. Kulturzeit 3sat. 05.04.2005

⁴⁴ Paradowska, Janina. Politeczka. Polityka. 19.02.2005

⁴⁵ Paradowska, Janina. Politeczka. Polityka. 19.02.2005

⁴⁶ Baczyński, Jerzy. Lista Wildsteina. Polityka. 05.02.2005

⁴⁷ Baczyński, Jerzy. Lista Wildsteina. Polityka. 05.02.2005

der Agenten ein Zeichen dafür wäre, dass die III Republik mit ihnen und mit der Geschichte der PRL fertig werden kann, also die IV Republik überflüssig ist. Wildstein will nur die Forderung nach einem Wechsel anschüren. Wir haben es also möglicherweise mit einer künstlich hervorgerufenen Teilkrise zu tun, die eine Begründung für einen radikalen Kampf gegen die Totale Krise sein soll. Die Wildstein-Liste ist nur ein symbolischer Schuss von der Aurora. Mit ihm soll eine scharfe Phase der konservativ-republikanischen Revolution eingeläutet werden. Das Polen von Michnik, der vom Runden Tisch an bis zur Rywin-Affäre gemeinsam mit der *Gazeta Wyborcza* die Standards des polnischen Anstands bestimmte, soll von einem Polen Wildsteins abgelöst werden. Nach dieser Revolution soll das Land nicht wieder zu erkennen sein. Das Polen von Wildstein werden Parteien bilden, wie die neokonservative Recht und Gerechtigkeit (*PiS*), die Bürgerplattform (*PO*), Liga der polnischen Familien (*LPR*), junge Journalisten, ein Teil der frustrierten Medien und Intellektuellen. Polen wird damit in zwei Teile gespalten und wird sich in folgenden Kategorien voneinander unterscheiden:

1) Das Bild des Menschen

Michniks Polen gehört zu der abdankenden Epoche der Menschenrechte. In seinem Polen standen an erster Stelle die Rechte des Einzelnen. Die konservativ-republikanische Revolution wird dieses Prinzip brechen. Hier steht an erster Stelle die „Republik“. In Michniks Polen hatte Gnade Vorrang vor der Opferung des Einzelnen für das Gemeinwohl. In Wildsteins Polen gilt die umgekehrte Regel. In Michniks Polen herrscht das Prinzip der Unschuldsvermutung. In Wildsteins Polen gilt die Logik des Verdachts und der Schuldvermutung. „Wenn du unschuldig bist, dann wirst du es beweisen können“.

2) Das Bild der Welt

In den Augen Michniks ist Polen von unterschiedlichen Grautönen gefärbt. Bei Wildstein herrschen dagegen nur zwei Farben: schwarz und weiß. Es gibt das Gute und das Böse, wobei das Gute siegen muss. Michniks Polen glaubte, dass das Böse nie beseitigt werden kann, aber der ewige Kampf die Schäden in Grenzen halten würde. Die konservativ-republikanische Revolution verspricht den Sieg über das Böse. Es ist das letzte Gefecht, so dass die Verluste und die Mittel, die zum Sieg führen, keine Rolle spielen.

3) Unterschiede bei der Konfliktlösung

Die zweite Hälfte der XX Jh. wurde von der Regel dominiert, den Streit zu lindern, Spannungen zu vermeiden und nach Kompromissen zu suchen. Es wurden Institutionen geschaffen und Gesetze verabschiedet, die Konflikte verhindern sollten. Die konservativ-republikanische Revolution verwirft diese Regel. Es geht ihr um die Aufdeckung oder Erzeugung von Konflikten und die Verstärkung von Spannungen, um

Siegeszüge führen zu können und im Namen höherer Ziele Regeln zu brechen. In der Außenpolitik ist die Zuspitzung der Spannungen an der Losung „Nizza oder Tod“, die zu einer polnischen Spezialität avancierte, ablesbar.

4) Verhältnis von Staat und Gesellschaft

Michniks Polen ist demokratisch gewesen, was eine Evolution bedeutete. Wildsteins Polen soll republikanisch werden, was eine Revolution bedeutet. In der heutigen polnischen Politik dominiert die Forderung nach Lustration, Revolution und Entkommunisierung. Diese Forderung ist vor allem auf die Demoralisierung im Umfeld des ehemaligen Ministerpräsidenten Miller zurückzuführen. Die polnische Bevölkerung will den Wechsel, aber es ist nicht sicher, ob sie versteht, wie er verlaufen wird. Michniks Polen ist nicht perfekt gewesen, aber das Polen von Wildstein wird durch sein Anderssein nicht automatisch besser. Die revolutionäre Therapie kann den Kranken nicht heilen, sondern wird ihm den Todesstoß versetzen. Die republikanisch-konservative Revolution wird eine teure, risikoreiche und zerstörerische Idee sein⁴⁸.

Dieses lange Zitat beinhaltet eine Reihe von Ansatzpunkten für eine gesonderte Analyse. Bemerkenswert ist die Haltung von Żakowski, der in der Idee einer Aufarbeitung des kommunistischen Regimes den Versuch unternimmt, eine konservativen bzw. republikanische Revolution durchzuführen. Interessant ist ebenfalls, dass in der Auflistung von Parteien, die diese Revolution durchführen sollten, auch die konservativ-liberale *PO* auftaucht.

2.4. Rzeczpospolita

Rzeczpospolita gilt seit Jahren als eine objektive und zuverlässigste Tageszeitung des Landes und bemüht sich stets um eine sachliche Berichterstattung. So titelte sie: „Dies ist nicht die Agentenliste!“, schrieb vom „Bestand des Archivs“ und unterstrich die Aussage von Kieres, wonach die Bezeichnung der Liste als eine Agentenliste skandalös sei⁴⁹. In den Artikeln wurde immer wieder betont, es habe sich um einen „Kopiervorgang“ gehandelt. Wildstein habe mehrmals wiederholt, es handele sich um ein Personenverzeichnis, das die Namen beinhaltet, die in Archivmaterialien des *IPN* auftauchen.

In einer ersten Stellungnahme sprach sich der Chefredakteur Grzegorz Gauden für die öffentliche Debatte des politischen Lebens aus: „Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf die Kenntnis seiner Geschichte. Für den Journalisten ist es eine Pflicht, Informationen zu sammeln und sie weiter zu geben. (...) Meine Zeitung hat sich wiederholt für die Öffnung der Archive ausgesprochen. Der Prozess soll unter Aufsicht des *IPN* erfolgen, damit sich die Lustration auf eine zivilisierte Art und Weise abspielt“⁵⁰.

In derselben Ausgabe verteidigte Wildstein sein Vorgehen und warf *Gazeta Wyborcza* Manipulationsversuche vor. So kritisierte er die Berichterstattung der Zeitung, da diese

⁴⁸ Żakowski, Jacek. Czyja Polska? *Polityka*. 19.02.2005

⁴⁹ *Rzeczpospolita*. 31.01.2005

⁵⁰ Gauden, Grzegorz. Lustracja, ale zgodnie z prawem. *Rzeczpospolita*. 31.01.2005

den Anschein erweckte, dass sie nicht wisse, worum es ging: „Wahrscheinlich hat ein Journalist das Verzeichnis aus den Archiven des *IPN* kopiert – schreibt *Gazeta Wyborcza*, wobei jener Journalist seit einer Woche namentlich in den Medien erklärt, was und warum er es getan hat. Wenn *Gazeta Wyborcza* meinen Namen erwähnen würde, müsste sie mich auch um einen Kommentar bitten. So aber kann sie unbekümmert die Angst schüren, dass es sich um eine Liste handelt, die den guten Namen unschuldiger Personen ruiniert“⁵¹.

Nur zwei Tage später erfolgte eine zweite Stellungnahme Gaudens: „Man kann das Vorgehen Wildsteins unterschiedlich bewerten. Mit der Zeit hat sich jedoch gezeigt, dass Wildstein die Grenzen der journalistischen Ethik überschritten hat, und dass die Angelegenheit allgemein als eine politische Tat wahrgenommen wird. Das Vorgehen Wildsteins bewirkt, dass die Zeitung mit denjenigen Meinungsäußerungen gleichgesetzt wird, die eine sofortige Lustration durchführen wollen, auch dann, wenn sie gegen das Gesetz verstoßen würde. *Rzeczpospolita* spricht sich für eine Lustration aus, die im rechtlichen Rahmen erfolgen soll. Wildstein hat sich der Redaktion gegenüber illoyal verhalten, weil er sie nicht über sein Vorhaben informiert hat. Ferner hat er seine Kompetenzen als Journalist überschritten und die Position eines Politikers angenommen. Dies lässt sich mit den Regeln der Redaktion nicht vereinbaren. Kommentare von Politikern und Leserstimmen haben mich letztendlich überzeugt. Demnach wird Wildstein die Zusammenarbeit mit der Zeitung beenden müssen“⁵².

Rzeczpospolita ließ auch einige andere Journalisten zu Wort kommen, wobei die Ansichten sehr unterschiedlich ausfielen. So sah Bogumił Luft im Vorgehen Wildsteins die „Gefahr einer Anarchisierung der polnischen Demokratie“⁵³, Piotr Skwieciński vom TV-Sender *Puls* sprach von einer „höheren Notwendigkeit“⁵⁴, die Wildsteins Vorgehen rechtfertige. Andrzej Skworz warf Wildstein vor allem vor, dass er die Grundsätze journalistischen Arbeit verworfen habe: „Er gab seine gesellschaftliche Rolle auf. (...) Er trat an die Öffentlichkeit, allerdings in einer fremden Rolle“⁵⁵ und übernahm eine politische Funktion: „Es kann nicht als ernsthaftes Argument gelten, dass er die Liste an Journalisten weitergab. (...) denn es sind die Politiker, die Journalisten die Themen vorgeben“⁵⁶. Jerzy Baczyński wiederholte ein weiteres Mal die These, dass durch die Lustration nichts erreicht werde“⁵⁷. Tomasz Wróblewski dagegen verteidigte Wildstein. Der damalige Chefredakteur des Wochenblatts *Newsweek Polska* schrieb: „Je lauter und häufiger Premier Belka heutzutage wiederholt, dass die Liste eine Blamage und dies ein Ende der Lustrationsidee sei, desto lauter sagt mir irgendeine Stimme, dass dies erst ihr Anfang ist“⁵⁸.

2.5. Wprost

⁵¹ Wildstein, Bronisław. Pokazałem, że to jawne. *Rzeczpospolita*. 31.01.2005

⁵² Gauden, Grzegorz. Dziennikarstwo to nie polityka. *Rzeczpospolita*. 02.02.2005

⁵³ Luft, Bogumił. Lista nieporozumień. *Rzeczpospolita*. 03.02.2005

⁵⁴ Skwieciński, Piotr. Wildstein i wyższa konieczność. *Rzeczpospolita*. 03.02.2005

⁵⁵ Skworz, Andrzej. Dziennikarz w cudzej roli. *Rzeczpospolita*. 04.02.2005

⁵⁶ Skworz, Andrzej. Dziennikarz w cudzej roli. *Rzeczpospolita*. 04.02.2005

⁵⁷ Baczyński, Jerzy. Lustracja niczego nie załatwi. *Rzeczpospolita*. 04.02.2005

⁵⁸ Wróblewski, Tomasz. Weryfikacja autorytetów. *Rzeczpospolita*. 04.02.2005

In der ersten Ausgabe nach der Veröffentlichung der Wildstein-Liste war für Stanisław Janecki die Situation unverständlich: „Es gibt zwar noch kein einziges Opfer, das fälschlicherweise der Mitarbeit mit dem *SB* beschuldigt worden wäre, aber es gibt bereits eine Reihe von Verteidigern und selbsternannten Schlächtern dieser Opfer. Es ist schade, dass es niemanden gibt, der an die Opfer der Spitzel denkt. Das, worüber die Lustrationsgegner sprechen, ist eine potentielle, eine mutmaßliche Sache. Das Leid der Opfer ist jedoch messbar und konkret. Ich bin nicht blutrünstig, aber ich spreche mich für die Gerechtigkeit gegenüber den Opfern aus. Ein Teil dieser Gerechtigkeit wird die Aufhebung der Anonymität der Agenten sein, die sich häufig als Missionare der Freiheit ausgeben. Die Veröffentlichung ihrer Namen ist keine Strafe, sondern die Wiederherstellung einer gewissen gesellschaftlichen und moralischen Stabilität“⁵⁹.

Jarosław Jakimczyk berichtete über die Rückkehr Michniks nach Polen und dessen Treffen mit Jerzy Urban. „Es muss etwas Dramatisches geschehen sein. Adam Michnik kam unerwartet ins Land zurück“⁶⁰.

Weiter berichtete das Blatt über Manipulationsversuche der Öffentlichkeit seitens der Lustrationsgegner. Die Autoren führten als Beispiel den Fall von Jadwiga Staniszkis an. Staniszkis wurde von Jacek Żakowski aufgesucht. Er zeigte ihr den Artikel der *Gazeta Wyborcza* über die Agentenliste und informierte sie, dass ihr Name ebenfalls auf der Liste stehe. Żakowski erklärte, dass er Staniszkis die Chance gebe, sich in seiner Sendung „Summa zdarzeń“ dazu öffentlich Stellung zu nehmen. Als Staniszkis bemerkte, dass sie manipuliert werden sollte, sagte sie Wildstein ihre Unterstützung zu.

Der Soziologe Paweł Śpiewak nannte in seinem Artikel „Die hygienische Pandora“ („Higieniczna Pandora“) die Lustrationsgegner „Ideologen der kollektiven Feigheit“⁶¹. Śpiewak erinnerte an die Argumente der Gegner: „Die Befürworter sind nur Barbaren, Fälscher, Lügner, die – wie Michnik schrieb – „aus niedrigen Beweggründen handeln“, „Angst, Unrecht und Erpressung verbreiten“ und „bolschewistische Propaganda“ verbreiten“⁶². Unabhängig vom Disput um die Lustration fiel dem Soziologen auf, dass nie eine offene Diskussion mit ihren Befürwortern geführt wurde: „Es gab keine Versuche, den Argumenten nachzugehen, dass der Sicherheitsdienst seine Opfer hat erpressen können, dass das System aus Nomenklatura und Geheimdiensten die staatlichen Institutionen lähmt, dass Personen, die hohe Ämter einnehmen, verpflichtet sind, ihre Lebensläufe offen zu legen. (...) Einerseits lehnen die Lustrationsgegner die Konfrontation mit der Geschichte hinsichtlich der Lustration ab, andererseits befürworten sie es im Hinblick auf Jedwabne. Nur durch eine Aufarbeitung auch der dunkelsten Kapitel der Geschichte kann die Nation zu sich finden und gestärkt werden“⁶³.

In der Ausgabe vom 20. Februar 2005 schrieb Piotr Gabryel: „Die Lustrationsgegner leiden unter einer Aktenphobie. Das Ergebnis dieser Phobie ist an den Angriffen auf die

⁵⁹ Janecki, Stanisław. Stan wojenny II. Wprost. 13.02.2005

⁶⁰ Jakimczyk, Jarosław. Michnik u Urbanem. Wprost. 13.02.2005

⁶¹ Śpiewak, Paweł. Higieniczna Pandora. Wprost. 13.02.2005

⁶² Śpiewak, Paweł. Higieniczna Pandora. Wprost. 13.02.2005

⁶³ Vgl. Śpiewak, Paweł. Higieniczna Pandora. Wprost. 13.02.2005

Person Wildsteins, der zum Staatsfeind Nummer eins geworden sei, deutlich zu sehen“⁶⁴.

Wprost fragte, wer im April 1990 die sogenannte Michnik-Kommission einberufen hatte: „War es wirklich eine Kommission, oder war es eine private Initiative? Auf welcher rechtlichen Grundlage hatten einige wenige Personen Zugang zu den Archiven des Innenministeriums und zu den Akten der Staatssicherheit erhalten? Was hatte Michnik in diesen Akten gelesen? Niemand wusste, was die Mitglieder der Kommission in den Archiven des Innenministeriums getan hatten, weil ihre Arbeit nicht kontrolliert wurde“⁶⁵.

Bronisław Wildstein bezeichnete die Lustrationsgegner als „Sämannen der Angst“⁶⁶ und stellte die Frage „(...) wer provoziert das Gefühl der Bedrohung? Es sind die Gegner der Lustration, die sich als sorgenvolle Mitbürger ausgeben, aber den Menschen, die ihre Namen auf der Liste gefunden haben, einreden, dass sie zum Objekt einer moralischen Verurteilung geworden sind. Die Angst wird vor allem durch die Zeitung *Gazeta Wyborcza* verbreitet, ein gutes Beispiel dafür ist der Artikel von Paweł Smoleński „Auch du wirst zu einem Agent gemacht“. Smoleński behauptete entgegen allen Tatsachen, dass es möglich sei, jedem eine Mitarbeit mit dem Sicherheitsdienst nachzuweisen. (...) Die Angstmacher sind die Großen des Systems, für die die Lustration gefährlich werden kann. (...) Denjenigen, die sich um das Wohlbefinden derjenigen Menschen kümmern, deren Namen im Verzeichnis des *IPN* auftauchen, sollte gesagt werden, dass sie diese vor allem nicht in Angst versetzen sollten. Sie sollten einen breiteren und wirksameren Zugang zu den Akten fordern, damit sich feststellen lässt, wer wer war. Aber geht es hierbei wirklich um ein gutes Wohlbefinden?“⁶⁷.

Als eine mögliche Erklärung für die Antilustrationsstrategie der *Gazeta Wyborcza* galt für *Wprost* der Fall Ketman. Hinter dem Namen Ketman verbarg sich Lesław Maleszka, ein ehemaliger Freund Wildsteins, der über Jahre als einer der Kämpfer für das freie Polen galt. Es stellte sich aber heraus, dass Maleszka bereits 1976 als Mitarbeiter des *SB* angeworben worden war. Maleszka mimte im Kollegenkreis des Krakauer Studenten-Komitee der *Solidarność (SKS)* einen Aktivisten der Oppositionsbewegung vor, gleichzeitig schrieb er Berichte für den Geheimdienst. Nach dem Ende des Kommunismus war er Mitarbeiter der *Gazeta Wyborcza*. Nachdem er 2001 als Agent des Sicherheitsdienstes entlarvt worden war, gab er seine Mitarbeit im Artikel „Ich war Ketman“ zu. Zwar wurde Maleszka aus der Redaktion der *Gazeta Wyborcza* entlassen, dennoch arbeitete er bis vor kurzem für diese Zeitung weiter. Erst der 2008 erschienene Film „Drei Freunde“ („*Trzech kumpli*“) über *SKS* bewegte die Redaktion der Zeitung dazu, sich endgültig von Maleszka zu trennen.

Schlussbemerkungen

⁶⁴ Gabryel, Piotr. *Odchylenie centrowe*. *Wprost*. 20.02.2005

⁶⁵ Vgl. Pleśniak, Rafał. *Komisja Michnika*. *Wprost*. 20.02.2005

⁶⁶ Wildstein, Bronisław. *Siewcy strachu*. *Wprost*. 20.02.2005

⁶⁷ Wildstein, Bronisław. *Siewcy strachu*. *Wprost*. 20.02.2005

Die Veröffentlichung der sogenannten Wildstein-Liste entfachte die Diskussion über Lustration und Entkommunisierung in Polen auf ein Neues. Bemerkenswert ist, dass die Lustration zum wiederholten Mal im Wahljahr als Thema in die öffentliche Debatte zurückkehrte. Die Reaktionen der Medien bestätigen überwiegend die bestehenden Diskrepanzen der Befürworter und Gegner einer Abrechnung mit dem kommunistischen Regime. Die Argumente der Gegner der Lustration bleiben seit Jahren gleich. Die Vorgehensweise von *Gazeta Wyborcza* und *Polityka* kann als höchst umstritten gelten, da sich die Blätter dem Vorwurf einer gut durchdachten Manipulation der Leser aussetzen. Der Titel „Ubecka lista kraży po Polsce“ (Eine Geheimdienstliste macht in Polen die Runde) lässt durchaus den Schluss zu, dass es der Redaktion der *Gazeta Wyborcza* um bewusste Angstmacherei ging. Die Zeitung versuchte zwar den Unterschied zwischen „ubecka“ („des Geheimdienstes“) und „ubeków“ („der Geheimdienstagenten“) zu erklären, dennoch wurde sie von der Mehrheit der Bevölkerung als eine „Liste der Agenten“ interpretiert.

Als ein Novum kann die Reaktion der Tageszeitung *Rzeczpospolita* angesehen werden. Die Entlassung Wildsteins ließ viel Raum für Spekulationen zu. Wurde der damalige Chefredakteur Gauden etwa von einigen Politikern zu diesem Schritt bewegt? Hätte sein mittlerweile verstorbener Vorgänger Maciej Łukasiewicz ebenfalls so gehandelt? Immerhin ließ Gauden eine Diskussion über das Thema zu. Ein Jahr nach der Veröffentlichung der Liste äußerte Wildstein seine Sicht der Entwicklung bei *Rzeczpospolita* so: „Der dominierende und sich gegenseitig unterstützende ideologische Pressekonzern: *Gazeta Wyborcza*, *Tygodnik Powszechny* und zeitweise *Polityka* schuf ein fertiges und gewissermaßen eindeutiges Weltbild, das durch elektronischen Medien, für Frauen- und Jugendzeitschriften u. ä. aufgegriffen und vervielfältigt wurde. Dem schloss sich *Rzeczpospolita* an (außer als Maciej Łukasiewicz Chefredakteur war) und manchmal sogar *Wprost* an“⁶⁸.

Einzig *Wprost* scheint von der Kritik unbeeindruckt geblieben zu sein und hielt an seiner aufklärenden Strategie fest. Bemerkenswert sind zwei Momente. Das Wochenblatt bot Wildstein unmittelbar nach seiner Entlassung aus der *Rzeczpospolita* einen Redaktionsposten an. Der damalige Chefredakteur Marek Król und sein Stellvertreter Piotr Gabryel waren Ende der 1980er Jahre – wenn auch nur für kurze Zeit – Mitglieder der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Vor diesem Hintergrund erscheint ihr entschiedener Wille, nach der Wahrheit über das kommunistische Regime zu suchen, besonders bemerkenswert. Einen entgegengesetzten Weg scheint dagegen Adam Michnik eingeschlagen zu haben. Michnik, der lange als Symbol des Aufstands gegen das Regime in Polen galt, pflegt heute beste Beziehungen zu den Machthabern des ancien regime, so zu Jaruzelski, Kiszczak oder Urban. Die hier angeführten Beispiele lassen sich durchaus auf die gesamte Medienlandschaft übertragen. Der kritische, häufig eindeutig verurteilende Ton überwog. Möglicherweise greift ein Teil der Medien die Lustrationsversuche einfachen deshalb an, weil Journalisten bislang nicht auf ihre Kontakte zu den Geheimdiensten durchleuchtet wurden.

⁶⁸ Wildstein, Bronisław. Salon zaleźnych. *Wprost*. 05.02.2006

Warum also lehnen Michnik, Mazowiecki oder der mittlerweile tragisch verstorbene Geremek die Lustration ab? Eine geeignete Antwort gibt meiner Meinung nach der Historiker Andrzej Paczkowski: „ (...) es gibt auch diejenigen, die sich wünschen, dass ihre persönlichen Sünden nicht ans Tageslicht gelangen“⁶⁹. Die Vermutung, dass die Postkommunisten eine Abmachung mit dem „konstruktiven Teil“, der Opposition trafen, lässt sich bislang zwar nicht eindeutig bestätigen, aber die Risse in den Denkmälern der Helden der Oppositionellen sind mittlerweile größer geworden. Die Öffnung weiterer Dokumente könnte die Erosion durchaus beschleunigen.

Auf die Frage, ob Lustration und Entkommunisierung fortgesetzt werden sollten, scheint die Antwort als Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Opfern des Regimes und angesichts der zahlreichen Affären der letzten Jahre eindeutig zu sein. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob und wie sich dieser Prozess vollziehen wird. Darauf kann gegenwärtig noch keine Antwort gegeben werden. Die regierende Koalition aus *PO* und *PSL* hat trotz einiger Vorschläge bislang noch keine gemeinsame Linie zur Aufarbeitung der Vergangenheit vorgestellt.

⁶⁹ Paczkowski, Andrzej. Kto (i dlaczego) boi się IPN? Arcana. Nr. 4-5. Kraków 2005. S. 274

Marek Szczepański*

Rentenprogramme für Arbeitnehmer in Polen – eine ungenutzte Chance für bessere Renten

Einführung

Bisher spart nur ein sehr kleiner Teil der Beschäftigten in Polen für Zusatzrenten (in betrieblichen Systemen ca. 2 %, in individuellen nur ca. 6% der Gesamtheit der Berechtigten). In dieser Hinsicht unterscheidet sich Polen von vielen anderen Staaten der EU, besonders der einstigen EU-15, wo zusätzliche Rentensysteme gut entwickelt sind und sich eines großen Interesses erfreuen. In einigen Ländern, zum Beispiel in Holland oder Frankreich, nutzen über 90 % der Beschäftigten die zusätzlichen Rentensysteme in kollektiver (betrieblicher) Form. Die bisherige, sehr schwache Entwicklung dieser Systeme – sowohl, wenn es um die seit 1999 bestehenden Arbeitnehmerrentenprogramme (ARP) geht als auch um die ab September 2004 eingeführten individuellen Rentenkonten (IRK) wirft die Frage nach den Ursachen für dieses Phänomen auf.

Das Hauptkenntnisziel der vorliegenden Untersuchung ist der Versuch, diejenigen Faktoren zu bestimmen, die die Entwicklung zusätzlicher, freiwilliger Rentensysteme in Polen determiniert haben. Den Autor interessieren besonders die Barrieren und ungenutzten Entwicklungschancen für betriebliche Rentensysteme. Der Zeitraum der referierten Forschungen umfasst die Periode von der Einführung des neuen, dreisäuligen Rentensystems in Polen im Jahre 1999 (mit einem kapitalisierten Pflichtsegment) bis zum Ende des Jahres 2007. Die politischen Erfahrungen können auch für andere EU-Länder interessant sein, die ihre Rentenversicherungssysteme reformieren und vor ähnlichen Herausforderungen stehen, die mit dem Alterungsprozess der Bevölkerung und den wachsenden Kosten der Rentensysteme für die beschäftigte Generation verbunden sind.

Die Analyse zusätzlicher betrieblicher Rentensysteme in Polen könnte – vor allem für ausländische Leser – im Hinblick auf einige Aspekte unverständlich bleiben, ohne dass zumindest die elementaren Grundsätze der polnischen Rentenreform und die Rolle der betrieblichen Renten in dem neuen, reformierten System vorgestellt wird. Deshalb scheint es unerlässlich, die Konstruktion und Funktionsweise des neuen Rentenversicherungssystems in Polen – während seiner ersten Entwicklungsphase – kurz zu erläutern.

1. Die polnische Rentenreform – eine Flucht nach vorne

Polen gehört zu denjenigen wenigen Staaten der EU, die sich für eine radikale, systemische Reform der Rentenversicherung entschieden haben. Das neue Rentensystem funktioniert seit 1999, wurde also noch vor dem EU-Beitritt im Mai 2004 eingeführt. Hauptziel der polnischen Reform, die nicht nur im EU-Kontext als eher radikal eingestuft wird, war es vor allem, die steigende Belastung der Beschäftigten

*Marek SZCZEPANSKI, Ph.D., Poznan University of Technology,
E-mail:marekszczep@put.poznan.pl

durch die hohen und steigenden Kosten des traditionellen Rentensystems, das auf dem sog. Generationenvertrag, also auf dem Umlageverfahren beruht, zu stoppen.

Gegenwärtig werden in Polen die Pensions- und Rentenleistungen mittels mehrerer Versicherungssysteme ausgezahlt: dem allgemeinen („alten“ und ab 2009 parallel dazu dem „alten“ und dem „neuen“) sowie dem landwirtschaftlichen. Davon getrennt funktionieren Versorgungssysteme für die uniformierten Dienste, für Richter und Staatsanwälte, die nicht beitrags-, sondern steuerfinanziert sind.

Jedes dieser Systeme funktioniert nach unterschiedlichen Prinzipien und betrifft unterschiedliche Personengruppen. Das größte System für Beschäftigte zahlt Pensionen und Renten für fast 78% der Pensionäre und Rentner aus. Aus dem landwirtschaftlichen System werden 18,5 % der Leistungsempfänger bezahlt. Die übrigen Empfänger erhalten ihre Leistungen aus den Versorgungssystemen. Die Systeme basieren auf unterschiedlichen Prinzipien der Beitragszahlung und der Leistungserbringung. Gemeinsam sind ihnen allerdings die Grundlagen der Dynamisierung.

Das Rentenversicherungssystem reicht in Polen bis in das Jahr 1918 zurück. Von 1945 bis 1999 funktionierte es ganz ähnlich wie die traditionellen kontinentaleuropäischen Systeme. Es handelte sich um ein Umlageverfahren, das in Anlehnung an die Formel der definierten Leistung funktionierte. Nach den im Jahre 1998 durchgeführten Prognosen wäre das Defizit des Rentensystems alle zehn Jahre im Durchschnitt um 1 % des BIP (ca. 8. Mrd. Zł.) gewachsen, 2030 hätte es über 2 % des BIP und 2050 fast 4% des BIP erreicht. Die Finanzierung eines so großen Defizits hätte es notwendig gemacht, Sozialversicherungsbeiträge oder Steuern erheblich zu erhöhen.

Die am 1. Januar 1999 eingeführte Reform veränderte die Gestalt des Systems grundlegend, und hatte zum Ziel, das Risiko einer Insolvenz des Rentensystems auf lange Sicht (die verdeckten Schulden der öffentlichen Finanzen, die sich aus dem großen Umfang des Anstiegs von Rentenforderungen ergaben) zu beschränken.

Das bisherige System, das auf dem Prinzip der definierten Leistung (defined benefit) basiert, wurde in ein System des definierten Beitrags (defined contribution) verwandelt. Der Pflichtteil des Systems wurde in zwei Teile – den nichtfinanziellen und den finanziellen – aufgeteilt. Der erste wird durch eine öffentliche Behörde – die Sozialversicherungsanstalt (SVA) verwaltet, der zweite durch private Institutionen, die allgemeinen Rentengesellschaften. Für jeden Versicherten werden in diesem System zwei Konten geführt. Das erste (nicht finanzielle) wird von der SVA verwaltet, das zweite (finanzielle) vom Offenen Rentenfonds (ORF). Das bisherige Renteneintrittsalter, das für Frauen 60 und für Männer 65 Jahre beträgt, wurde beibehalten. Nicht vorgesehen wurde die Möglichkeit einer Frühverrentung von Personen, die dem neuen System unterliegen, was zu einem Anstieg des effektiven Renteneintrittsalters führen dürfte. Im Jahre 2004 betrug das durchschnittliche Renteneintrittsalter 56,8 Jahre (58,7 Jahre bei Männern und 56 Jahre bei Frauen).

Die Rentenbeiträge betragen 19,52 % des Bruttoeinkommens und werden zu gleichen Teilen vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer erbracht. Im Falle einer Mitgliedschaft beim ORF wird ein Teil des Beitrags in Höhe von 7,3% des Gehalts von der RVA an den vom Mitglied ausgewählten ORF ausgezahlt. Der Rest, also 12,22% verbleiben bei der RVA. Die Beiträge für die verbleibenden Versicherungsrisiken werden ebenfalls in die RVA einbezahlt und betragen insgesamt ca. 17,7% des Nettogehalts (darin enthalten der Rentenversicherungsbetrag, der 13% des Gehalts beträgt). Ergänzungen des Pflichtsystems bilden freiwillige Ersparnisse im Rahmen der Rentenprogramme für Arbeitnehmer und bei den individuellen Rentenkonten.

Die auf dem individuellen Versicherungskonto der RVA gutgeschriebenen Beiträge werden dynamisiert. Die Dynamisierung versteht sich als eine Art Zinsertrag aus den Investitionen, die dem Anstieg der Summe aus dem Beitragsbeitrag für die Rentenversicherungen des gesamten Systems entspricht, wobei sie nicht niedriger sein darf als der Preissteigerungsindex für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen. Die in die ORF fließenden Mittel werden in Rechnungseinheiten verrechnet. Ihr Wert ist von der Höhe der Investitionen abhängig.

Die aus dem System ausgezahlten Leistungen werden dem Preissteigerungsindex entsprechend dynamisiert.

Im Jahre 1999 wurden die versicherungspflichtigen Personen in drei Gruppen aufgeteilt:

- 1 die vor dem 1. Januar 1999 Geborenen, die nach den Grundsätzen des alten Systems (Prinzip der definierten Leistung) in Rente gehen.
- 2 die nach dem 31. Dezember 1948 und vor dem 1. Januar 1969 Geborenen, die nach den Grundsätzen des neuen Systems (Prinzip des definierten Beitrags) in Rente gehen, wobei die vor dem Inkrafttreten des neuen Systems erlangten Rentenansprüche auf das Anfangskapital angerechnet werden, das auf dem Konto der SVA gutgeschrieben wurde.
- 3 die nach dem 31. Dezember 1968 Geborenen, die nach den neuen Grundsätzen obligatorisch über zwei Konten verfügen (in Gänze das Prinzip des definierten Beitrags). Die Reform beeinflusste die Höhe der Einkünfte des allgemeinen Systems, da ein Teil auf ORF überwiesen wurde. Aus den in den ORF überwiesenen Mitteln werden zukünftig die Leistungen für diejenigen Jahrgänge erbracht, die von der Reform erfasst wurden. Die ersten Renten im neuen System werden ab 2009 ausgezahlt. Deshalb kann man sich bei der Beurteilung des Funktionierens des neuen Systems gegenwärtig nur auf Projektionen hinsichtlich der zukünftigen Höhe der Leistungen stützen. Man geht davon aus, dass in dem neuen allgemeinen Rentensystem die sog. Ersatzquote, also das Verhältnis der Rentenhöhe zum letzten Verdienst, für Männer 60% und für Frauen 40% betragen wird. Das gesetzlich vorgeschriebene Renteneintrittsalter für Frauen ist in Polen um fünf Jahre niedriger, so dass ihr Rentenskapital erheblich geringer ausfällt.

Am kürzesten lässt sich das Wesen des neuen Rentensystems in Polen aus Sicht der Versicherten wie folgt beschreiben: jedem Versicherten werden - einem Strom

vergleichbar - bis zu seinem Lebensende so viel Finanzmittel ausgezahlt, wie er eingezahlt hat, plus die entsprechenden Zinsen.¹ Im neuen Rentensystem beträgt der Rentenbeitrag fast 20% des Einkommens, das der Berechnung der Leistung für die Sozialversicherung zugrunde liegt, wobei 2/3 in das von der SVA verwaltete Umlagesystem gelangen und den aktuellen Rentnern ausgezahlt werden (und auf dem virtuellen individuellen Konto der SVA, das die Basis für die Berechnung der Renten zukünftiger Rentner darstellt, registriert wird), während 1/3 des Beitrags in ORF verrechnet wird, die von privaten Finanzinstituten, den sog. Allgemeinen Rentenanstalten, verwaltet werden. Die Mittel aus den ORF werden auf dem Kapitalmarkt investiert (95% der Aktiva der ORF in Polen, während nur 5% der Investitionen im Ausland zulässig sind). Das neue Rentensystem basiert in beiden Teilen, sowohl im umlage- als auch im kapitalgedeckten Teil auf dem Prinzip des definierten Beitrags. Die Höhe der zukünftigen Leistungen ist unbekannt, sie ist alleine von der Höhe der während der Beschäftigungszeit in das System einbezahlten Beiträge und den Zinsen abhängig, die sich aus der Dynamisierung der Beiträge ergeben, die sich auf den von der SVA verwalteten Konten befinden, also die ersten Säule des neuen Systems bilden, sowie aus den durch die Rentenfonds erwirtschafteten Gewinnen aus Investitionen, die die zweite Säule des neuen Systems darstellen. Ein Novum stellte die Teilprivatisierung des öffentlichen, pflichtigen Rentensystems dar sowie die Schaffung privat verwalteter ORF, in die ein Teil der Pflichtbeiträge einfließt.

Das neue Rentensystem wird etwa 30 Jahre lang parallel zum alten Umlagesystem weiter bestehen, bis alle Jahrgänge in Rente gegangen sind, die ihren Anspruch noch auf Grundlage des vorangegangenen Systems erworben haben. Die ersten Renten aus dem neuen dreisäuligen allgemeinen Rentensystem werden 2009 ausgezahlt, während die letzten aus dem alten, auf dem Generationenvertrag beruhenden System im Jahre 2034 ausgezahlt werden.

Die Landwirte und ihre Familien werden seit 1977 durch eine pflichtige Sozialversicherung erfasst. Bis 1991 wurde dieses System von der SVA verwaltet, ab 1991 wurde eine neue Institution geschaffen – die Landwirtschaftskasse. Anspruch auf eine landwirtschaftliche Rente hat ein Landwirt, der insgesamt folgende Bedingungen erfüllt:

Das Rentenalter wurde erreicht: 60 Jahre bei Frauen, 65 Jahre bei Männern

Man war mindestens 25 Jahre Mitglied des Rentenversicherungssystems

Etwa 95% der Rentenleistungen für Landwirte werden aus dem Staatshaushalt gedeckt, denn die auf einem niedrigen Niveau vereinbarten und nicht differenzierten Beiträge (die von dem faktischen Einkommen des Landwirts unabhängig sind) reichen nicht aus, um die Rente für Landwirte zu finanzieren.

Das Versorgungssystem für uniformierte Dienste wird in Gänze aus dem Statshaushalt finanziert. Es umfasst Leistungen für Polizei, Armee, Staatsschutz, Gefängniswärter, Richter und Staatsanwälte. Im Vergleich zu dem allgemeinen System hebt es sich durch zwei Charakteristika hervor:

¹ M. GORA, O co chodzi w sytemie emerytalnym, w: Reforma systemu emerytalnego. Ucieczka do przodu, Materiały z konferencji naukowej z 18. stycznia 2005 r., <http://www.igte.com.pl/matiinf/2005/001.html>.

- Das Erreichen von Rentenansprüchen ist von den Dienstjahren abhängig, und man kann bereits nach 15 Dienstjahren in Rente gehen, was bedeutet, dass diese Systeme die relativ jüngsten Pensionäre haben;
- Die Höhe der Leistungen wird durch die Höhe des letzten Gehalts oder Lohnes definiert, also anders als in dem allgemeinen System.

Die in Polen umgesetzten Programme unterscheiden sich von den am Übergang vom 20. auf das 21. Jahrhundert durchgeführten Rentenreformen. Diese basieren auf Veränderungen, die innerhalb des bestehenden Systems vorgenommen wurden (zum Beispiel die Reform in Italien, die Veränderungen im öffentlichen, pflichtigen Teil des Systems einführte) oder lediglich auf veränderten Parametern des Rentensystems (zum Beispiel Erhöhung der Rentenbeiträge, Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters) oder Schaffung von Anreizen zum zusätzlichen Sparen, ohne die Grundsätze des Funktionierens des öffentlichen Teils des Rentensystems in Frage zu stellen. Eine solche Lösung gab es unter anderem in Deutschland).²

Die Rentenreform stellte die Antwort auf Herausforderungen dar, die sowohl die Länder der sog. „alten“ Union (EU-15) betreffen als auch alle neu aufgenommenen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, die heute die EU-27 bilden. Unter den wichtigsten Herausforderungen, die die Mehrheit der EU-Staaten zu mehr oder minder entschiedenen, komplexen Rentenreformen zwangen, gehören die Konsequenzen aus drei Prozessen:

- (1) Das hohe Niveau der Ausgaben, um die öffentlichen Rentensysteme zu finanzieren (gemessen in Prozentzahlen des BIP) im Vergleich zu den durchschnittlichen Ausgaben, die in hochindustrialisierten außereuropäischen Ländern für dieses Ziel ausgegeben werden.³

Zum Beispiel betrug für die Länder der EU-15 der durchschnittliche Anteil der Rentenausgaben am BIP 10,4 %, während er bei außereuropäischen wohlhabenden Staaten der OECD, wie Australien, Kanada, Japan, Neuseeland oder den USA, durchschnittlich 5,3 % betrug. Also um die Hälfte weniger. Von den EU-Staaten hatten damals lediglich Großbritannien (5,5%) und Irland (4,6%) ein relativ niedriges Niveau hinsichtlich der Ausgaben für öffentliche Rentensysteme. In dieser Hinsicht hat sich die Situation nach dem Beitritt der neuen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten nicht verbessert. Außer Rumänien (5,1%) haben alle übrigen neu hinzugekommenen Länder Rentenausgaben, die in etwa dem Niveau des Durchschnittswerts der EU entsprechen, oder einem weit höheren (z.B. Polen und Slowenien). In Polen nähert sich das Ausgabenniveau mit 15% des BIP den Mitgliedsstaaten mit den höchsten Rentenausgaben, also solchen Ländern wie Italien oder Österreich. Das ist paradox,

² M. ŻUKOWSKI, *Reformy emerytalne w Europie (Rentenreformen in Europa)*, Wydawnictwo Akademii Ekonomicznej w Poznaniu (Wirtschaftsuniversität Poznań), Poznań 2006, S. 7-8. Por. też: Nationaler Strategiebericht Alterssicherung 2005 (NSB 2005), Bundesrepublik Deutschland (http://europa.eu.int/employment_social/social_protection (dostęp: 10.06.2008)).

³ R. HOLZMANN, 'Toward a Coordinated Pension System in Europe: Rationale and Potential Structure', in: Pension Reform. Issues and Prospects for Non-Financial Defined Contribution (NDC) Schemes, The World Bank, Washington 2006, S. 226-227.

wenn man bedenkt, dass das Niveau der Rentenleistungen weit unter den westeuropäischen Standards verharrt.

Hierfür gibt es viele Ursachen, u.a. die übermäßig große Zahl von frühverrenteten Personen, die das System belasten, oder aber die Konsequenzen der Transformation des Wirtschaftssystems in den 1990er Jahren, als man, um die aus der Transformation der Wirtschaft resultierende Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, eine Reihe von Vereinfachungen für einen früheren Renteneintritt einführte.

(2) Der demographische Alterungsprozess der Bevölkerung, der eine Verringerung der Größenordnung der arbeitenden Generation im Verhältnis zur Generation der Rentner bewirkt, sowie eine Verringerung der Größenordnung der Rentenbeitragszahler im Verhältnis zu den Leistungsempfängern.

In Europa ist der Geburtenindex niedriger als das Niveau, das eine Reproduktion der Generationen garantiert (dieser beträgt ca. 2,1). In den westeuropäischen Staaten gibt es diese Tendenz schon seit den 1970er Jahren, in den ostmitteleuropäischen Staaten seit den 1990er Jahren. Natürlich ist die Zunahme der Anzahl von älteren Personen Ausdruck des zivilisatorischen Fortschritts (bessere Lebensbedingungen, Verbesserung der Gesundheitsfürsorge). Das Problem besteht nicht darin, dass die Menschen in Europa länger leben, sondern darin, dass sie mehrheitlich nicht beabsichtigen, länger zu arbeiten. Das bedeutet, dass die zahlenmäßig immer stärker abnehmende Population von Beschäftigten eine immer größer werdende Population von Rentnern wird versorgen müssen. Für die traditionellen, auf dem Generationenvertrag beruhenden Systeme ist eine solche Entwicklung ungünstig: sie kann zum Verlust der Finanzstabilität, sogar zur Insolvenz führen. Auch in reichen Ländern sind die Möglichkeiten, die Rentensysteme aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu bezuschussen, beschränkt, und eine weitere Erhöhung der Rentenbeiträge wäre langfristig auch keine annehmbare Lösung, weil sie die Arbeitskosten zu stark erhöht und das Wirtschaftswachstum hemmt.

(3) Die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen, neue Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt

Globalisierungsprozesse, der steigende internationale Wettbewerb, aber auch die Veränderungen auf den Arbeitsmärkten einzelner Staaten führen dazu, dass immer mehr Menschen nicht jahrzehntelang auf einer Stelle arbeiten und regelmäßig Rentenbeiträge abführen. Immer häufiger finden flexible Beschäftigungsformen Anwendung, Beschäftigungszeiten wechseln mit weiterer beruflicher Ausbildung, auf dem einheitlichen Arbeitsmarkt der EU stellt sich Arbeitnehmermobilität ein.⁴ Dies alles bedingt Probleme beim Erreichen des Rentenanspruchsalters und erfordert neue Lösungen, die auf europäischer Ebene koordiniert sein sollten, und es erlauben, das Rentenskapital in verschiedenen Lebens- und Beschäftigungssphären bei verschiedenen Arbeitgebern und in unterschiedlichen Ländern zu erwerben. Ohne auf die sehr

⁴ Ein gutes Beispiel für diese Mobilität sind polnische Staatsbürger. Nach dem EU-Beitritt haben über 2 Mio. polnische Staatsbürger im Ausland legal Arbeit aufgenommen; die Zahl der illegal Beschäftigten lässt sich kaum bestimmen. Am meisten Polen fanden Beschäftigung in Großbritannien (alleine in London lebt und arbeitet eine Mio. Polen !) und in Irland.

differenzierten Fragen im Hinblick auf die Grundlagen der konzeptionellen Vorbereitungen, des Starts und der Umsetzung der Systemreform der Rentenversicherung in Polen einzugehen, kann man doch versuchen, eine erste Bilanz zu ziehen. Eine vollständige Bewertung der Ergebnisse des Funktionierens des neuen Systems – sowohl aus makroökonomischer Perspektive als auch aus Sicht der Versicherten – wird erst nach einem längeren Zeitraum von 30 bis 40 Jahren möglich sein. Man kann aber bereits jetzt Schlussfolgerungen und Bewertungen formulieren, die auch für Theoretiker und Praktiker der Sozialpolitik, für Volkswirte oder Politologen aus anderen Staaten der EU, die ebenfalls vor der Notwendigkeit stehen, ihre Rentensysteme zu reformieren, von Interesse sein können. Rentenreformen sind immer ein kompliziertes Unterfangen, denn sie betreffen die aktuelle und zukünftige Situation von Menschen; sie erfordern häufig, dass Gruppeninteressen berührt werden, und das Ergebnis dieser Veränderungen ist erst nach einem längeren Zeitraum spürbar, wenn die gegenwärtig aktiven Politiker schon lange aufgehört haben, ihre Funktion auszuüben. Die Veröffentlichung „guter Praxis“ sowie der Hinweis auf die Gefährdungen, die sich während der ersten Jahre der Einführung des neuen Rentensystems in Polen ergeben haben, kann für alle, die an dieser Problematik interessiert sind, eine Lehre sein.

3. Die Arbeitnehmerrentenprogramme – Wesen, Funktionen, rechtlich-organisatorische Formen

In der Sachliteratur zur polnischen Rentenreform werden die Arbeitnehmerrentenprogramme (ARP) am häufigsten als Bestandteil des Rentenversicherungssystems betrachtet⁵. Die Erörterungen zum Thema der ARP werden aus einer sozialwissenschaftlich bestimmten Perspektive (welche Rolle sollten die ARP im gesamten Versicherungssystem spielen) behandelt, sowie aus Sicht der Makroökonomie (welchen Einfluss üben ARP auf die Entwicklung des Finanzmarkts in Polen aus). Seltener sind die Rentenprogramme Gegenstand von Forschungen aus dem Bereich des Managements von Arbeitskraftreserven, insbesondere hinsichtlich der Gestaltung von Löhnen und motivierenden Systemen⁶.

Über den Erfolg oder die Marginalisierung von betrieblichen Rentensystemen entscheidet hingegen die Haltung des Arbeitgebers. Der Arbeitgeber betrachtet die Effizienz der ARP vor allem als Instrument der Lohnpolitik und der Motivation. Man kann nicht davon ausgehen, dass er sich für die Schaffung eines zusätzlichen, nicht pflichtigen Rentensystems in seinem Betrieb entscheidet, wenn er nicht überzeugt ist, dass ihm das bei der Einstellung qualifizierter Mitarbeiter, der Stabilisierung der Belegschaft und zur Motivation für gute, effiziente Arbeit helfen kann. Deshalb ist die Antwort auf folgende Frage wichtig: Kann das ARP in Polen in der gegenwärtigen Form in größerem Umfang als Instrument der Lohnpolitik – und darüber hinaus – als strategisches Element des Managements von Arbeitskräften in einem Unternehmen genutzt werden?

⁵ M. GÓRA, *System emerytalny*, PWE, Warszawa 2003. S.112-126.

⁶ S. KOZIELEC, *Pracownicze programy emerytalne jako pozapłacowy instrument wynagradzania*, Uniwersytet Jagielloński, Kraków 2002.

Die ARP stellen eine Form des organisierten, kollektiven und systematischen Rentensparens dar. In der Sachliteratur gibt es auch andere Bezeichnungen, zum Beispiel: betriebliche Rentensysteme oder betriebliche Rentenpläne. Die Differenzierung der Organisationsformen, Finanzierungsmethoden sowie der rechtlichen Regulierungen, die die betrieblichen Rentensysteme betrifft, bedingt, dass zu den charakteristischen Merkmalen, die die ARP von den übrigen Segmenten des Rentensystems unterscheidet, lediglich zwei grundsätzliche Attribute gezählt werden können: der langfristige Charakter der Anhäufung von Ersparnissen für ein definiertes Ziel (Zusatzrente) sowie die Verbindung zum Unternehmen⁷ M. Armstrong definiert das Rentenprogramm als Übereinkommen, auf dessen Grundlage der Arbeitgeber seinen Mitarbeitern nach der Beendigung ihrer Beschäftigung eine Rente garantiert, darüber hinaus eine Versorgung der Familie des Mitarbeiters sowie zurückgestellte Leistungen für Mitarbeiter, die das Unternehmen bereits verlassen haben⁸

In formaler Hinsicht ist das ARP also ein Vertrag oder ein Ensemble von Verträgen, das die gegenseitigen Verpflichtungen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers definiert, die mit dem durch den Arbeitgeber geführten Programm verbunden sind. Das Rentenprogramm ist allerdings keine Finanzinstitution, die die in ihm angesammelten Mittel gelangen in bereits bestehende Finanzinstitutionen (Versicherungsgesellschaften, Investitionsfonds oder andere ausländische Institutionen). Eine Ausnahme stellen diejenigen ARP dar, die in Form eines Rentenfonds organisiert sind; sie werden innerbetrieblich verwaltet, von einer zu diesem Zweck eigens geschaffenen Arbeitnehmerrentenanstalt (in Polen) oder durch ähnliche Finanzinstitutionen mit anderen Namen (in anderen Ländern), die eines oder mehrere Rentenprogramme bedienen.

3.1. Das ARP als Bestandteil des Rentenversicherungssystems

Die ARP sind einerseits eine Form kollektiven Sparens, das auf ein konkretes Ziel gerichtet ist, and andererseits ein Bestandteil des Rentenversicherungssystems. Sie können demnach aus mikroökonomischer Perspektive betrachtet werden, im Hinblick auf einzelne oder mehrere Unternehmen. In Polen werden die ARP zur III. Säule des Rentensystems gezählt und haben einen freiwilligen Charakter. Dabei stellen sie bei der klassischen Präsentation von mehrsäuligen Rentensystemen (engl.: multipillar system), die in anderen Staaten der EU verwendet wird, die zweite Säule des Rentensystems dar. In einigen EU-Ländern haben sie einen obligatorischen Charakter (zum Beispiel in den Niederlanden), in der Mehrheit der Länder allerdings einen freiwilligen.

Betriebliche Rentensysteme entwickeln sich in denjenigen Ländern gut, in denen das allgemeine öffentliche Segment des durch den Staat organisierten Rentensystems nur die Grundsicherung im Alter garantiert, also den Schutz vor Armut, wobei das Aufrechterhalten des bisherigen Lebensstandards erfordert, dass man sich an Zusatzsystemen beteiligt. So geschieht es zum Beispiel in den angelsächsischen

⁷ Betriebliche Rentensysteme können auch gemeinsam von mehreren Betrieben gebildet werden, manchmal stellen sie ebenfalls ein Element von Gruppenarbeitsverträgen ganzer Branchen dar.

⁸M. ARMSTRONG, Zarządzanie zasobami ludzkimi, Oficyna Wydawnicza, Kraków 2002.

(Großbritannien und Irland) sowie in den skandinavischen Staaten (Dänemark, Schweden). In Ländern, in denen die Grundsicherung auf Versicherungssystemen beruht und ein relativ hohes Niveau an Rentenabsicherung gewährt wird, ist die Bereitschaft, sich an betrieblichen Systemen zu beteiligen, geringer; in Österreich beteiligen sich zum Beispiel nur 10% der Arbeitnehmer daran⁹.

Allerdings haben die wachsenden Probleme mit der Finanzierung der öffentlichen Rentensysteme, die traditionell auf dem Generationenvertrag beruhen, dazu geführt, dass man in vielen Staaten beim Übergang vom 20. auf das 21. Jahrhundert Reformen durchgeführt hat, die die Motivation für die Teilnahme an zusätzlichen Rentensystemen, auch in betrieblicher Form (zum Beispiel die sog. Riester-Reform in Deutschland im Jahre 2001), erhöht hat¹⁰.

3.2. Der mit der Schaffung von ARP verbundene Nutzen für die Arbeitgeber

Die Arbeitgeber verstehen das Rentenprogramm in erster Linie als Entlohnungsinstrument. Das traditionelle und weiterhin aktuelle Motiv, das Arbeitgeber dazu veranlasst, es einzuführen, ist der Wunsch, die qualifiziertesten und leistungsfähigsten Arbeitnehmer im Unternehmen zu halten. In einigen Branchen, wo es traditionell eine hohe Fluktuation gibt (zum Beispiel im Bauwesen) ist dies mit der Absicht verbunden, dem Abfluss von Arbeitnehmern entgegenzuwirken und nicht zu hohe Kosten für die Weiterbildung und Einarbeitung häufig wechselnder Arbeitskräfte zu tragen¹¹.

Die vom Unternehmen organisierten Rentenprogramme erlauben es, diejenigen langfristig an sich zu binden, die auf das effektive Funktionieren der Organisation großen Einfluss haben. Da der Arbeitgeber nicht die Möglichkeit hat, die Gehälter häufiger zu erhöhen, und finanzielle Gründe nicht den einzigen Faktor darstellen, um sich an ein Unternehmen zu binden, kann sich ein gut konzipiertes Rentenprogramm als stabilisierender Faktor erweisen und den Arbeitgebern sowie der Arbeitnehmern langfristig Vorteile bringen.

Ein häufig angeführtes positives Beispiel für die Nutzung von Rentenprogrammen als Instrument des Managements von Arbeitskraftreserven in einem Unternehmen sind die amerikanischen Rentenpläne des Typs 401(k). Sie haben zwei besondere Attribute, die hauptsächlich deshalb eingeführt wurden, um der Organisation das Humankapital zu erhalten. Das erste von ihnen ist das sog. vesting, also ein minimierter Zeitraum, der eingeführt wurde, um Rentenansprüche zu erwerben, das zweite ist eine beschränkte Möglichkeit des Transfers (in der amerikanischen Terminologie: portability) im Fall eines Arbeitsplatzwechsels¹².

⁹ T. SZUMLICZ, M. ŻUKOWSKI (Hrsg.), *Systemy emerytalne w krajach Unii Europejskiej*, Twigger, Warszawa 2004, S. 351.

¹⁰ M. ŻUKOWSKI, *Reformy emerytalne w Europie*, Wydawnictwo Akademii Ekonomicznej w Poznaniu, Poznań 2006.

¹¹ In Polen ist der massive Abfluss von Bauarbeitern und Fachkräften aus anderen Branchen ins Ausland spürbar.

¹² PPE Konsultanci. *Wielki brat polskiego PPE: amerykański program emerytalny typu 401(k)*, in: „Emerytura od Pracodawcy”, 2/ 2001.

Die Rentenprogramme können ebenfalls zu einer Verbesserung der Arbeitsatmosphäre und zu einem erhöhten Engagement der Belegschaft führen.¹³ Die Einführung eines Rentenprogramms verdeutlicht, dass ein Arbeitgeber um seine Mitarbeitenden bemüht ist, sie ernst nimmt und in der Lage ist, wichtige Bedürfnisse seiner Mitarbeiter und ihrer Familien zu befriedigen. Und so ein wichtiges existenzielles Bedürfnis ist die finanzielle Absicherung im Alter. Die Schaffung eines Rentenprogramms, an dem die Mitarbeitenden und das Management beteiligt sind, erfüllt eine integrierende Funktion, hilft bei der Überwindung von Barrieren zwischen der Leitung und der Belegschaft. Die Möglichkeit der Beteiligung an einem Rentenprogramm ist an sich kein Faktor, der stärker zur Arbeit motiviert; in dieser Hinsicht erweisen sich andere Bestandteile der Lohnpolitik – wie Grundlohn, Prämien und Gewinnbeteiligung als effektiver. Sie hat aber Einfluss auf die Gestaltung des Verhältnisses der Mitarbeitenden zur Firma, und langfristig auf das Funktionieren der gesamten Organisation.

Einige Formen der ARP können für die Arbeitgeber darüber hinaus eine Quelle darstellen, um zusätzliches investives Kapital zu gewinnen. Zu ihnen gehören Programme in Form von Rentenfonds, die intern verwaltet werden, und die in einem oder mehreren Betrieben (überbetriebliche Fonds) funktionieren. Wenn die Mitarbeitenden die Möglichkeit haben, für die in das Rentenprogramm einbezahlten Beiträge Aktien ihres Unternehmens zu erwerben, so gewinnt der Arbeitgeber eine zusätzliche Finanzquelle (zum Beispiel in Form einer neuen Aktienemission, die an die Mitarbeitenden des Unternehmens adressiert ist) und wirkt gleichzeitig der Zerstreuung des Aktienkapitals entgegen. Es besteht ebenfalls die Möglichkeit, das Rahmenprogramm an die individuellen Präferenzen des Mitarbeitenden anzupassen, indem man ihm zum Beispiel die Freiheit lässt, sich für einen von mehreren Investmentfonds, die das Programm bedienen (internes Management) zu entscheiden. Die im ARP angesparten Aktiva können vererbt werden, was einen weiteren Anreiz für die Mitarbeitenden darstellt.

Traditionell waren ARP am stärksten in großen Industrieunternehmen verbreitet, in denen die Gewerkschaften (zum Beispiel in den 1960er und 1970er Jahren in Westeuropa) eine wichtige Rolle spielten. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die Entwicklung des Dienstleistungssektors, die Flexibilisierung der Beschäftigungsformen, die Mobilität der Arbeitskräfte, das breite Angebot, zusätzlich Rücklagen außerhalb des Betriebs zu bilden, etwa in Form individueller Rentenprogramme, könnten bewirken, dass die ARP für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer nicht mehr so attraktiv sind wie zuvor. Einige Autoren behaupten, dass die ARP unter den neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen keine Entwicklungsperspektive mehr haben. Zum Beispiel meint T. Szumlicz, dass „zusätzliches Rentensparen, für das sich die Arbeitgeber zugunsten der Arbeitnehmer engagieren, naturgemäß eine immer geringere Bedeutung hat. Die einst von den Arbeitgebern angelegten ‘goldenen Handschellen’ in Form von Rentensparnissen verlieren angesichts der modernen Managementmethoden von Humanressourcen ihren

¹³ M. OSAK, J. RATAJCZAK., M. RATAJCZAK, *Reforma ubezpieczeń społecznych i jej wpływ na sytuację polskich przedsiębiorstw*, w: Zeszyty Naukowe AE w Poznaniu, Poznań 2000.

Sinn. Die ARP werden so zu einer positiven betrieblichen Vergütung, vergleichbar mit Kraftstoffpauschalen oder Gesundheitsbons, die aber nur schwer zu realisieren ist, vor allem deshalb, weil es unmöglich ist, Motivation zu individualisieren.”¹⁴

Mit der These, dass die Entwicklungschancen der Rentenprogramme erschöpft sind, lässt sich polemisieren. Die Beispiele vieler Länder, in denen die Mehrheit der Mitarbeitenden für eine zusätzliche Rente im Betrieb spart (erinnert sei an die Niederlande, Frankreich und die USA) verdeutlichen, dass sie weiterhin breite Anwendung finden. Es scheint, dass neben der Haltung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Politik des Staates bei der Verbreitung der ARP eine entscheidende Rolle spielt. Außer der eindeutigen Situation in Ländern, in denen die Schaffung von ARP in Betrieben, die eine bestimmte Zahl von Arbeitskräften beschäftigen, obligatorisch ist, kann man die Beispiele anderer Staaten anführen, in denen die ARP einen freiwilligen Charakter haben und gegenwärtig eine Renaissance erleben. Zum Beispiel haben in Deutschland im Ergebnis der bereits erwähnten Riester-Rente im Zeitraum von Januar 2002 bis März 2003 ca. 300.000 Betriebe (also 15% der Gesamtheit) zusätzliche Rentenversicherungen eingeführt oder ausgebaut. Im Jahre 2003 verfügten 15,3 Mio. der Beschäftigten, also ca. 57% der Sozialversicherungspflichtigen über den Anspruch auf eine betriebliche Rente¹⁵.

Die ARP können mittels moderner Entlohnungsformen, die der neuen Situation auf dem Arbeitsmarkt entsprechen, genutzt werden. Der neue Ansatz zur Entlohnung beruht auf der Verbindung von Lohnfaktoren mit außerbetrieblichen Faktoren, wobei letztere eine immer größere Rolle spielen. Der Gesamtlohn setzt sich aus einer Gesamtsumme zusammen, die in feste Grundgehälter, flexible kurz- und langfristige sowie zusätzliche Leistungen unterteilt wird. Dies ist ein anderes Verfahren als bei traditionellen Entlohnungsformen, bei denen der Grundlohn die Basis darstellt, die eventuell durch zusätzliche Bestandteile ergänzt wird. Besonders günstige Verhältnisse bei der Anwendung der ARP ergeben sich aus zwei Entlohnungsarten: der Paket- bzw. Cafeteriaform.

Die Entlohnung in Paketform beinhaltet gewöhnlich:

- den Grundlohn,
- flexible Bestandteile der Entlohnung, die von den Arbeitsergebnissen abhängen,
- Bestandteile finanzieller Beteiligung (z.B. Aktien und Aktienoptionen sowie Gewinnbeteiligungen)
- betriebliche Finanzdarlehen für aktuelle Bedürfnisse,
- Beihilfen wie Versicherungen von Gesundheitsrisiken und im Todesfall, medizinische Versorgung und Rentenprogramme.

Die Paketlöhne sind stärker individualisiert und an die jeweiligen Arbeitnehmergruppen angepasst als das traditionelle Lohnsystem. Die Cafeterialöhne ermöglichen den Mitarbeitenden die selbstständige Auswahl von Leistungen, aus dem vom Betrieb angebotenen Menu. Die Nutzung von ARP in modernen Entlohnungsformen, ob nun Paket oder Cafeteria, ist in hohem Maße von der Konstruktion und der Flexibilität des

¹⁴T. SZUMLICZ., *Ubezpieczenie społeczne. Teoria dla praktyki*, Oficyna Wydawnicza Branta, Bydgoszcz-Warszawa 2005, S. 260.

¹⁵M. ZUKOWSKI, *Reformy emerytalne w Europie, op. cit.*, S. 128.

Programms abhängig. Ein Übermaß an rechtlichen und administrativen Regelungen trägt im Hinblick auf die ARP nicht dazu bei, die Rentenprogramme in das Leistungspaket, das den Arbeitnehmern von den Arbeitgebern angeboten wird, einzubeziehen. Je weniger Einmischung von staatlicher Seite, mit Ausnahme ökonomischer Anreize und des Rechtsschutzes für die Teilnehmenden, erfolgt, desto besser. Komplizierte Verfahren und sich häufig verändernde Vorschriften können verhindern, dass die Rentenprogramme in moderne Entlohnungssysteme integriert werden.

3.3. Formen von ARP in Polen

Die ARP kann man im Hinblick auf die Verwaltung der in ihnen angehäuften Aktiva in interne (autonome) und externe, von Finanzinstitutionen, Versicherungsanstalten, Investmentfonds oder Maklerbüros verwaltete, unterteilen. Die ersten, die in ihrer Gesamtheit im Rahmen des Betriebs organisiert werden, sind in Deutschland besonders populär. Zu ihnen gehören der deutschen Terminologie entsprechend die *Direktzusage*, was in der englischen Terminologie als *book reserve* bezeichnet wird. Externe Fonds, die von den Betriebsfonds getrennt sind, werden in den angelsächsischen Ländern als *pension funds* bezeichnet.

Berücksichtigt man die Finanzierungsmethode, so kann man die ARP in Programme mit definierter Leistung (*defined benefits*), bei denen die zukünftige Rentenhöhe als Prozentsatz des letzten Entgelts vorgegeben ist, oder in Programme mit festgelegten (definierten) Beiträgen (*defined contributions*), bei denen die Höhe der zukünftigen Rente von den Einkünften aus der investiven Anlage abhängt, unterscheiden. Letztere sind seit den 1990er Jahren immer populärer. In Polen haben die ARP Kapitalcharakter, es handelt sich um Programme mit definiertem Beitrag. Nachdem das Gesetz hinsichtlich der ARP mehrfach novelliert worden ist, werden die Rentenprogramme heute in einer von vier Formen umgesetzt:

- Verträge mit einem Investmentfonds (Verträge über die Einzahlung von Arbeitnehmerbeiträgen aus dem Investmentfonds durch den Arbeitgeber),
- Gruppenlebensversicherungsverträge mit einem kapitalgestützten Versicherungsfonds (Verträge einer Gruppenlebensversicherung für die Mitarbeitenden mit einer Versicherungsanstalt im Form einer Gruppenlebensversicherung mit einem Kapitalfonds),
- Verträge mit einem Arbeitnehmerversicherungsfonds (AVF), der durch eine Arbeitnehmerversicherungsanstalt (AVA) verwaltet wird,
- Verträge mit einem AVF, der im Ausland verwaltet wird.

Die erste, zweite und vierte Form ist mit einer externen Verwaltung durch bereits bestehende Finanzinstitutionen verbunden. Die dritte Form erfordert die Schaffung einer internen Verwaltungsinstitution (AVA), und was damit einhergeht, relativ große Finanzausgaben. In Polen funktionieren derzeit nur fünf AVF, die von großen Institutionen ins Leben gerufen wurden (Telekomunikacja Polska S.A., PZU S.A. oder von polnischen Unternehmen, die zu internationalen Konzernen (Nestle, Unilever) gehören. Sie verfügen aber mit ca. 30% über einen beachtlichen Teil an den gesamten Aktiva, die in allen ARP in Polen gebildet wurden.

Die Schaffung eines ARP in Form eines ARF ist nur in großen Unternehmen, die einige Tausend Mitarbeitende beschäftigen, lohnend. Die hohen Verwaltungskosten der ARF, die ganz vom Arbeitgeber getragen werden, bewirken, dass sich die Einführung eines solchen Rentenprogramms für kleine Unternehmen nicht lohnt.

Tabelle 1. ARP in Polen in den Jahren 1999-2006

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Zahl der laufenden Programme:	3	29	150	182	207	342	906	974
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
- PFE	0	2	77	79	51	47	25	26
-FI	3	23	56	70	74	93	174	194
-ZU	0	4	17	33	82	202	707	754
Teilnehmende (in Tsd.)	0,03	5,39	55,27	81,22	96,48	129,09	260,25	281,53
- in PFE	0,00	0,93	29,90	49,30	53,38	51,53	61,66	60,67
- in FI	0,03	4,05	19,30	23,70	29,46	51,49	88,77	101,6
- in ZU	0,00	0,41	6,07	8,22	13,63	26,06	109,8	119,2
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
In den PPE Einzahlende (in Tsd.)	0,03	5,25	53,00	64,44	77,21	105,57	231,32	244,93
Freiwillig Einzahlende	0,00	0,06	3,96	5,07	8,58	12,14	19,00	25,33
Wert der einbezahlten Grundbeiträge (in Mio. Zł.)	0,03	4,50	68,68	195,93	211,08	255,95	397,80	689,73

Wert der Zusätzlichen Beiträge (in Mio. Zł.)	0,00	0,05	2,02	6,51	12,19	11,66	15,83	18,71
Wert der Aktiva (in Mio. Zł.) am Ende jeden Jahres	0,03	4,73	71,23	279,83	526,97	919,45	1 695,47	2 793

Erklärung:

PFE – Arbeitnehmerrentenfonds (autonom verwaltet), FI – PPE - in Form der Beitragsabführung in den Investmentfonds, ZU – PPE - in Form der Beitragsabführung in die Versicherungsanstalt

Quelle: Finanzkontrollkommission, www.knf.gov.pl (30.06.2008),

Der Markt der Arbeitnehmerfonds im Jahre 2006, September 2007, kon.gov.pl (30.11.2007), eigene Berechnungen.

Die ARP kann man auch anders qualifizieren, indem man als Untersuchungskriterium auf die Art von Finanzprodukten verweist, in die die in die Programme einbezahlten Mittel einfließen. Produktbezogen kann man die in Polen funktionierenden ARP einteilen in:

- Programme, die Ersparnisprodukte investiver Art - wie Investmentfonds und Arbeitnehmerinvestmentfonds - nutzen,
- Programme, die Spar- und Alterssicherungsprodukte investiv und versicherungsmäßig nutzen, zum Beispiel Gruppenlebensversicherungen¹⁶

Bei den ARP wird der in das System einbezahlte Grundbetrag vom Arbeitgeber eingebracht. Er beträgt 7% der vom Arbeitnehmer erhaltenen Grundvergütung. Die Arbeitnehmer können Zusatzbeiträge leisten, allerdings wird nur in wenigen Betrieben, die Rentenprogramme anbieten, diese Möglichkeit zur Erhöhung zusätzlicher Rentenersparnis genutzt (ca. 7%).

Generell ist festzustellen, dass der Entwicklungsgrad der ARP in Polen sehr unbefriedigend ist Rentenprogramme bestehen nur in 2% der in Polen tätigen Unternehmen und vereinigen nur 260.000 Mitarbeitende¹⁷ Die in den ARP angehäuften

¹⁶ T. Szumlicz, *Ubezpieczenie społeczne. Teoria dla praktyki*, Oficyna Wydawnicza Branta, Bydgoszcz-Warszawa 2005, S. 192.

¹⁷ Por. *Rocznik ubezpieczeń i funduszy emerytalnych 2005*, www.konf.gov.pl (dostęp: 10.06.2007). In den nächsten beiden Jahren erfolgte kein bemerkenswerter Anstieg der ARP oder ihrer Teilnehmenden, in neusten zugänglichen Register der ARP aus dem Jahre 2007 hat die Zahl der funktionierenden Programme keine 1.000 überschritten, sie bewegt sich also auf dem Niveau des Jahres 2005. Dies belegt die Stagnation auf diesem Markt.

Aktiva in Höhe von 1,7 Mrd. Zł. kann man nur schwerlich als imposant bezeichnen. Ihr Einfluss auf das Funktionieren des Finanzmarktes in Polen ist minimal. Berücksichtigt man, dass die ARP seit 1999 in Unternehmen und Institutionen betrieben eingeführt werden können, so wirkt sich ihre bislang sehr schwache Entwicklung auf die bisherige Entwicklung der gesamten III. Säule und somit auch auf das gesamte Rentensystem in Polen aus. Eigentlich kann man die These aufstellen, dass die freiwilligen Rentensysteme unterentwickelt sind: sowohl in individueller als auch in Gruppenform. Dies widerspricht den verkündeten Zielen der Rentenreform, die den zukünftigen Rentnern Einkünfte aus drei Quellen, aus drei Säulen des neuen Rentensystems gewährleisten sollte: zwei pflichtige (I Säule – verwaltet durch die SVA, II Säule – die privat verwalteten Offenen Rentenfonds) sowie die dritte nicht pflichtige, aber grundsätzlich allgemeine Säule (betriebliche Systeme ab 1999 und die Individuellen Rentenkonto ab 2004).

Es unterliegt keinem Zweifel, dass es einen objektiven Bedarf für zusätzliche Rentensparnisse gibt. Die vorgesehene Ersatzquote (also die Relation der zukünftigen Rente zum letzten Entgelt) wird im neuen Rentensystem, gemäß der optimistischen Variante 63% bei Männern und bei Frauen, die fünf Jahre früher in Rente gehen, 43% betragen. Die so nach dem Renteneintritt entstandene Finanzlücke sollten demnach Ersparnisse ausfüllen, die im zusätzlichen freiwilligen Rentensystem – in individueller oder in Gruppenform – gebildet werden.¹⁸

Die Antwort auf die Frage, warum sich die ARP so schwach entwickeln, bedarf vertiefter Forschungen. In der Sachliteratur wird als eine der Ursachen das mangelnde Wissen über die Notwendigkeit zusätzlicher Rentenprogramme auf Seiten des Arbeitnehmer angeführt, aber auch die hohe Arbeitslosenrate, die die Arbeitgeber nicht dazu motiviert, sich um ihre Mitarbeitenden zu kümmern; schließlich wird auf das Fehlen starker Anreize ökonomischer Natur hingewiesen.¹⁹

Ein sehr wesentlicher, wenn auch nicht immer berücksichtigter bzw. unterbewerteter Faktor, der die Haltung der Arbeitgeber gegenüber den ARP beeinflusst, besteht darin, ob und in welchem Umfang sie in der aktuellen Form als geeignetes Instrument der Lohnpolitik und als Faktor, der die Beschäftigung der Arbeitnehmenden stabilisiert, genutzt werden können, besonders im Hinblick auf die effektivsten Mitarbeitenden im Unternehmen.

¹⁸ Bisher haben nur 6% aller Berechtigten die Möglichkeit der Individuellen Rentenkonto (IRK) genutzt. Gewöhnlich sind dies wohlhabende Personen, die die IRK als eine von vielen Kapitalanlagen betrachten. Der Steueranreiz zur Ersparnis in Form einer Befreiung von der Kapitalzinssteuer in den IRK ist offensichtlich zu schwach.

¹⁹ Die gegenwärtige Form der Besteuerung der von den Arbeitgebern in die ARP eingebrachten Beiträge wird von vielen aktuellen und potenziellen Teilnehmenden als ungünstig eingestuft. Die innerhalb eines Jahres ins Programm einbezahlten Beiträge werden in den Steuersatz der Besteuerung der individuellen Einkommenssteuer eingerechnet, steuerfrei ist erst die Betriebsrente, auf deren Bezug der Arbeitnehmende nach Vollendung des 60. Lebensjahrs Anspruch hat. Es scheint, dass für das Rentensparen der umgekehrte Weg motivierender wäre, der im übrigen in vielen anderen Ländern Anwendung findet: die Steuerbefreiung der Beiträge und die Besteuerung der zukünftigen Rente. Das Bezahlen für etwas, das es noch nicht gibt, besonders für Personen mit niedrigem Einkommen, kann eine Barriere darstellen, um an einen betrieblichen Rentenprogramm teilzunehmen. Hieraus hat sogar das staatliche Organ hingewiesen, das die ARP beaufsichtigt. (Urząd Nadzoru Funduszy nad Funduszami Emerytalnymi). Por. *Bezpieczeństwo dzięki zapobiegliwości*, Raport UNFE, Warszawa 2001, S. 87).

Wenn die in die ARP einbezahlten Grundbeiträge für alle Mitarbeitenden gleich sind, unabhängig vom Grad ihres betrieblichen Engagements sowie von ihren Arbeitsergebnissen, so wie das in Polen der Fall ist, so mindert das die Attraktivität der ARP für den Arbeitgeber und für diejenigen Mitarbeitenden, die überdurchschnittliche Arbeitsergebnisse erzielen.

Keine der in Polen gängigen Formen der ARP gibt den Arbeitgebern die Möglichkeit, den in das Programm eingebrachten Beitrag der Mitarbeitenden zu differenzieren. Unter diesen Umständen ist es schwierig, den ARP als effektives Instrument der Lohnpolitik zu betrachten. Es scheint, dass neben der Einführung stärkerer Steueranreize die gesamte Philosophie der ARP verändert werden sollte. Die Mitarbeitenden selbst sollten an einer Teilnahme am Rentenprogramm interessiert sein, für eine Zusatzrente sparen und den Grundbeitrag erbringen, während der Arbeitgeber die Freiheit haben sollte, Zusatzbeiträge in differenzierter Höhe zu erbringen, und zwar für ausgesuchte, für das Unternehmen effektive Mitarbeitende. Der Arbeitgeber hätte also nur die Funktion, das ARP zu verwalten, er hätte nicht die Pflicht, es zu finanzieren. Allerdings hätte der Arbeitgeber durch die Zusatzbeiträge die Möglichkeit, attraktive Entlohnungspakete zu schnüren.

3.4. Vorgeschlagene Veränderungen der Konstruktion und der Prinzipien des Funktionierens von ARP

Es existieren schon zahlreiche interessante Vorschläge hinsichtlich der Veränderungen bei der Konstruktion von ARP und der notwendigen Modifikation des bislang geltenden Gesetzes zu den ARP und der damit verbundenen steuerlichen Konzepte. Ohne auf Einzelheiten technischer oder organisatorischer Natur einzugehen, schlage ich auf Grundlage dieser Vorschläge sowie eigener Überlegungen die folgenden Veränderungen vor:

1. Den Tausch des Hauptgeldgebers im betrieblichen Rentenprogramm. Dies sollte der Mitarbeitende als letztendlicher Nutznießer des Programms sein, und nicht der Arbeitgeber.
2. Die Erhöhung der Finanzierungsflexibilität des Programms. Der Mitarbeitende könnte selbst darüber entscheiden, wieviel Prozent seines Verdienstes als Grundbeitrag an das Programm abgeführt werden sollte.
3. Die Möglichkeit, die in das ARP eingebrachten Beiträge (bis zu einer gewissen Höhe) vom Grundbetrag der Einkommenssteuer abzuschreiben.
4. Der Rollenwechsel des Arbeitgebers vom Hauptgeldgeber zum Verwalter des Programms.
5. Die Möglichkeit für die Arbeitgeber, Zusatzbeiträge in das Rentenprogramm einzubringen, und zwar in differenzierter Höhe für die einzelnen Mitarbeitenden. Die Individualisierung der Höhe des Zusatzbeitrags als grundsätzliche Bedingung für eine effektive Anwendung des ARP als Lohngestaltungs- und Motivationsfaktor für die Mitarbeitenden.
6. Die Einführung von verpflichtenden ARP durch den Arbeitgeber, wenn sich eine Mehrheit der Mitarbeitenden dafür ausspricht. Die sich aus den Programmen ergebenden Verwaltungskosten sind bei der Belastung der Finanztätigkeit des

Betriebs zu berücksichtigen, wodurch sich der Steuersatz der Einkommenssteuer verringern sollte.

7. Die Aufrechterhaltung der Aufsicht über die ARP seitens bestimmter Finanzinstitutionen, v.a. der Kommission für Finanzaufsicht, um die in das Rentenprogramm eingebrachten Mittel zu sichern und die Rechte der Teilnehmenden zu schützen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Veränderungen der Grundsätze des Funktionierens der ARP notwendig sind. In der gegenwärtigen Form erfüllen die Rentenprogramme in Polen nämlich weder die Erwartungen der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer und haben kaum Entwicklungschancen. So stellen sie eine ungenutzte Chance für bessere Renten dar.

Katarzyna Boba

Delokalisierung in der erweiterten EU – Ursachen und Konsequenzen des Kapitalabflusses nach China

Einleitung

In einer Epoche fortschreitender Globalisierung beobachtet man in der EU ein neues Phänomen, das mit dem Interesse verbunden ist, Direktinvestitionen ausländischen Kapitals (DAI) aus den alten EU-Staaten in andere Länder zu transferieren. Während eines bestimmten Zeitraums wurden diese Investitionen in den neuen EU-Ländern angelegt, aber seit einiger Zeit ist eine Tendenz zur Delokalisierung in China festzustellen.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist die Darstellung des Problems der Delokalisierung in der erweiterten EU, die Erläuterung der Ursachen dieses Prozesses, die Vorstellung der Konsequenzen für den Abfluss der Kapitalströme an DAI nach China sowie der Versuch, die Frage zu beantworten, ob die Delokalisierung in den asiatischen und pazifischen Raum die Wirtschaft der EU gefährden kann?

Der Beitrag fußt sowohl auf polnischer als auch auf ausländischer Sachliteratur sowie auf Quellen des GUS (Hauptamt für Statistik), der PAiZ (Polish Information and Foreign Investment Agency) sowie der UNCTAD (United Nation Conference on Trade and Development). In die Arbeit wurden ebenfalls eigene Beobachtungen und Schlussfolgerungen hinsichtlich des Themas Delokalisierung einbezogen.

1. Delokalisierung

1.1. Der Begriff Delokalisierung

Vierundzwanzig Stunden am Tage und sieben Tage in der Woche. Die globalen Konzerne agieren heute mit verdoppelter Energie und bedienen sich dabei billiger Arbeitskräfte in Asien und Osteuropa. Die Delokalisierung (englisch: offshore outsourcing), also der Transfer von Betrieben und Dienstleistungen in billigere Regionen der Welt, hat ein schwindelerregendes Tempo aufgenommen. Im Jahre 1985

gaben globale Konzerne für ausländische Betriebe und Büros 50 Mrd. USD aus, während es im Jahre 2000 schon 1,3 Billionen USD waren. Große Konzerne „exportieren“ massenhaft Stellen nach Asien und Osteuropa. Sie werden von spezialisierten Konzernen wie Accenture, Capgemini, ClientLogic oder Stream International unterstützt. Dies sind Spezialisten für das blitzschnelle Zerlegen von Korporationen in deren Einzelteile – wie beim Legospiel.¹

Betrachten wir das Phänomen der Delokalisierung etwas genauer. Der Begriff wurde in den 1990er Jahren von Learner geprägt und von der EU definiert als „Prozess des Transfers wirtschaftlicher Aktivitäten ins Ausland, der die Veränderungen im Funktionieren von Betrieben widerspiegelt, die sich aus ihrer Anpassung an ein immer stärker konkurrierendes Umfeld sowie aus den schnelleren technologischen Veränderungen ergeben“². Dieser Begriff ist jedoch kein Terminus, der ein neues Phänomen in der Ökonomie beschreibt, sondern eher eine andere Art der Beschreibung fragmentarisierter Produktion, die die Aufteilung des Produktionsprozesses in diverse Bestandteile bedeutet, die an verschiedenen Standorten (Lokalisierung), eben auch im Ausland produziert werden.

Bei der Delokalisierung der Produktion lassen sich zwei Arten unterscheiden:

- Eine kleine Firma transferiert diejenigen Produktionsphasen ins Ausland, bei denen die Arbeitskosten die größte Belastung darstellen, wonach die Waren wieder reimportiert werden,
- ein Unternehmen plant mit der gesamten Produktion umzuziehen, um den lokalen oder die benachbarten Märkte zu erobern. In einem solchen Fall bieten einige Staaten größere Garantien und Privilegien an³.

1.2. Ursachen der Delokalisierung

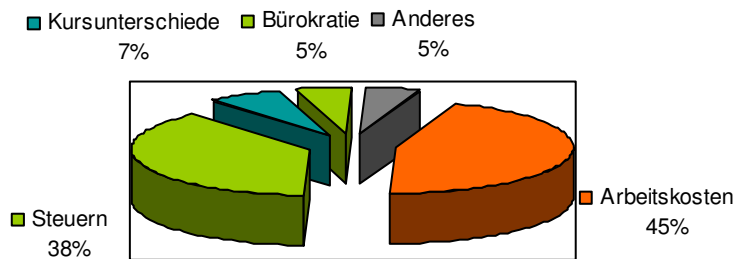
Hauptmotive der Delokalisierung sind die Arbeitskosten und Steuern. Gerade die Arbeitskosten wurden von 45 Prozent der Unternehmen als entscheidender Faktor für die Delokalisierung benannt. Zu diesem Phänomen kommt es deshalb, weil zahlreiche Betriebe nicht in der Lage sind, die in ihren Heimatländern drastisch steigenden Arbeitskosten zu tragen. Im Vergleich zum Jahr 1999 wird das Motiv Arbeitskosten 2003 aber nicht mehr so häufig genannt. Damals verwiesen 57 Prozent der Befragten gerade auf diesen Faktor. Ein Faktor, der die Delokalisierung fördert und der im Vergleich zu den vergangenen Jahren erheblich zugenommen hat, ist die Gewinnsteuer der Konzerne. Auf ähnlich hohem Niveau von etwa 5 Prozent finden sich „Schwierigkeiten mit der Bürokratie“ sowie „Anderes“. „Kursunterschiede“ stellen mit 7 Prozent gewöhnlich eine Barriere für kleinere und mittlere Betriebe dar.

¹ <http://www.tportal.pl/index.php?str=11&fun=textcd30>

² Delokalizacja w rozszerzonej Unii Europejskiej - perspektywa wybranych państw UE : wnioski dla Polski / Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową ; Uniwersytet Warszawski. Wydział Nauk Ekonomicznych. - Warszawa : Urząd Komitetu Integracji Europejskiej Departament Analiz i Strategii, 2006.

³ <http://www.msz.gov.pl>

Graphik 1. Ursachen der Delokalisierung¹



2. Bedingungen der Delokalisierung von Auslandskapital in China

2.1. Folgen der Globalisierung

In einer offenen Gesellschaft mit freier Konkurrenz sollten diejenigen die Gewinner sein, die über das verfügen, was für die Weltwirtschaft am wertvollsten ist: Wissen, Innovation, Produktivität. Obschon es weltweit etwa 1 Mrd. Arbeitslose gibt, so hat sich doch gezeigt, dass man aus billiger, disziplinierter Arbeit einen Wert machen kann, der sich auf dem globalen Markt als wichtiger Trumpf erweist. Genau diesen Umstand nutzt China.

Dort gibt es 700 Mio. Menschen in erwerbsfähigem Alter, eine hohe Arbeitslosenrate und große Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern. Man verfügt über ein großes Reservoir an billiger Arbeit mit Studenlöhnen ab 25 Cent USD.² Einen nicht geringen Einfluss auf die Möglichkeit der Nutzung dieses Trumpfes übt der unvollendete Globalisierungsprozess aus. Folglich diktieren die lokalen Bedingungen der Länder das Gehaltsniveau. In der Praxis sanktioniert die Blockade des Transfers von Arbeitskräften das Bestehen großer Differenzen bei Gehältern und Kosten, wodurch sich die Mobilität des Kapitals, das nach den größten Erträgen aus seinen Investitionen sucht, erhöht. Die unvollendete Globalisierung, die den Zufluss billiger Arbeit und anderer Faktoren, die die niedrigen Kosten traditioneller Produktionsstätten und die Herkunft des Kapitals beeinflussen, erschwert, verstärkt den gegenläufigen Prozess: den Kapitalzufluss in neue Regionen mit billiger Produktion. Vereinfacht ausgedrückt: wenn der Westen mit dem destruktiven Einfluss eines unbegrenzten Zuflusses an billiger Arbeitskraft aus den armen Ländern nicht einverstanden ist, so resultiert aus der grenzüberschreitenden Logik des Marktes, dass er sich mit dem destruktiven Einfluss wird einverstanden erklären müssen, der sich aus dem Abfluss von Kapital und Produktion dorthin ergibt, wo die Kosten niedrig sind.³

Ranking von Ländern, die für die Delokalisierung günstig sind:

1. Indien
2. China
3. Tschechien

¹ Produktionsverlagerung als Element der Globalisierungsstrategie von Unternehmen, Deutscher Industrie- und Handelskammer 2003

² Kwartalnik Nauk o przedsiębiorstwie, nr 2 (3) kwiecień-czerwiec 2007

³ Por. Kwartalnik Nauk o przedsiębiorstwie, nr 2 (3) kwiecień-czerwiec 2007

4. Singapur
5. Polen
6. Kanada
7. Hong Kong
8. Ungarn
9. Philippinen
10. Thailand

Quelle: EIU-The new face of offshoring: closer to home, Report 2006. London 2006.

Die Daten der obigen Tabelle bestätigen die Tatsache, dass Indien und China weltweit die attraktivsten Offshore-Regionen sind. Man sollte hervorheben, dass in letzter Zeit in diesen Ländern nicht nur oder nicht nur ausschließlich die Produktion arbeitsintensiver Waren transferiert wird, sondern auch Dienstleistungen der Sektoren IT und B+R. Zu der erheblich billigeren Schaffung von Innovationen – gerade in diesen Ländern - tragen zwei Faktoren bei: die große und von Jahr zu Jahr wachsende Zahl von Absolventen technischer Hochschulen und naturwissenschaftlicher Fakultäten an Universitäten sowie ihre relativ niedrigen Beschäftigungskosten im Vergleich zu den Gehältern eines Computeringenieurs oder –analytikers in den USA oder in Westeuropa.

Zum Beispiel schließen in China gegenwärtig alljährlich viermal so viele Ingenieure ihr Studium ab wie in den USA, und in dem bevölkerungsmäßig eher kleinen Südkorea genauso viele Ingenieure wie in den großen USA. Zwischen 1995 und 2003 hat sich die Zahl der Doktoranden des ersten Jahres bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften von 8.139 auf 48.740 versechsfacht, und um 2010 wird China in dieser Wissenschaftsdisziplin mehr Doktoren „produzieren“ als die USA. Die Absolventen der Technischen Hochschulen in Asien sind dabei wesentlich billiger als ihre Kollegen aus den USA, aus Japan oder aus Westeuropa. Zum Beispiel ist die Beschäftigung eines Diplomingenieurs im Bereich der Entwicklung von Chips in Indien und China um 10 bis 20 Prozent billiger als im Silicon Valley in den USA. Es darf also nicht verwundern, dass sich in den letzten Jahren der Anstieg der Investitionen amerikanischer Firmen in der Sparte B+R in Asien von 12 Mrd. USD im Jahre 1994 auf 20 Mrd. USD im Jahre 2002 erhöht hat. China wurde im Jahre 2004 zum drittgrößten Investitionsstandort in der „innovativen“ B+R-Sparte, während Indien sich auf dem sechsten Platz befand – und Singapur auf dem neunten. Zusammen mit der Globalisierung wird sich die Internationalisierung der „Wissensproduktion“ verstärken.⁴

2.1. Die Stärke Chinas

China wurde zum Abnehmer der meisten sowie der höchsten DAI auf der Welt. Im Jahr 2000 betragen die Zuflüsse nach China 72 Mrd. USD (7,9 Prozent der globalen DAI). Ohne den Finanzsektor zu berücksichtigen, steigen die Zuflüsse der DAI um 4,3 Prozent.⁵ China gehört mit einem Wachstumsfaktor von 7 bis 10 Prozent zu den sich global am schnellsten entwickelnden Wirtschaften. Gemessen am BIP nahm China im

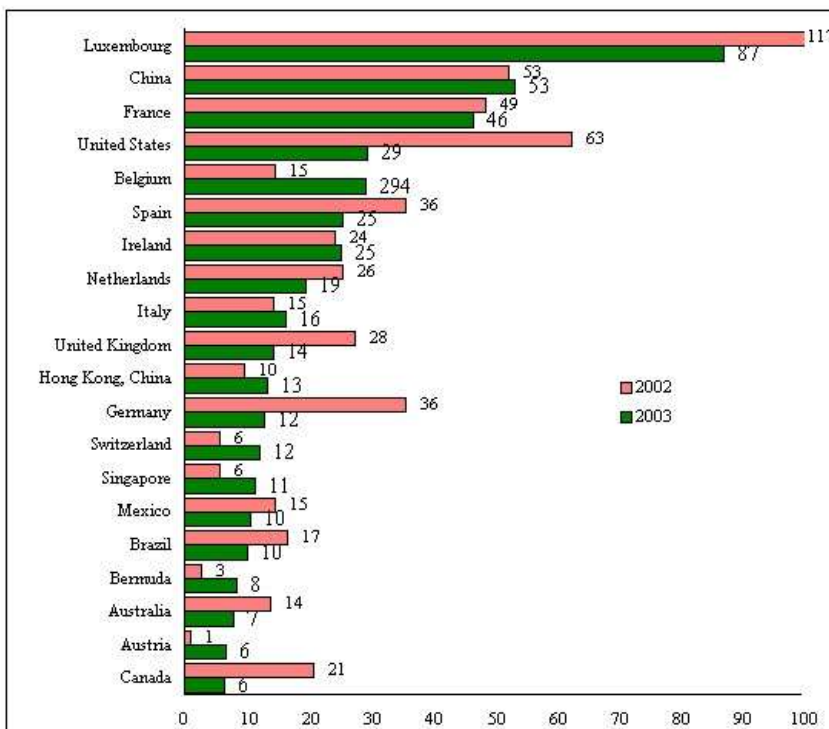
⁴ <http://www.outsourcing.com.pl>

⁵ Kwartalnik Nauk o przedsiębiorstwie, nr 3 (4) lipiec-wrzesień 2007

Jahre 2006 nach den USA, Japan und Deutschland den 4. Platz unter den Weltwirtschaftsmächten ein und verdrängte Frankreich auf Platz 5. Das Worldwatch Institute bezeichnete in seinem Jahresbericht 2006 die Entwicklung in China und Indien als ein Phänomen, das die Zivilisation verändert und das mit der Gründung des Römischen Imperiums oder der Entdeckung Amerikas zu vergleichen ist.⁶ Tatsächlich ist China zur viertgrößten Wirtschaftsmacht geworden. Dieser Platz wurde zuvor von Großbritannien eingenommen.

Aus dem von UNCTAD erarbeiteten Ranking der Attraktivität einzelner Staaten als für DAI geeignete Regionen - gemessen nach dem FDI Performance Index - ergibt sich, dass die chinesische Wirtschaft trotz Rezession in der Lage ist, große Investitionen anzuziehen. Im Unterschied dazu: solche Länder wie Japan, Südafrika und Thailand waren nicht in der Lage, ihr Potenzial in diesem Bereich voll abzurufen, was sich aus dem Vergleich ihrer Position im Ranking des Erreichten (FDI Performance Index) mit der Position im Ranking ihres Potentials im Bereich DAI (FDI Potential Index) ergibt. Lässt man den Spezialfall Luxemburg außer acht, so steht China mit einem Rekordzufluss von 53 Mrd. USD an der Spitze der Länder, die DAI erhalten.

Graphik 2. Liste der Länder, die 2002 und 2003 die größten Empfänger von DAI gewesen sind (in Mrd. USD)⁷



Quelle: UNCTAD, Globaler Investitionsbericht 2004

2.3. Die Rolle des chinesischen Staates

⁶ D. Mazur, M. Mazur, Europejski Bank Centralny a rozszerzenie Unii Europejskiej, Rzeszów 2007

⁷ <http://www.unic.un.org.pl>

Der autoritäre, undemokratische Charakter des Staates stärkt die Konkurrenzfähigkeit Chinas. Überdies stellt das schwache tarif- und gewerkschaftsfreie System einen wichtigen Faktor im Konkurrenzkampf dar. China kann die Kosten auf einem garantiert niedrigen Niveau halten, weil:

- es nur eine geringfügige Abhängigkeit von ausländischem Kapital gibt
- man über eine der weltweit höchsten Sparquoten verfügt,
- nur niedrige Sozialleistungen gewährt werden,
- man über große Exportkapazitäten verfügt.

Es lässt sich also sagen, dass China im Kampf um die globalen Märkte über drei besonders starke Trümpfe verfügt:

- 1) niedrige Kosten, sehr niedrige Arbeitskosten, das Fehlen von Tarifen
- 2) eine zentralisierte Kurspolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Preise für die per se schon sehr wettbewerbsfähigen chinesischen Waren verbessert,
- 3) zusätzlich investiert China in Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung.

Die Außenpolitik Chinas, die auf starken wirtschaftlichen Fundamenten und politischer Stabilität gründet, ist einerseits auf die Absicherung der Bedingungen für ein schnelles Entwicklungstempo ausgerichtet, andererseits nutzt sie das bereits bestehende Potenzial für die Stärkung der eigenen internationalen Rolle. Die Garantie günstiger Bedingungen für das Wirtschaftswachstum (besonders im Energiesektor) ist für das Streben charakteristisch, die Versorgungsquellen hinsichtlich fehlender Rohstoffe und Energieträger optimal zu diversifizieren, um Abhängigkeiten zu verhindern.

Tabelle 1. Ausgesuchte Parameter des Potenzials Chinas im Jahre 2006

Parameter	China
BIP nach Kaufkraftparität (in Billionen USD)	8,859
Reales Wachstum des BIP (in Prozent)	11,4
Inflation (in Prozent)	1,5
Handel insgesamt (in Billionen USD)	1,384
Rüstungsausgaben (in Mrd. USD)	29,5
Bevölkerung	1306,3

Quelle: eigene Bearbeitung auf Grundlage von: A. Tellis, M. Willis (red.) Strategic Asia 2006-2007 Trade, Interdependence and Security, NBR. Seattle 2006 i www.apec.org/content/member-economic-indicators.html.

Tabelle 2. Ausgewählte ökonomische Indikatoren Chinas 2000 - 2007

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Reales Wachstum BIP (Prozent)	8.4	8.3	9.1	10.0	10.1	10.4	11.1	11.4
Inflation (Prozent)	0.4	0.7	-0.8	1.2	3.9	1.8	1.5	4.8
Laufende Rechnung (in Prozent des BIP)	1.7	1.3	2.4	2.8	3.6	7.2	9.4	11.1

Quelle: eigene Bearbeitung auf Grundlage von:

http://www.apec.org/apec/member_economies/key_economic_indicators.html

China, das sich für die Großmacht in der asiatischen und pazifischen Region hält, kann das Jahr 2007 hinsichtlich der Realisierung seiner großen internationalen Strategien als überaus gelungen betrachten. Wenn man die Aktivitäten Chinas in anderen geographischen Regionen in Betracht zieht, so kann mit aller Berechtigung die These von der Globalisierung der chinesischen Außenpolitik aufgestellt werden.

Europa ist die zweite, aus ökonomischer Sicht vielleicht die wichtigste Region in der Außenpolitik Chinas. Man braucht nur daran zu erinnern, dass die EU und nicht die USA den wichtigsten Absatzmarkt Chinas darstellen. Dagegen ist für die EU China – nach den USA – der zweitgrößte Handelspartner.¹ Im Jahre 2004 wurde das 10. Gipfeltreffen der Führung Chinas mit der Führung der EU (des Ministerpräsidenten Chinas Wen Jiabao mit dem Vorsitzenden der Europäischen Kommission Jose Manuel Barroso) als besonderes Ereignis gefeiert. Man sollte auch unterstreichen, dass beide Seiten die gegenseitigen Beziehungen als strategisch einstufen. Gegenwärtig handeln die EU und China ein neues Handelsabkommen aus, das das alte aus dem Jahre 1985 ersetzen soll.

3. Stellt die Delokalisierung in China für die Wirtschaft der EU eine Bedrohung dar?

3.1. Szenarien geopolitischer Ereignisse²

Die Delokalisierung von Unternehmen, besonders außerhalb der EU, kann Ursache für folgende Probleme sein:

- **Verlust der Konkurrenzfähigkeit:** die in der EU verbleibenden Unternehmen müssen größere Kosten tragen als ihre Konkurrenten. Dies spiegelt sich wahrscheinlich als Verlust der Machtposition im Welthandel wider und wird zu einem Faktor, der den Zielen der Lissabon-Strategie entgegensteht (ausgeglichenes Wirtschaftswachstums, Schaffung einer größeren Zahl von besseren Arbeitsplätzen, soziale Kohäsion sowie Umweltschutz);

¹ Rocznik Strategiczny 2007/2008

² <http://www.psz.pl>

- Geringere Befähigung zum Erwerb von Fachwissen: europäische Unternehmen, die gezwungen sind, mit Unternehmen mit niedrigeren Kosten zu konkurrieren, können sich wahrscheinlich veranlasst sehen, immer weniger in Forschung und Entwicklung zu investieren. Als Folge könnte sich ein Verlust an Innovationspotenzial, das die Grundlage für das Überleben auf dem heutigen Markt darstellt, ergeben;
- Der Verlust von Arbeitsplätzen und die Verschlechterung der Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt für eine immer größere Zahl von Arbeitnehmern in bestimmten Regionen und Sektoren. Folge könnte ein zunehmender sozialer Ausschluss sowie die Erhöhung der staatlichen Ausgaben für Sozialhilfe sein. Die Arbeitnehmer, die davon am stärksten betroffen wären, würden zu denjenigen Sparten internationaler Konzerne gehören, die ihren Sitz in anderen Ländern haben, sowie aus Betrieben stammen, die über keine Technologie für ihre Produkte und Prozesse verfügen;
- Eine langsamere Wirtschaftsentwicklung: teilweise hervorgerufen durch einen Rückgang der Binnennachfrage, was wiederum aus den Konsequenzen resultiert, die sich für die Bevölkerung aus der Beschränkung des Wachstums der Einkommen ergeben. Zu erwarten wären auch Arbeitsplatzverluste und Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt.

Obschon es keine empirischen Beweise dafür gibt, dass das Wirtschaftswachstum Asiens für die Einwohner der USA und Europas eine direkte Bedrohung darstellt, so kann doch die schiere Wahrnehmung der asiatischen Wirtschaftsmacht als ebensolche Bedrohung das Entstehen eines indirekten Bedrohungsgefühls bewirken. Eine direkte Bedrohung kann durch eventuelle Aktivitäten westlicher Regierungen als Reaktion auf Forderungen der öffentlichen Meinung, die zu Maßnahmen gegen das weitere Wachstum der wirtschaftlichen Bedeutung Asiens aufrufen, hervorgerufen werden. Man kann folglich fünf Szenarien des Einflusses skizzieren, die der Anstieg der Wirtschaftsmacht Asiens für die westliche Zivilisation haben kann.

Szenario 1

Die vereinigte westliche Welt ergreift Maßnahmen, die darauf zielen, sich von der aus Asien kommenden Konkurrenz zu isolieren. Dies zöge eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den USA und in Europa nach sich, und die asiatischen Staaten würden hierauf wahrscheinlich mit einer Verstärkung der regionalen Integration, konzentriert um die mächtige chinesische Wirtschaft, reagieren. Sie würden ihr Wachstum fortsetzen, allerdings auf einem wohl niedrigeren Niveau als zuvor. Dieses Szenario könnte zu einem wirtschaftlichen „Kalten Krieg“ führen, in dem der Westen und Asien um wirtschaftliche Einflüsse in anderen Teilen der Welt ringen würden, besonders in den an Bodenschätzen reichen Regionen des Nahen Ostens und Afrikas. Dieses Szenario ist allerdings sehr unwahrscheinlich. Die Einigung des Westens und seine Solidarität gegenüber der „gelben Gefahr“ scheint keine besonders realistische Option zu sein.

Szenario 2

Sowohl die USA (Nordamerika) als auch Europa isolieren sich bis zu einem gewissen Grad vom internationalen Handel. Zahlreiche Forschungen, die zum Beispiel von Alan Rugman von der Indiana University durchgeführt wurden, haben verdeutlicht, dass ein

Großteil des internationalen Handels regionalen und keinen globalen Charakter hat. Hieraus könnte man schließen, dass dieses Szenario in bestimmtem Maße bereits heute Gültigkeit besitzt. Auch ohne eine Politik des Protektionismus und des Isolationismus scheinen geographische Lage und kulturelle Distanz das internationale Handelsvolumen zwischen physisch weit voneinander entfernten Weltregionen zu beschränken. Ungeachtet dessen würde ein Anstieg des Protektionismus und Isolationismus in den USA und in Europa aller Wahrscheinlichkeit nach die politische und wirtschaftliche Regionalisierung Asiens beschleunigen. In Wirklichkeit vollzieht sich die regionale Integration Asiens in gewissem Maße schon jetzt. Laut dem jüngsten UNO-Bericht ist Asien der Raum, in dem zur Zeit die größte Zahl von regionalen und bilateralen Verträgen über gegenseitige Handelsbeziehungen abgeschlossen werden.

Sollte dieses Szenario Wirklichkeit werden, so würden auf internationaler Ebene drei sehr starke Wirtschaftsblöcke entstehen. Dies wären die EU, Nordamerika (NAFTA), das wahrscheinlich auch die Regionen von Mittel- und Südamerika erfassen würde, sowie Asien, aller Wahrscheinlichkeit organisiert unter dem Schirm der ASEAN, im Verbund mit drei ähnlichen regionalen Handelsverbänden. Dieses Szenario würde bewirken, dass die Verbraucher in den westlichen Ländern den Zugang zu billigen, in Asien produzierten Waren verlören, wodurch ihr Lebensstandard absinken würde. Dagegen hätten asiatische Unternehmen einen begrenzten Zugang zum Finanzkapital des Westens, seinen technologischen Errungenschaften sowie seinen Verbrauchermärkten. Dies wäre ein Szenario, bei dem eigentlich alle verlören, allerdings verlöre Asien im Vergleich mit anderen Regionen wohl am wenigsten.

Gleichzeitig bleibt die Tatsache bestehen, dass die Investitionen in China überwiegend aus Asien stammen, und die Bedeutung des westlichen Kapitals sehr häufig überschätzt wird. Hinzu kommt, dass die Zahl der Studenten, die in Asien an ingenieurwissenschaftlichen oder technologischen Fakultäten studieren, wesentlich größer ist als in den Ländern des Westens, und sich der technologische Abstand zwischen beiden Regionen schnell verringert. Gleichzeitig könnte die steigende Kaufkraft der asiatischen Verbraucher den fehlenden Zugang zu westlichen Märkten in gewissem Maße kompensieren. Die USA könnten die aus diesem Szenario resultierenden Konsequenzen durch die wirtschaftliche Integration mit den Ländern Mittel- und Südamerikas minimieren, um dadurch Zugang zu billiger Arbeitskraft und zu den sich entwickelnden Märkten zu erhalten. In ähnlicher Weise könnte Europa die stärker entwickelten Regionen Westeuropas mit den schwächer entwickelten, dafür aber schneller wachsenden Regionen Osteuropas integrieren. Dieses Szenario ist allerdings ziemlich unrealistisch.

Szenario 3

Europa isoliert sich von äußeren Einflüssen, und die USA integrieren sich wirtschaftlich und politisch stärker mit Asien. In gewisser Weise ist dieser Trend bereits gegenwärtig zu beobachten, allerdings nur in beschränktem Maße. Der prozentuale Anteil des Außenhandels der USA mit Europa nimmt ab, mit Asien nimmt er zu. Generell könnte man sagen, dass die Europäer im Hinblick auf das Funktionieren der „unsichtbaren Hand“ des Marktes misstrauischer sind als die Amerikaner und zu einer stärkeren staatlichen Intervention in die Wirtschaft neigen. Tatsächlich sagen zahlreiche Experten seit geraumer Zeit voraus, dass die stärker marktorientierten Wirtschaften Asiens ihre Länder in den kommenden Jahren zu einer

Überlegenheit gegenüber den Staaten des Westens, die auf sozialstaatlichen Strukturen basieren, verhelfen werden. Diesem Szenario entsprechend wird sich die aktuelle Tendenz eines schnellen Wirtschaftswachstums in Asien, eines gemäßigten Wachstums in Nordamerika und eines schwachen Wachstums in Europa wahrscheinlich fortsetzen, und die Unterschiede hinsichtlich der Wachstumsindikatoren könnten einen noch größeren Kontrast aufweisen. Dieses Szenario ist durchaus wahrscheinlich und wäre das schlimmste von allen möglichen.

Szenario 4

Amerika isoliert sich, Europa und Asien arbeiten immer enger zusammen. Für die USA wäre dies die schlechteste Option. Dieses Szenario könnte aufgrund des Anstiegs isolationistischer und protektionistischer Strömungen in den USA oder im Ergebnis eines fanatischen Antiamerikanismus in den übrigen Teilen der Welt, der schließlich zu einem Boykott Amerikas führen könnte, Wirklichkeit werden. Obschon dies kein unmögliches Szenario ist, scheint es doch wenig wahrscheinlich, denn historisch betrachtet waren Protektionismus und Isolationismus in den USA durchaus erfolgreich, und werden es auch wohl zukünftig sein, allerdings haben die Verfechter des freien Marktes letztendlich immer wieder obsiegt. Selbst wenn die viel stärker „sozialistisch“ orientierte Demokratische Partei in den USA die Macht übernimmt, so führt sie doch eine Wirtschaftspolitik, die der auf der freien Marktwirtschaft fußenden Wirtschaftspolitik der Republikanischen Partei sehr ähnelt. Und wenn es auch Antiamerikanismus in Asien gibt, so hat er doch nicht solch einen Grad erreicht wie in Europa. Überdies wird der absehbare Abgang der Bush-Administration aus der Politik zur Folge haben, dass dieses Ziel und Symbol antiamerikanischer Rhetorik in Europa verschwindet. Im Ergebnis kann dies zu einer veränderten gegenseitigen Wahrnehmung führen, sowie zu einem weitaus weniger antagonistischen und emotionalen Modell der transatlantischen Beziehungen. Obschon man auch daran erinnern sollte, dass die Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen zwischen den USA und Europa nicht ausschließlich durch das Problem der Kandidatur George W. Bushs und den Irak-Krieg bedingt war, so werden doch die transatlantischen Differenzen in gewissem Grade auch nach dem Verschwinden dieser beiden Faktoren bestehen bleiben. Es scheint allerdings wenig wahrscheinlich, dass sich ausreichend starke politische Trends entwickeln, die auf Kosten der Isolation Amerikas Europa und Asien einander näher bringen könnten.

Szenario 5

Ihm entsprechend bewegt sich die Welt in Richtung einer „Globalisierung“, bei der es vor allem die Marktbedingungen – und nicht politische Entscheidungen – sind, die bestehende Handelsmodelle beeinflussen. Nichtsdestoweniger weisen wissenschaftliche Forschungen zweifelsfrei auf, dass die Welt, in der wir leben, durchaus kein „globales Dorf“ ist, und politische sowie nationale Grenzen ein wichtiger Faktor sind, der die Wirtschaftstätigkeit hemmt trotz aller globalistischer Rhetorik. Während die Wirtschaftswissenschaften nachweisen, dass dieses Szenario für alle Menschen nutzbringend wäre, zeigt die politische Geschichte gleichzeitig auf, dass Interessengruppen, die bei der Realisierung dieses Schemas keine Vorteile hätten, sich entschieden dafür einsetzen würden, seine Umsetzung zu verhindern.

3.2. Laissez faire (Europäische Union)

Nach Ansicht von F. Vasquez von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit bei der Europäischen Kommission ist es günstiger, die Produktion innerhalb der EU zu verlagern und dadurch eine bessere gemeinsame Zukunft der EU aufzubauen als Arbeitsplätze zum Beispiel an China zu verlieren. Deshalb spricht er sich dafür aus, Erschwernisse und Barrieren abzubauen und günstige Bedingungen zu schaffen, um die Verlagerung von Produktion und Dienstleistungen innerhalb der EU zu erleichtern. F. Vasquez nennt Japan als Beispiel für ein Land, in dem man Fragen der Delokalisierung ganz anders einschätzt als in Europa. Er verweist auf die ca. 40.000 neuen Arbeitsplätze, die in den letzten Jahren von den Japanern in Tschechien (hauptsächlich in der Autoindustrie) geschaffen wurden. Aus seinen Gesprächen mit japanischen Gewerkschaftern ergibt sich, dass sie diese Tatsache nicht negativ beurteilen, was nach Auffassung von Vasquez suggerieren könnte, dass man in Europa vielleicht in etwas übertriebener Weise mit etwas umgeht, was sich als unvermeidliche Konsequenz aus den weltweiten Globalisierungsprozessen ergibt. Dies betrifft auch die Verlagerung der Produktion im Rahmen der EU, die ebenfalls auf die Ablehnung hauptsächlich der „alten“ Mitgliedstaaten der EU, die ihrerseits Arbeitsplätze einbüßen, stößt. Vielleicht wäre es deshalb sinnvoll, sich über eine stärkere Zusammenarbeit zwischen EU und ASEAN Gedanken zu machen. Die Ostasiatische Freihandelszone – und perspektivisch betrachtet die Schaffung einer Ostasiatischen Gemeinschaft – würde für Europa das Entstehen eines mächtigen Partners bedeuten. Hiermit sind sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen verbunden; vielleicht sollte man aber keine Hindernisse und Barrieren aufbauen, sondern eher günstige Bedingungen schaffen, um die Verlagerung von Produktion und Dienstleistungen zu erleichtern. Der Markt wird aus sich selbst heraus niemals Solidarität erzeugen, denn der Verbraucher kauft immer möglichst billig ein. Also wäre es unsere Aufgabe, für diese globale Solidarität zu sorgen.

3.3 Stellt die Delokalisierung nach China eine Bedrohung für die Wirtschaft der EU dar?

Der Einfluss Chinas ist auf dem gesamten Weltmarkt immer stärker spürbar. Festsustellen ist der Rückgang der globalen Arbeitskosten und der Preise für Industriegüter sowie der Anstieg der Rohstoffpreise. Die hohen und schnell wachsenden Geldreserven Chinas beeinflussen die Kurse und senken das Niveau der Zinssätze. Der chinesische Export und die niedrigen Arbeitskosten drücken auf die Abnahme der Inflation und der Gehälter. Zur größten Herausforderung für den Westen wurde das Funktionieren des chinesischen Modells unter den Bedingungen der Globalisierung. Aus rein ökonomischer Sicht ist es überaus konkurrenzfähig. Es zeigt sich, dass die Konkurrenz des globalen Marktes nur auf rein ökonomische Effekte empfindlich reagiert, im Hinblick auf gesellschaftliche Ziele, Bürgerfreiheiten und Menschenrechte erweist sie sich als gleichgültig. Die Herausforderung für den Westen besteht darin, dass die Globalisierung mit solcher Intensität die Stärke eines Modells offenbart hat, das seine Konkurrenzfähigkeit daraus schöpft, dass es soziale Kosten, Arbeitnehmerrechte und Erfordernisse des Umweltschutzes unberücksichtigt lässt. Deutlich zeichnet sich die brutale weltweite Konkurrenz zwischen China und der EU ab. Die Dramatik dieses Wettbewerbs besteht darin, dass die EU bei diesem rücksichtslosen Wettbewerb um die zukünftige Welt

Demokratie, Arbeitnehmerrechte und Bürgerfreiheiten nicht ignorieren will und darf, weil dies aus rein ökonomischen Erwägungen von Vorteil wäre.¹

4. Resümee

In diesem Beitrag wird dem Phänomen der Delokalisierung nachgegangen. Allerdings sollte festgestellt werden, dass der Prozess der Verlagerung von Industrien, Dienstleistungen und Kapital in der Weltwirtschaft schon seit Jahren stattfindet. Zweifelsohne ist der Transfer wirtschaftlicher Aktivitäten nach China ein Prozess, der sich daraus ergibt, der wachsenden Konkurrenz und der damit verbundenen Notwendigkeit, die Produktionskosten zu senken, standzuhalten. Ungeachtet dessen verläuft die internationale Restrukturierung selten problemlos. Trotz eines beschränkten Ausmaßes, hat der grenzüberschreitende Transfer von Dienstleistungen in einigen Staaten der EU Unruhe hervorgerufen. Obschon dessen Einfluss auf die Arbeitnehmer der entwickelten Länder insgesamt eher bescheiden bleiben wird, werden doch einige davon betroffen, dass die Produktion von Dienstleistungen in anderen Ländern erfolgt. Deshalb sind Maßnahmen unabdingbar, die es erlauben, diesen Prozess fortzusetzen, wobei die Nachteile für diejenigen, die dessen negative Folgen zu spüren bekommen, allerdings abgedeckt werden sollten. Export- und Importländer ziehen großen Nutzen aus dem Handel mit Dienstleistungen, der auf komparativen Kostenvorteilen beruht. Trotzdem könnten einige entwickelte Länder der Versuchung erliegen, die Delokalisierung zu beschränken. Eine solche Beschränkung stünde für ökonomische Kurzsichtigkeit und wäre Wasser auf die Mühlen der Globalisierungskritiker, die behaupten, dass reiche Länder die Globalisierung nur dann unterstützen, wenn sie hieraus direkten Nutzen ziehen können.

¹ Kwartalnik Nauk o przedsiębiorstwie, nr 2 (3) kwiecień-czerwiec 2007

Berichte

Navina Engelage

Schulen: Partner der Zukunft

Ein Fortbildungskurs für Deutschlehrer/innen aus Afrika, Asien und Osteuropa

Im Herbst 2008 bot das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. (GESW) in Kooperation mit dem Pädagogischen Austauschdienst zum 16. Mal einen multinational zusammengesetzten Fortbildungskurs für Deutschlehrer/innen der Primar- und Sekundarstufe an. Der Kurs mit dem Titel „Schulen: Partner der Zukunft“ bestand aus 17 Teilnehmenden aus drei Kontinenten und elf Ländern, die in ihrer Heimat Deutsch als Fremdsprache unterrichten. In Vlotho bekamen sie Anregungen für ihren Unterricht und vertieften ihr landeskundliches Wissen über Deutschland. Während ihres zweiwöchigen Aufenthalts – vom 19. Oktober bis 1. November 2008 – sprachen die Teilnehmenden nicht nur über die aktuelle gesellschaftliche Lage in Deutschland, sondern auch über die Situation in ihren Heimatländern. Der intensive interkulturelle Austausch wurde sowohl von der Gruppe als auch seitens der Dozent/innen des GESW und der externen Referent/innen als eine große Bereicherung empfunden.



Eine Teilnehmerin resümierte in der Seminauswertung: *„Besonders schön war, dass ich mich mit Leuten aus Afrika, Indien, Russland usw. unterhalten konnte und über alles, unsere Heimaten, Familien, Schulsysteme und Schüler sprechen und austauschen konnte.“*

Die Kursteilnehmenden kamen aus Aserbaidschan, Georgien, Indien, Kasachstan, Namibia, Republik Moldau, Montenegro, Russische Föderation, Serbien, Türkei und Weißrussland. Für einige Teilnehmende waren die zwei Wochen in Vlotho der erste Aufenthalt in Deutschland, für wenige sogar der erste Auslandsaufenthalt in ihrem Leben. Viele waren bereits einmal für eine mehrwöchige Fortbildung in Deutschland gewesen, einzelne hatten mehrere Monate in Deutschland studiert oder als Au-pair gearbeitet.

Eine intensive Kennenlernphase und gemeinsame Abendgestaltungen besonders in der ersten Seminarwoche wirkten sich sehr positiv auf die Seminaratmosphäre und die Gruppendynamik aus. Die Offenheit der Teilnehmenden und die gegenseitige Toleranz tat ein Übriges. Inhaltliche Schwerpunkte in diesem Jahr bildeten die Themenbereiche Bildung, Kultur, Politik, Wirtschaft und Soziales in Deutschland. Die Kleinstadt Vlotho bot für die Teilnehmenden eine hervorragende Reflexionsfläche für aktuelle Probleme und Zukunftsfragen der Bundesrepublik. Eingehend sprachen sie über demografischen Wandel, Migration und Integration sowie über Bildung und Schule.

„Wo sind die Menschen in Vlotho?“ war eine häufig gestellte Frage der Teilnehmenden, die sie auch Bürgermeister Bernd Stute beim Empfang im Rathaus zu Beginn der ersten Seminarwoche stellten. Die alternde Gesellschaft Deutschlands fiel unseren Gästen besonders ins Auge, so dass deren Ursachen und Auswirkungen – auch außerhalb der Unterrichtseinheiten zur Sozialpolitik – breit diskutiert wurden. Die Schulsozialarbeiterin, Heike Beckmann, berichtete anschaulich über ihre Arbeit an der Realschule. Dabei ging sie auf die Themen Migration und Integration intensiv ein. Ihre Denkanstöße wurden in der Seminareinheit „Multikulturelle Gesellschaft?“ aufgenommen und mit den Kursteilnehmenden diskutiert. Der Schwerpunkt der Diskussion lag auf der Situation in Deutschland. Doch einige Teilnehmende sprachen auch offen über die Lage von Ausländer/innen und Minderheiten in ihren Heimatländern.



Bei der Planung des Fortbildungskurses wurde darauf Wert gelegt, dass die Teilnehmenden an allen drei Schulformen - Hauptschule, Realschule und Gymnasium – in Vlotho hospitieren konnten, um einen authentischen Einblick in den Schulalltag zu bekommen. Nach einführenden Worten der Schulleiter/innen bzw. des Hospitationskoordinators über das deutsche bzw. nordrhein-westfälische Schulsystem nahmen die ausländischen Lehrkräfte an vier Vormittagen am Unterricht teil. Sie beobachteten den Unterricht in verschiedenen Fächern unterschiedlicher Jahrgänge. Dabei standen die Fächer Deutsch und Englisch im Mittelpunkt, aber auch Kurse der Geografie,

Geschichte und Religion wurden besucht. Einige der deutschen Lehrer/innen stellten sich im Anschluss an die Unterrichtsbesuche zur Verfügung, um Fragen zu beantworten. Die Haupt- und Realschule organisierte eine ausführliche Feedbackrunde mit allen Kursteilnehmenden, der Schulleitung und einigen weiteren deutschen Lehrkräften. Zusätzlich wurden die Hospitationen am Nachmittag im Studienwerk ausgewertet und die unterschiedlichen Eindrücke ausgetauscht. Die Teilnehmenden diskutierten zum Teil heftig über die Methodik der deutschen Lehrer/innen. Besonders über den Einsatz von partizipativen Elementen und von Gruppenarbeit im Unterricht wurde gestritten. Auch wenn das gesamte deutsche Schulsystem in seiner Komplexität in vier Schultagen nicht erfasst werden konnte, gab die große Mehrheit an, ein im Rahmen des Möglichen umfassendes und detailliertes Bild gewonnen zu haben. In der Abschlussbesprechung äußerte sich der überwiegende Teil der Gruppe sehr kritisch über die frühe Aufteilung der Schüler/innen auf verschiedene Schulformen.

Schulhospitationen, Workshops im GESW und Abendveranstaltungen wechselten sich mit kulturellen Außer-Hausveranstaltungen und Exkursionen ab. In mehreren

Workshops beschäftigten sich die Teilnehmenden mit dem Themenfeld „Landeskunde im Deutschunterricht“. Sie probierten teilnehmerzentrierte und partizipative Methoden aus und überprüften sie auf ihre Praxistauglichkeit im Unterricht für verschiedene Jahrgangsstufen. Wie in den vergangenen Jahren wurde auf den Einsatz teurer Medien verzichtet, stattdessen wurden Materialien verwendet, die leicht zu beschaffen sind. In weiteren Unterrichtseinheiten behandelten die Teilnehmenden – in Verbindung mit einem Methodentraining – die Themen Film, Literatur und Musik aus Deutschland, Jugend in Deutschland sowie Deutschland 2008 – aktuelle Probleme und Herausforderungen. Besonders interessant und für die Gruppe mit viel Spaß verbunden war das Thema „Jugendsprache“, das die Entwicklung der Gegenwartssprache beispielhaft darstellte.

Eine ganz andere Ausdrucksweise stellte die Schriftstellerin Marlies Kalbhenn (Gewinnerin des europäischen Märchenpreises 2006) vor. Sie führte in die europäische Märchen- und Sagenwelt ein, dabei sprach sie nicht nur über Struktur und Merkmale von Märchen, sondern referierte auch über die pädagogische Diskussion und über die Wirkung von Märchen auf junge Menschen. Der Besuch im Märchen- und Wesersagenmuseum in Bad Oeynhausen rundete den Themenbereich ab.

Als weitere externe Referent/innen konnten wir den Veranstalter des Festivals „Umsonst&Draußen“, Lars Schulz, wie auch die Initiatoren der musikpädagogischen Initiative „Musica Curiosa“, Peter Ausländer und Tina Behren-Ausländer, gewinnen. Sie gaben einen Einblick in das „nichtkommerzielle Kulturleben“ vor Ort. Die Kursteilnehmenden bekamen eine Vorstellung über den Aufbau und die Struktur des Vereinswesens in der Bundesrepublik. Darüber hinaus wurde deutlich, dass Engagement, Improvisationstalent und Kreativität wichtige Bausteine für eine gelungene Kulturarbeit sind, die auch junge Menschen anzieht.

Ein Höhepunkt des Seminars war die Tagesexkursion nach Berlin. Sie bot Gelegenheit für viele neue Einblicke in die deutsche Geschichte und in politische Entwicklungen. Eine Stadterkundung und einer Hausführung durch das Reichstagsgebäude vermittelten umfassende Kenntnisse über Deutschland und Berlin als Hauptstadt. Auf kürzeren Exkursionen nach Bad Oeynhausen, Bielefeld und Hameln konnten sich die Teilnehmenden einen besseren Eindruck von der Region, ihrer Geschichte und Kultur verschaffen.

„Ein Abend in deutschen Wohnzimmern“ ermöglichte den Seminarteilnehmenden, am Ende der zweiten Woche über die vielen neuen Erkenntnisse über Deutschland mit Vlothoer/innen zu sprechen und sie zu hinterfragen. Unsere Gäste verbrachten abseits der Seminarsatmosphäre einige Stunden bei verschiedenen deutschen Familien, um sich über Sprache, Kultur sowie Fragen der Bildung sowie Erziehung auszutauschen und über das Alltags-, Familien- und Berufsleben in Deutschland und ihren Herkunftsländern zu plaudern. Sowohl für die Kursteilnehmenden als auch für ihre Gastgeber war der Abend eine sehr gute Erfahrung. Die Fortbildung endete mit einer

geselligen Feier im Clubraum des GESW e.V., die noch einmal die angenehme Atmosphäre und die gelungene Zusammenarbeit in der Gruppe offenbarte.

Am Ende des Seminars zogen alle Teilnehmenden eine überwiegend positive Bilanz. Sie hätten sowohl einen guten Einblick in das deutsche Schulsystem und die Gesellschaft bekommen als auch viele neue methodische Anregungen gesammelt. Eine sehr gute Erfahrung war das interkulturellen Lernen von- und miteinander. Das Seminar in Vlotho wird bei vielen längerfristig nachwirken: inhaltlich wie auch zwischenmenschlich, bei den Teilnehmenden wie auch bei den Dozent/innen. Resümierend war das Seminar aus Sicht des GESW sehr erfolgreich. Die Vorbereitung und Organisation des PAD lieferte einen wichtigen Beitrag zum Gelingen. Eine besondere Bereicherung war die multinationale Zusammensetzung des Seminars. Es war das erste Mal in der jahrelangen Kooperation zwischen PAD und GESW e.V., dass auch Lehrerinnen aus Namibia, Indien und der Türkei am Fortbildungskurs in Vlotho teilnahmen.

Navina Engelage

20 Jahre Mauerfall – von der Teilung zur Einheit Deutschlands

Eine Tagung für Multiplikator/innen der historisch-politischen Bildung und weitere Interessierte

In den Jahren der deutschen Teilung engagierte sich das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. (GESW) als Brückenbauer zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. In einer Zeit, in der sich schon sehr viele mit der Zweistaatlichkeit Deutschlands abgefunden hatten, schärften die Seminare der Dozenten Dr. Harry Blunk und Dr. Theo Mechtenberg das Bewusstsein für Politik, Gesellschaft und Kultur im „anderen“ deutschen Staat, der DDR. Dr. Blunk arbeitete kritisch DEFA-Filme mit Jugendlichen auf. Dr. Mechtenberg führte Seminare zur Literatur im Sozialismus und Exilliteratur durch. Zu seinen anspruchsvollen Seminaren für Erwachsene und Studierende wurden Schriftsteller/innen eingeladen, die aus der DDR emigriert waren. Im Studienwerk bekamen die Autor/innen ein Podium. In den 1990er Jahren fanden Begegnungsseminare zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Ost- und Westdeutschland in der Vlothoer Bildungsstätte statt.

Auf Anregung von Dr. Mechtenberg griff das GESW das 20. Jubiläumjahr des Mauerfalls auf und lud Multiplikator/innen der historisch-politischen Bildung und weitere Interessierte zu einer Tagung vom 5. bis 7. März 2009 ein. Das Ziel der Tagung war es, die kritische Auseinandersetzung mit der Teilung Europas und Deutschlands nach 1945 anzuregen sowie den langen, schwierigen Weg zur Einheit nachzuvollziehen. Dabei stand die deutsch-deutsche Geschichte zwischen Mauerbau und Mauerfall im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den zwei deutschen Staaten auf das aktuelle Zusammenleben und die Identität in der Bundesrepublik ebenso eingehend diskutiert wie die Geschichtsbilder im vereinten Deutschland fast 20 Jahre nach dem

Mauerfall. Dabei spielte auch die Vermittlung der deutsch-deutschen Vergangenheit an Jugendliche eine wichtige Rolle.

Für die Diskussionen im Seminar war es sehr bereichernd, dass die Teilnehmenden sowohl aus West- als auch Ostdeutschland stammten, unterschiedlichen Altersgruppen angehörten und aus verschiedenen Berufen kamen. Viele Geschichtslehrer/innen nahmen teil, um Anregungen für ihren Unterricht zu bekommen.

Die Tagung „20 Jahre Mauerfall“, geleitet von Navina Engelage, verfolgte methodisch vor allem einen biografischen Ansatz. Den Ausspruch Richard von Weizsäckers aufgreifend – „Die Deutschen sollten sich gegenseitig ihre Geschichten erzählen“ – startete das Seminar mit einer Vorstellungsrunde im Rahmen eines Partnerinterviews. Die Teilnehmenden tauschten sich über ihre Erfahrungen mit und Assoziationen zu der Teilung und der Einheit Deutschlands aus. Schnell wurde deutlich, dass die eigenen Bilder über die DDR und die Bundesrepublik Deutschland durch die Biografie und den persönlichen Hintergrund geprägt sind.

Viele Anstöße für die Diskussionen am ersten Seminartag lieferte die Wanderausstellung **„Bereits Gras über der deutsch-deutschen Grenze? - Spurensuche entlang des ehemaligen Grenzstreifens“**, die im Studienwerk gezeigt wurde. Die Ausstellung vermittelte einen guten Überblick über die Struktur, Historie und den Ist-Zustand des ehemaligen Grenzstreifens. Sie warf zudem Fragen zur Aufarbeitung der und Erinnerung an die deutsche Teilung auf und regte Diskussionen über das kollektive Gedächtnis im vereinten Deutschland an.

Diesen Faden griff StD Dr. Rolf Brütting am zweiten Tag auf und stellte in seinem Vortrag **„Gedoppelte Vergangenheit – Geschichte und Identität im vereinten Deutschland: Welchen Beitrag können schulische und außerschulische Bildung leisten?“** dar, dass ein massiver Identitätsverlust bei vielen Menschen in den neuen Bundesländern und das Überlegenheitsgefühl vieler Menschen in den alten Bundesländern die innere Annäherung erschweren. Er forderte vor diesem Hintergrund eine eingehende Beschäftigung mit der Geschichte der DDR. Die Geschichte der DDR sei in den Lehrplänen aller Bundesländer zwar durchweg thematisiert, aber qualitativ wie quantitativ oft nicht ausreichend akzentuiert. Sie dürfe jedoch nicht marginalisiert werden, sei es aufgrund einer gescheiterten Ideologie oder persönlicher bzw. politischer Befindlichkeiten. Als didaktisches Konzept schlug Dr. Brütting vor, das bisherige normative Abgrenzungsmodell durch eine Kontrast- und Beziehungsgeschichte beider deutscher Staaten zu ersetzen und machte dies am Beispiel „Jugend in den beiden deutschen Staaten“ deutlich.

Angela Winkler, Jahrgang 1958, wuchs in der DDR auf und zog erst vor einigen Jahren nach Vlotho. Sie schilderte den Seminarteilnehmenden anschaulich ihre Jugend in Thüringen. Ihr Beitrag stand unter dem Titel **„Zwischen Anpassung und Widerstand“**. Von der alleinerziehenden Mutter und den Großeltern erzogen, hörte sie als Kind: „Dein Vater ist der Staat“. Die Familie war überzeugt vom System der DDR, sie zunächst FDJ-

Sekretärin. Schließlich fand sie durch Freunde Kontakte zur Kirche, musste deshalb schulische Nachteile erfahren, lehnte sich auf und wurde aktives Mitglied der Jungen Gemeinde. In der Wendezeit engagierte sie sich für das Neue Forum.



In oppositionellen Kreisen bewegte sich auch Markus Meckel seit den 1970er Jahren. Der Mitbegründer der SDP und spätere Außenminister der DDR im Kabinett de Maizière berichtete am Samstagvormittag ausführlich über seinen Weg in die Politik. Ähnlich wie Angela Winkler betonte er die besondere Bedeutung der Kirche als Raum freier Kommunikation und Meinungsbildung in der DDR. Sein thematischer Schwerpunkt lag auf dem **„Epochenjahr 1989/90 – ein politischer Rückblick“**. Er ordnete die Ereignisse in den politischen Kontext der 1980er Jahre ein – Friedensbewegung, politische Veränderungen in Mitteleuropa – und betonte vor allem die herausragende Rolle der Ostdeutschen, die sich im Herbst 1989 auf der Straße Freiheit und Demokratie friedlich erstritten. Der Druck der Menschen auf der Straße habe erst weitere politische Aktivitäten und die Einheit ermöglicht, so Markus Meckel.

Resümee

Mit der Komplexität und den unterschiedlichen Aspekten des Themas „Von der Teilung zur Einheit Deutschlands“ setzten sich die Teilnehmenden anhand von Seminarvorträgen, Zeitzeugengesprächen sowie ausführlichen Diskussionen auseinander. Ein Partnerinterview in Kombination mit der Ausstellung „Bereits Gras über der deutsch-deutschen Grenze?“ bildete einen idealen Einstieg in das Seminar. Der biografische Ansatz war bei der Vermittlung der Thematik sehr hilfreich und als roter Faden durchgehend erkennbar. Die Seminarteilnehmenden beurteilten die Zeitzeugengespräche als sehr gewinnbringend und wurden sich der eigenen Rolle als Zeitzeuge/Zeitzeugin mit all ihren Vor- und Nachteilen bewusst.

Die Diskussionen im Seminar verdeutlichten, dass die DDR als Fallbeispiel einer linken Diktatur für Schüler/innen in Ost- und Westdeutschland inzwischen hinter dem Erfahrungshorizont verschwunden ist. Daher gilt es, einer gelegentlich von der älteren Generation vermittelten einseitigen Sichtweise entgegenzuwirken (Übertreibung und Vereinfachung vs. Verklärung und Verniedlichung). Es bleibt notwendig, sich über die eigenen Geschichten im geteilten Deutschland auszutauschen, um Wissenslücken auch bei Erwachsenen in Bezug auf die Lebensrealitäten in Ost und West zu begegnen.

Der biografische Ansatz veranschaulichte einerseits die gesellschaftlichen und politischen Gegensätze. Zitat einer Seminarteilnehmerin im Gespräch mit Angela Winkler: „Ich bin ungefähr Ihr Jahrgang. Doch es kommt mir vor, als habe ich auf einem ganz anderen Kontinent gelebt.“ Andererseits zeigten die weiteren Diskussionen, dass es im Alltag viele Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen in Ost- und Westdeutschland gab. Gerade die Alltags- und Mentalitätsgeschichte könnte daher als Verknüpfung von Mikro- und Makrohistorie die Möglichkeit bieten, das Zusammenwachsen der Deutschen zu befördern.

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Jürgen Joachimsthaler, Marek Zybura (Hg.): Słownik współczesnych pisarzy niemieckojęzycznych. Pokolenie powojenne [Lexikon der zeitgenössischen deutschsprachigen Literatur. Die Nachkriegsgeneration] Wiedza Powszechna. Warszawa 2007, LXXII+445 S.

Dieses umfangreiche Kompendium, das bei dem renommierten Verlag Wiedza Powszechna erschienen ist, wurde dankenswerter Weise mit Hilfe der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland mitfinanziert.

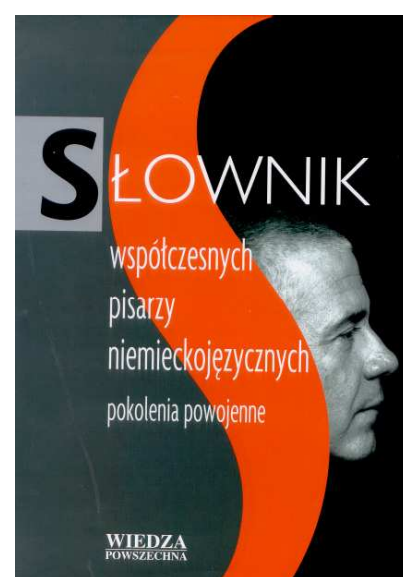
Es handelt sich hierbei in der Tat um das erste in Polen veröffentlichte Nachschlagewerk, das ausschließlich denjenigen zeitgenössischen deutschsprachigen SchriftstellerInnen gewidmet ist, die in den 1940er Jahren und der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts geboren wurden und deren literarische Karriere sich in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts vollzog.

Dabei wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass das unter der Redaktion von M. Zybura Mitte der 1990er Jahre veröffentlichte Lexikon „Pisarze niemieckojęzyczni XX wieku“ [Die deutschsprachigen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts] nur in begrenztem Maße diejenigen deutschsprachigen SchriftstellerInnen berücksichtigt, die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts debütierten.

Aufgrund der Tatsache, dass die Werke nicht weniger dieser AutorInnen mittlerweile auch ins Polnische übersetzt wurden und somit auch auf dem polnischen Büchermarkt vertreten sind, erschien es den Herausgebern sinnvoll, nicht nur polnischen Germanisten, sondern auch einem größeren, interessierten Leserkreis in Polen ein Kompendium an die Hand zu geben, mit dessen Hilfe notwendige biographisch-bibliographische Informationen gewonnen werden können.

Das Lexikon enthält 326 alphabetisch angeordnete Biogramme, die von 70 polnischen und deutschen Germanistinnen und Germanisten erarbeitet wurden. Insgesamt wurden sechs polnische Übersetzerinnen in das Projekt eingebunden. Sie haben ihre Aufgabe gut gelöst, denn die einzelnen deutschen Ursprungstexte wurden in ein flüssiges, leserfreundliches Polnisch übertragen.

Die Einträge zu den einzelnen SchriftstellerInnen enthalten grundsätzliche Informationen zum Lebenslauf, eine allgemeine Charakteristik des Gesamtwerks, die auf der Beschreibung und Interpretation der entsprechenden Hauptwerke beruht, sowie eine bibliographische Auswahl der übrigen, nicht näher behandelten Werke der im Lexikon vorgestellten SchriftstellerInnen. Außerdem wird – soweit vorhanden – die entsprechende Sekundärliteratur in deutscher und polnischer Sprache aufgeführt. Die Einträge haben eine unterschiedliche Länge und sind sicherlich auch von



unterschiedlicher Intensität. So wurden der österreichischen Nobelpreisträgerin *Elfriede Jelinek* mehr als drei Seiten gewidmet (S. 158-161), während die weitaus weniger bekannte deutsche Dramenautorin *Anja Hilling* mit einem Lexikoneintrag von neun Zeilen auskommen muss. (S. 144) Diese beträchtlichen Unterschiede haben allerdings keinen wertenden Charakter, sondern ergeben sich aus den unterschiedlichen Ansätzen und Stilen der VerfasserInnen der Einträge sowie aus den naturgemäß sehr individuellen Biographien und Werksprofilen der einzelnen SchriftstellerInnen.

Das Lexikon verfügt angesichts der Nennung zahlreicher deutscher Institutionen über ein für die polnischen Leser unentbehrliches Abkürzungsverzeichnis sowie über eine ausführliche, von *J. Joachimsthaler* zusammengestellte Bibliographie deutschsprachiger Sekundärliteratur, in der neben ausführlichen Lexika, Handbüchern und Literaturgeschichten auch zahlreiche Spezialstudien zu einzelnen Schriftstellerinnen und Schriftstellern aufgeführt werden. Darüber hinaus hat *Magdalena Lasowy* eine weitgehend vollständige Bibliographie derjenigen Werke zeitgenössischer deutschsprachiger SchriftstellerInnen zusammengestellt, die inzwischen in polnischen Übersetzungen vorliegen. (S. 411-433) Abgeschlossen wird dieser sorgfältig edierte Band, in dem sich nur wenige drucktechnische Fehler finden, durch das obligate Personenregister, das ein schnelles und zuverlässiges Auffinden gewünschter Informationen ermöglicht. Nicht unerwähnt sollte auch bleiben, dass der Band mit zahlreichen Porträtfotos mehr oder minder prominenter SchriftstellerInnen ausgestattet ist, was seine Attraktivität ebenso erhöht wie die ästhetisch ansprechende Umschlaggestaltung mit einer dezenten Profilaufnahme von *Matthias Politycki*.

Die den Biogrammen vorangestellte ausführliche Einleitung (XI-LXXII) besteht aus vier Teilen.

Im ersten beschäftigt sich *M. Zybur*a mit der Rolle der zeitgenössischen Literatur der deutschsprachigen Länder in Polen und beschreibt die unterschiedliche Rezeption der in der DDR und in der Bundesrepublik veröffentlichten Literatur in der VR Polen sowie nach der politischen Wende der Jahre 1989/90. Dabei hebt er einerseits auf die Verlagspolitik der VR Polen als typischem staatlichen Mäzen ab und damit auch auf den damit verbundenen Zentralismus im Hinblick auf die nach politischen Kriterien erfolgende Veröffentlichung deutschsprachiger Literatur. Andererseits zeigt er die nach 1989/90 absolut veränderte Situation auf, als sich die bestehenden sowie neu entstehenden Verlage auf die ungewohnten Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes einlassen mussten. Kritisch hebt der Autor hervor, dass sich die zeitgenössische deutschsprachige Literatur in Polen in einer weitaus schwierigeren Lage befinde als die angloamerikanische oder frankophone Literatur, die sowohl von den Lesern als auch von den Verlagen favorisiert werde. Allerdings gebe es bei der Popularisierung der zeitgenössischen deutschsprachigen Literatur in Polen auch Lichtblicke. Hierzu zählt *Zybur*a u.a. die Bemühungen mehrerer polnischer Verlage sowie die Editionen der von *Hubert Orłowski* und *Christian Kleßmann* herausgegebenen „Poznańska Biblioteka Niemiecka“ [Posener Deutsche Bibliothek].

Im zweiten Teil der Einführung behandelt *Edward Biatek* die zeitgenössische österreichische Literatur, wobei er zunächst zum Ergebnis kommt, dass es sich hierbei

um einen Hilfsbegriff handele, da territoriale oder politische Aspekte alleine nicht ausreichen, um von einer eigenständigen österreichischen Literatur sprechen zu können. Die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem 2. Weltkrieg sowie die bis 1955 währende Nichtsouveränität Österreichs sorgten dafür, dass sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt eine sehr kritische, alternative Form von Literatur entwickelte, die ihre Wurzeln zum Teil noch im Dadaismus und Surrealismus hatte. Hierfür stehen die Vertreter der sog. „Wiener Gruppe“ und ab den 1960er Jahren der sog. „Wiener Aktionismus“. In den 1960er nimmt die Bedeutung des literarischen Zentrums Wien allerdings erheblich ab und es erfolgt eine regionale Verlagerung nach Graz und Salzburg. Es entsteht die informelle Gruppe „Forum Stadtpark Graz“, später die sog. „Grazer Gruppe“, der unter anderen Wolfgang Bauer und Peter Handke angehören. In den 1970er Jahren ist die österreichische Literatur durch eine intensivere Ideologisierung und skeptische Gesellschaftskritik gekennzeichnet, die auch eine gewisse Abkehr von formalen Experimenten bringt. Für diese Form der kritischen Auseinandersetzung mit der Außenwelt und der sie und das Individuum bestimmenden Zwänge sind einige Werke der sog. zweiten Generation des „Forums Stadtpark Graz“ typisch, um an dieser Stelle nur die Namen *Klaus Hoffer* oder *Gert Jonke* zu nennen.

Das österreichische Drama der 1960er und 1970er Jahre wurde hingegen von den formalen Experimenten *Handkes* („Publikumsbeschimpfung“, 1966) oder *Bauers* (*Party for six*, 1964) beherrscht, während sich die überaus populären und häufig aufgeführten Dramen *Peter Turrinis* (zum Beispiel „Sauschlachten“, 1971) kritisch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und dem traditionellen Genre des Volksstücks auseinandersetzen.

In den 1970er Jahren dominieren in der österreichischen Literatur innerlich zerrissene Helden, die ein unstetes Leben führen und die nach Selbstverwirklichung in der Kunst suchen. Dabei spielt der Mythos Amerika und der Topos Flucht eine erhebliche Rolle, zum Beispiel bei *Handke* oder *Gerhard Roth*.

Ein häufig realisiertes Thema ist auch die Polemik mit der traditionellen Gattung des Heimatromans, zum Beispiel im Schaffen von *Reinhard Peter Gruber* oder *Josef Winkler*.

In den 1980er Jahre erfolgt eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem politischen Leben in Österreich, wofür einzelne Werke von *Hoffer*, aber auch von *Josef Haslinger* stehen, der sich 1987 in seinem Essay „Politik der Gefühle“ mit der Wiederwahl von *Kurt Waldheim* zum österreichischen Bundespräsidenten beschäftigte.

Eine Sonderstellung innerhalb dieser Strömung nimmt sicherlich die scharfe und bedingungslos, zum Teil obszön formulierte Gesellschaftskritik *Elfriede Jelineks* ein, wobei feministische und die Emanzipation der Frau betreffende Themen den Schwerpunkt ihrer Werke darstellen. Eine geradezu spielerische Gesellschafts- und Zivilisationskritik in grotesker und parodistischer Form findet sich hingegen in den Werken von *Werner Kofler* und *Norbert Gstrein*.

Die kritische Instanz gegenüber den Mächtigen und Etablierten bleibt auch in den 1990er Jahren das Drama und die Auseinandersetzung mit dem österreichischen Opportunismus während und nach der Naziherrschaft, wofür die in diesen Jahren entstandenen Dramen *Jelineks*, *Felix Mitterers* sowie *Turrinis* typisch sind, zum

Beispiel in der scharfen Polemik nach dem erheblichen Machtzuwachs *Jörg Haider*s. Im Kontext der Balkankriege und einer nun ohne jede Umschweife formulierten massiven Kritik an den USA erfährt das Spätwerk *Peter Handkes* eine starke Politisierung.

Das Motiv der Angst und des Persönlichkeitsverfalls ist hingegen in den Dramen *Thomas Bernhards* und in den Erzählungen *Peter Roseis* allgegenwärtig. Auch kehrt nun wieder die feministische Literatur zurück, allerdings in einer moderateren, weniger aggressiven Form (*Jelinek, Elisabeth Reichart, Marlene Streeruwitz*). Aktuelle spektakuläre Ereignisse innerhalb der österreichischen Literatur sind die immer wieder Aufsehen erregenden Metamorphosen *Peter Handkes*, etwa als engagierter Fürsprecher Serbiens im blutigen Konflikt mit der NATO, vor allem aber die überraschende Verleihung des Literaturnobelpreises an *Elfriede Jelinek* im Jahre 2004, wodurch deren schonungslose literarische Zivilcourage entsprechend gewürdigt wurde.

Jürgen Joachimsthaler skizziert in seinem einführenden Beitrag die Entwicklung der zeitgenössischen deutschen Literatur in Anlehnung an die Rekonstruktion wichtiger gesellschaftspolitischer Ereignisse der Nachkriegszeit, die die öffentliche und veröffentlichte Meinung in beiden Teilen Deutschlands nachhaltig beeinflussen mussten. Für die (west)deutsche Nachkriegsliteratur bildete der Umgang mit der eigenen Identität, insbesondere im Hinblick auf den Nationalsozialismus und seine fatalen Folgen eine ständig wiederkehrende Konstante. Bis in die 1990er Jahre war der deutsche öffentliche Diskurs von der Auseinandersetzung mit dem 2. Weltkrieg, der Kriegsschuldfrage sowie den Naziverbrechen geprägt. Dem gemäß wurde die öffentliche Meinung der BRD vor allem durch die in den tonangebenden Printmedien dominierende Debattenkultur beeinflusst. Folglich – so der Autor – lese sich die neueste Geschichte der BRD in den führenden Medien der Republik wie eine chronologische Abfolge von Skandalen und Debatten: Fassbinder (1985), Historikerstreit (1985/86), Jenninger (1988), Schriftstellerstreit um die Einheit Deutschlands (1989), Debatte um die künftige Hauptstadt (1990), deutsch-deutsche Polemik um Christa Wolf (1990/1991), Diskussion um die Zusammenlegung des west- und des ostdeutschen Penclubs (1990-1998), Debatte über Bodo Strauß und die neue Rechte (1993/94), Streit um die Wehrmachtsausstellung (2. Hälfte der 1990er Jahre), Diskussion um den Konflikt zwischen *Martin Walser* und *Ignatz Bubis* (1998/1999) sowie der Skandal, der durch Walsers „Tod eines Kritikers“ (2002) hervorgerufen wurde. Dabei sei offenkundig, dass die so gerne als rechtskonservativ und links apostrophierten Opponenten sich gegenseitig brauchen, um weiter davon ausgehen zu dürfen, dass der Widerstand der Gegenseite unverändert bleibe. Es gehe dabei durchaus nicht um eine Revision historischer Fakten, sondern um die Frage, inwiefern die Begründungen gegenwärtig gültiger Interpretationen einer verbrecherischen Vergangenheit weiterhin tragfähig seien. Wie wenig diese plakative öffentliche Debattenkultur und die holzschnittartige Zuordnung von SchriftstellerInnen in entsprechende Lager mit den tatsächlich nachvollziehbaren Tendenzen in der zeitgenössischen deutschen Literatur zu tun hat, verdeutlicht Joachimsthaler am Beispiel des Aufbegehrens von 1968, das nach einer kurzen Phase des verbalradikalen Agitprop keine nachhaltigen Spuren in der westdeutschen Literatur der 1970er Jahre hinterließ. Anstelle einer radikalen Gesellschaftskritik, die auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gezielt

hätte, herrschte besonders bei den als links klassifizierten AutorInnen die sog. neue Subjektivität vor, also die mehr oder minder profunde und von Skepsis und Zweifeln gesättigte Auseinandersetzung mit dem literarischen Ich.

Allerdings sorgte die neue Frauenliteratur der 1970er und 1980er Jahre für eine Politisierung der Privatsphäre und trug in hohem Maße zur Mobilisierung der deutschen Frauenbewegung bei. Für die Periode von 1933-1945 wurde nunmehr immer häufiger die Frage aufgeworfen, unter welchen Bedingungen Widerstand möglich gewesen wäre. Der Antiheld, das unschuldige Opfer der Geschichte sowie die komplizierte Dialektik von Täter und Opfer waren gängige Motive und Themen, die nunmehr auch im Kontext mit dem Terror der RAF recht häufig aufgegriffen wurden (*Friedrich Christian Delius, Eva Demski*).

In den 1970er Jahre dominierte in beiden Teilen Deutschlands die Thematik der Privatsphäre und des Individuums. Sowohl in Westen als auch im Osten wurde die Jugend zur Ikone. Im Westen ging es dabei um die Stärkung einer Wirtschaft, die in erster Linie auf Konsum ausgerichtet war, in der DDR wurde propagiert, dass der Weg zum persönlichen Glück gerade durch die Affirmation des sozialistischen Staatswesens erreicht werden könne.

Angesichts des Vietnamkriegs und des Wettrüstens, einer planmäßigen Umweltzerstörung sowie des Reaktorunglücks in Tschernobyl waren katastrophistische Stimmungen – besonders bei den Intellektuellen beider deutscher Staaten - an der Tagesordnung. Dieser Trend wurde in der BRD durch *Hans Magnus Enzensberger*, aber auch durch *Johannes Mario Simmel* verstärkt, in der DDR durch *Christa Wolf* („Störfall“, 1987), wobei *Wolf* aufgrund ihres „ausgewogenen“ und anspielungsreichen Stils sowohl in der DDR als auch in der BRD erfolgreich war und damit innerhalb der DDR-Literatur eine absolute Sonderstellung innehatte.

Die anspruchsvollsten Werke der DDR-Literatur entstanden bekanntlich in der oppositionellen Sphäre des öffentlichen Lebens (*Wolfgang Hilbig, Monika Maron, Stefan Heym*) und konnten häufig nur im Westen erscheinen. Zu ihnen zählten selbstverständlich auch die subtilen system- bis zivilisationskritischen Erzählungen von *Volker Braun* und *Christoph Hein*. Eine besondere Stellung nahm die besonders auch im Westen populäre oppositionelle Subkultur des Prenzlauer Bergs in Berlin ein, die von der STASI unterwandert, ermutigt und neutralisiert wurde und eine bemerkenswerte Experimentalliteratur hervorbrachte.

Diese neue Literatur versteht sich als postmodernistisch und ist dadurch gekennzeichnet, dass das alte Ost-West-Schema sowie die Differenzierung in links und rechts aufgehoben wird. Die postmoderne Dekonstruktion des Ichs und des Erzählers eröffnet dabei zahlreiche Möglichkeiten eines neuen Erzählens. Die Geschichte kann und darf ironisch dargestellt werden und die moralistischen und mimetischen Aspirationen der Literatur werden durch Simulationen attraktiver, aber irrealer Plots und Motive ersetzt (z.B. *Bodo Morshäusers* „Berliner Simulation, 1983). Die in vielen dieser Texte arrangierte Künstlichkeit, Selbstbezogenheit und inszenierte Entfremdung von einer wie auch immer gearteten Wirklichkeit ist Programm (*Patrick Süskind: Das Parfüm, 1985*). Im Postmodernismus werden die identitätsstiftenden Bemühungen negiert, zwar wird Identität nicht gänzlich verworfen, aber man zeigt auf, dass sie durch die Medien

vermittelt wird. Allerdings hält die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der eigenen Bibliographie, die als Mikrokosmos deutscher Geschichte betrachtet werden kann, bei den älteren Autoren – wie *Peter Weiss*, *Horst Bienek*, *Walser* und *Grass* – weiterhin an. Gleichzeitig entwickelt sich in einer Zeit zunehmender Unübersichtlichkeit ein neuer Regionalismus (*Edgar Reitz*: „Heimat“, 1984) und werden Texte im Dialekt veröffentlicht (*Uwe Dick*). Darüber hinaus melden sich nunmehr auch nicht wenige eingewanderte SchriftstellerInnen zu Wort, die die deutsche Wirklichkeit aus der Sicht von Migranten beschreiben (*Rafik Schami*, *Selim Özdoğan*). Flucht und Vertreibung sind auch jetzt noch und schon wieder Thema, aber erst seit dem Erscheinen des Grassschen „Im Krebsgang“ wird erfahrbar, dass man über deutsche Kriegs- und Vertreibungsoffer schreiben kann, ohne gleichzeitig die deutsche Schuld relativieren zu müssen.

Zutreffend konstatiert Joachimsthaler in diesem Kontext, dass die Erinnerung an Heimatorte in Zeiten der Globalisierung identitätsstiftend sei. Gleichzeitig verweise Erinnerung aber auch darauf, was hinter jenen Bildern und Wörtern verdeckt bleibe, die nicht das rekonstruieren, was war, sondern das konstruieren, was hätte sein können. Die postmoderne Erzählweise bilde gerade diese Ambivalenz ab, indem sie die Eindeutigkeit von Identität durch Vieldeutigkeit ersetze.

Mit der Überwindung der Literaturen aus den einstigen beiden deutschen Staaten ging die Erwartung einher, dass ein herausragender Roman über die politische Transformation der Jahre 1989/1990 erscheinen werde. Die zu diesem Thema veröffentlichten Werke konnten die Ambitionen der Kritiker allerdings nicht befriedigen. Weder die diesbezüglichen Werke der „alten Wilden“ (*Grass*: „Ein weites Feld“, 1995, *Hochhut*: „Wessis in Weimar“, 1993 oder „Ich bin das Volk“, 1994-1996, von *Franz-Xaver Krötz*) noch die provokanten Texte jüngerer Autoren wie *Thomas Hettche* („Nox“, 1995) oder *Thomas Brussig* („Helden wie wir“, 1993) schienen diese historischen Ereignisse angemessen zu schildern.

Der Widerstand gegen die Konstruktion von Identität manifestiert sich noch stärker in jenen Romanen, die der Metropole Berlin gewidmet sind. Als große Baustelle und Zentrum europäischer Integration nimmt es in dieser Literatur geradezu apokalyptische Züge an und wird zur Metapher zahlreicher Katastrophen (*Ingo Schramm*, *Tim Staffell*, *Inka Parei*).

Joachimsthaler geht dann auf die bereits in den 1980er Jahren wieder entdeckte Thematik des Körpers ein, wobei er die durch den Aids-Schock und die Gender-Diskussion hervorgerufenen Tendenzen näher beleuchtet und zum Ergebnis kommt, dass die fast ausschließlich den Körper und die Körperlichkeit behandelnde Literatur als bewusste Reduktion von Welt auf ein Thema einen bedeutenden Teil der zeitgenössischen deutschen Literatur ausmache. Im Vordergrund der durch Mediatisierung und Events gekennzeichneten Pop-Literatur stehe das große, einmalige Erlebnis, die Pop-Literatur lebe von ihrer eigenen Vergänglichkeit, ihre Helden seien nicht in der Lage, eine akzeptable Realität vorzufinden (z.B. *Christian Kracht*, „Faserland“, 1995).

Als wichtige Weiterentwicklung der Pop-Literatur sei die slam poetry anzusehen, wobei die spontane, mündliche Form des Vortrags dafür Sorge, dass der Vortrag zu einem gemeinsamen, kommunikativen Ereignis werde.

Hierzu gehöre auch das nicht unproblematische Verhältnis von Literatur und ihrer Mediatisierung, wobei die audiovisuelle und digitale Darreichung von Texten eine zunehmend wichtige Rolle spiele. Häufig handelt es sich hierbei um kurze Texte, die zunächst ins Internet gestellt und erst später in Papierform erscheinen. Auf der Suche nach dem „echten Text“ wird die digitale Literatur so zur philologischen Phantasie, zur poetischen Metapher deutscher Bewusstseinszustände zu Beginn des 3. Jahrtausends.

Schließlich beschäftigt sich *Robert Rduch* mit der zeitgenössischen deutschsprachigen Literatur der Schweiz, die seit 1945 in erster Linie durch den Konflikt zwischen den Apologeten und den Kritikern des Landes bestimmt wurde. Dieser Konflikt vollzog sich nicht nur in der Literatur selbst, sondern wurde auch Gegenstand öffentlicher, lauter Debatten. So kam es 1970 zur Spaltung des Schweizer Schriftstellerverbandes (SSV), als sich die kritische und linke „Gruppe Olten“ vom SSV trennte. Die von *Max Frisch* und *Friedrich Dürrenmatt* vorgetragene Gesellschaftskritik wurde in den 1960er Jahren u. a. von *Adolf Muschg* und *Peter Bichsel* aufgegriffen und weiter entwickelt. Ähnlich wie in Österreich und Deutschland verlor diese Politisierung der Literatur jedoch an Bedeutung, ihre ideologische Instrumentalisierung wurde kritisiert und es setzte sich eine neue Subjektivität durch. Auch war man in den 1990er Jahren bereit, den ideologischen Streit beizulegen. Seit 2003 gibt es wieder nur einen einzigen Schriftstellerverband.

Angesichts der Globalisierung und des europäischen Einigungsprozesses stellte sich auch in der Schweiz die Frage, ob die deutschsprachige Literatur der Schweiz weiterhin in nationalen Kategorien behandelt werden könne, zumal sich die Schweizer Germanistik immer weniger nur mit in der Eidgenossenschaft geborenen SchriftstellerInnen beschäftigt. Auch nimmt die Zahl von Autorinnen und Autoren mit fremden Wurzeln, die die sog. „Secondo-Literatur“ entwickeln, ständig zu (*Ilma Rakusa, Dante Andrea Franzetti, Perikles Monioudis*).

Interessanter Weise war es weder *Frisch* noch *Dürrenmatt*, der zum Vorbild der jungen Schriftstellergeneration avancierte, sondern *Robert Walser*, wobei sich diese Affinität zur zeitgenössischen Literatur der Schweiz wohl aus der für *Walser* typischen Leichtigkeit und Freiheit ergibt, mit der die dargestellte Wirklichkeit den unterschiedlichsten Metamorphosen unterworfen wird.

Sucht man nach einem gemeinsamen Nenner für die Poetik der SchriftstellerInnen der 1980er und 1990er Jahre, so ist es die Realismusdebatte, die den Realismusbegriff der 1960er Jahre zugunsten des Begriffs einer subjektiven Wahrheit in Frage stellte. Die subjektive Wahrheit – als einer von vielen möglichen Realitätsentwürfen – wurde ihrerseits durch die ästhetische Wahrheit ersetzt, also das Spiel des Erzählers, der seine Narration immer wieder verändert und den Prozess des Schreibens zum eigentlichen Thema macht (z. B. *Felix Philipp Ingold* oder *Juerg Laederach*). Durchgängiges Motiv in zahlreichen Werken ist der Zerfall der Persönlichkeit in viele Subjekte sowie die intensive Auseinandersetzung mit der erotischen und Genderthematik (z. B. *German Ritz*). Allerdings – so *Rduch* – mache es das Fehlen einer sich deutlich abzeichnenden Poetik unmöglich, auf repräsentative Werke der 1980er und 1990er Jahres zu verweisen. Man könne allerdings auf den von *Reto Sorg* geprägten Begriff der „Neuen Entspanntheit“ rekurren, womit gemeint sei, dass nach der experimentierfreudigen

Phase der 1980er Jahre nunmehr wieder eine Rückbesinnung auf das traditionelle Erzählen eingesetzt habe.

Ein besonderes Phänomen der zeitgenössischen Schweizer Literatur ist allerdings das Entstehen literarischer Gruppen, was angesichts der postmodernen Individualisierungsprozesse überraschen mag, was man aber damit erklären könne, dass das Auftreten in Gruppen bessere Möglichkeiten biete, auf das eigene Werk aufmerksam zu machen. Zu den bekanntesten dieser Gruppen gehören das zu Beginn der 1990er Jahre gegründete „Netz“, die Berner Theatergruppe 400asa sowie die Gruppe O2, die sich zum Ziel gesetzt hat, gerade die jüngste Literatur der Schweiz zu popularisieren. Ähnlich wie in Österreich und Deutschland haben wir es in der Schweiz auch mit einer starken Mediatisierung der Literatur im Internet sowie durch öffentliche Lesungen zu tun.

Wie die Herausgeber in ihrem Vorwort hervorheben, wurde die Konzeption dieses informativen und lesenswerten Lexikons von der Germanistischen Fakultät des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau in Kooperation mit dem Mitteleuropazentrum für Staats-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften der Technischen Universität in Dresden gemeinsam erarbeitet. Den beiden Herausgebern ist uneingeschränkt beizupflichten, wenn sie am Ende ihres Vorworts konstatieren, dass es in erster Linie die Aufgabe der Wissenschafts- und Kulturzentren beider Staaten ist, hinsichtlich der Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen für Dialog und Zusammenarbeit zu sorgen. Sicherlich haben sie mit der Veröffentlichung dieses Lexikons einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet, um dieses wichtige Ziel zu erreichen.

Gerhard Schüsselbauer

Literatur 2009 – Sofja Tolstaja, Olga Tokarczuk, Magdalena Tulli, Viktor Pelewin, Filip Florian, Mikołaj Łoziński

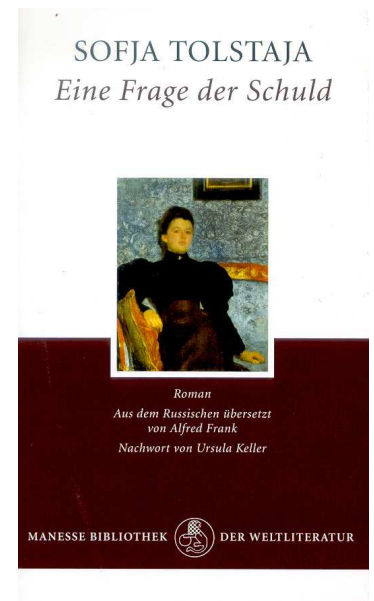
Sofja Tolstaja, *Eine Frage der Schuld*, Manesse Bibliothek der Weltliteratur, Zürich 2008, 317 S.

„Gäbe es in der Alltäglichkeit unseres Erdendaseins nicht diese Minuten der strengen Einkehr, der unnachsichtigen und konzentrierten Aufmerksamkeit für unser Innenleben, dieser Auge in Auge erfolgenden Prüfung unseres Ichs vor Gott, wie wäre unsere Existenz dann möglich?“

Was ist Sofja Tolstajas Roman *Eine Frage der Schuld*? Rache, Vergeltung, späte Genugtuung? Oder doch nur der vielleicht misslungene Versuch einer Emanzipation vom „Übervater“ der russischen Literatur, Lew Tolstoi, ihrem Ehemann? Oder aber ganz im Gegenteil das Postulat einer reinen, idealen und ewig gültigen Liebe? Und somit das Resultat einer reichen, keineswegs nur verbitterten Lebenserfahrung?

Lew Tolstoi veröffentlichte 1890 seine provozierende Erzählung *Die Kreuzersonate*, die einen Abgesang auf die „christliche Ehe“ darstellte, einen literarischen Skandal zur damaligen Zeit auslöste und vor allem wegen seines frauenfeindlichen Grundtones heftig angegriffen wurde. Seine Ehefrau Sofja Tolstaja schrieb *Eine Frage der Schuld*, diesen „Gegenroman“, in den Jahren 1892 bis 1893, der jedoch unveröffentlicht blieb. Erst fünfundsiebzig Jahre nach ihrem Tod, im Jahr 1994, wurde dieses Kleinod der russischen Literatur entdeckt und zu Recht als Meisterwerk gefeiert. Sofja Tolstaja wurde mit einem Schlag in die Nähe von Charlotte und Emily Brontë oder Jane Austen gerückt. Feinste Psychologie und literarische Reife paaren sich mit einem Gespür für Menschliches und vor allem für allzu verständliche menschliche Handlungen. Es ist keine Seltenheit, dass äußerst talentierte Frauen von Schriftstellern und Dichtern nie aus dem Schatten ihrer Ehemänner traten oder treten konnten. Konventionen, Rollenverständnis und Abhängigkeiten ließen sich kaum durchbrechen. Auch heute muss man sich nichts vormachen: Die Szene der Weltliteratur ist eindeutig von Männern dominiert!

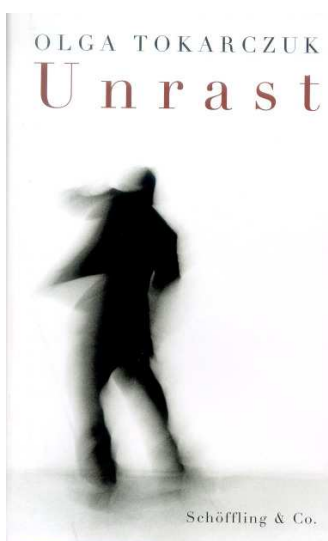
Wörtlich übersetzt lautet der Titel *Wessen Fehl? Die Erzählung einer Frau*. (Anlässlich der *Kreuzersonate* Lew Tolstois). Im Kern steht ein verhängnisvolles Ehedrama, ganz wie in *Der Kreuzersonate*, jedoch erzählt aus der Perspektive der Frau, und dies ist der alles entscheidende Unterschied. Während bei Tolstoi die Zertrümmerung der moralischen Vorstellungen aufgrund des körperlichen Charakters der Liebe aus männlicher Sicht vorherrscht, betont Sofja Tolstaja die Ideale, die Poesie der Liebe aus weiblicher Perspektive. Gerade die junge Protagonistin Anna und ihre makellose Seele schweben zwischen hell und dunkel, zwischen unerfüllter Liebe, Hingabe und grenzenloser Verzweiflung, „ein allzu jäher Übergang zur Finsternis der Nacht und zur Stille der trostlosen ländlichen Natur.“ Sie versinnbildlicht und setzt Liebe und Ehe mit absoluten, ewigen Idealen gleich. Doch schon bald erwacht sie in der Realität der



Ehetragödie mit dem wesentlich älteren Fürsten Prosorski. Körperliche Befriedigung für den Ehemann, eine gefühlsmäßige und geistige Wüste für die Frau – das ist der literarische Aufschrei von Sofja Tolstaja, die damit posthum zu einer Kämpferin für Frauenrechte avanciert. „Sollte denn nur darin unsere weibliche Berufung bestehen, vom körperlichen Dienst für den Säugling zum körperlichen Dienst für den Mann überzugehen? Und das abwechselnd – immerfort! Wo bleibt denn *mein* Leben? Wo bleibe ich? Ich, die einmal nach Höherem gestrebt hat, dem Dienst an Gott und den Idealen?“

Unverkennbar wird mit diesen Worten der Protagonistin Anna das Leid der Sofja Tolstaja wiedergespiegelt. Mit Lew Tolstoi hatte sie eine gemeinsame Kinderschar, jahrzehntelang ihr großartiges literarisches Talent als Mutter, Hausfrau und Anhängsel im Verborgenen halten müssen, und immer eine tiefe Verzweiflung in sich verborgen gehalten. In ihrer eigenen kurzen Autobiographie schreibt sie: „Diese Eifersucht erwachte mit furchtbarer Kraft in mir, als ich am Ende unseres Lebens plötzlich sah, dass die mir so viele Jahre offenstehende Seele meines Mannes sich mir jäh verschloß und einem völlig Fremden öffnete, unabänderlich und ohne jeglichen erkennbaren Grund.“ Sofja Tolstaja erholte sich nie von dieser abgrundtiefen Entfremdung von ihrem einst so geliebten Ehemann, der zum Ende seines Lebens die Existenz eines Sonderlings fristete. Ihr Roman *Eine Frage der Schuld* zeugt hingegen von großer humanistischer und emanzipatorischer Kraft und betont die viel zu sehr vernachlässigte weibliche Seite der russischen Literatur, die bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts keine Rolle spielte. Die große Sehnsucht der Protagonistin Anna nach Harmonie mit „Natur, Gott und der Ewigkeit“ zeigt die zeitlose Gültigkeit des Anliegens von Sofja Tolstaja nach Uneigennützigkeit in der Liebe abseits des grenzenlosen Egoismus.

Olga Tokarczuk, *Unrast*, Verlag Schöffling & Co. Verlagsbuchhandlung, Frankfurt am Main 2009, 459 S.



„Als ich so in den Anblick der Strömung versunken auf dem Flutwall stand, wurde mir klar, dass aller Gefahren zum Trotz das, was in Bewegung ist, immer besser sein wird, als das, was ruht, dass der Wandel edler ist als die Stetigkeit, dass das Unbewegliche Zerfall und Auflösung anheim fallen muss und zu Schutt und Asche wird, während das Bewegliche sogar ewig währen kann.“

Der Mensch zwischen Flughäfen, Urlaubsorten, Museumsbesuchen, Fachkonferenzen und Geschäftsmeetings pendelnd, zyklisch verwoben mit dem globalen Megatrend des fieberhaften, „unrastigen“ Reisens, ein Wesen des Wandels oder doch des Unveränderlichen, preisgegeben dem physischen, seelenlosen Niedergang und dennoch nach Unsterblichkeit strebend – wie in einer griechischen Tragödie kreist um diese endlosen Themen Olga Tokarczuks hervorragendes Werk *Unrast* (der polnische Originaltitel lautet „Bieguni“, eine Wortneuschöpfung abgeleitet vom Verb „biegać“ –

laufen). Befindet sich am Rand des Ich, an der Grenze des Bewusstseins, auch der „Rand der Welt“? Lassen sich die Welt, ihre Geheimnisse und der Lauf der Zeit wie nach Max Weber „entzaubern“? Der moderne Mensch ist ein rastloses, nomadisierendes Wesen, getrieben vom Einfangen der Dalíschen verrinnenden, der Proustschen verlorenen Zeit, stets auf der Suche nach dem verschwundenen Paradies der Unschuld, als Körper und Seele, Leib und Geist noch eins waren. Erst die Moderne mit ihrer Hyperbetonung der Bewegung, der Mobilität und des permanenten Wandels brachte die Unrast ins Leben. Oder ist dieser stete Wandel nur eine menschliche Einbildung, eine Schimäre? „Wir bewegen uns nirgendwohin, wandern allenfalls zum Innern eines Moments, und es gibt weder Begrenzung noch Ziel. Dasselbe könnte auch den Raum betreffen – das wir alle gleichermaßen von der Unendlichkeit entfernt sind, existiert auch kein Irgendwo – niemand steckt in keinem Tag, an keinem Ort.“ Wer gewinnt am Ende das Spiel? Das statische Gedankensystem des Seins eines Parmenides oder aber der dynamische Heraklit des Werdens?

Olga Tokarczuk gewann Ende 2008 mit *Unrast* den begehrten polnischen Literaturpreis *Nike*. Mehr als drei Jahre arbeitete sie an dieser Parabel auf die Ruhelosigkeit des heutigen Menschen und das zeitgenössische Nomadentum, dessen Teil sie im internationalen Literaten-Jetset ebenfalls ist. Mit Andrzej Stasiuk und Jerzy Pilch gehört sie zweifelsohne zu den herausragenden und auch erfolgreichen VertreterInnen der neuen polnischen Literatur. Ähnlich wie in ihrem früheren Roman *Taghaus, Nachthaus* (*Dom dzienny, dom nocny*, 1998) besteht die Struktur von *Unrast* aus einem scheinbar lose verbundenen Flickenteppich von Skizzen, Erinnerungssplintern sowie längeren Geschichten, die klassische Motive wie Verlust und Wiederkehr, Schmerz und Trost, Verrat und Treue aufgreifen. Olga Tokarczuk bleibt nicht in den festen Grenzen der Welt, sie will auf den Zaun der Welt hinaufklettern und drüberblicken, was sich dahinter verbirgt. Besonders die Nacht als Symbol der Schattenseite des menschlichen Seins, der Nachtmahr der Kehrseite frisst den „tagsüber sorgfältig gewebten Teppich des Sinns“ wieder auf. „Manchmal ist es ein Faden, manchmal sind es mehrere, ein kompliziertes Muster zerfällt in seine Grundbestandteile von Kette und Schuss, die Kette fällt, es bleiben nur noch parallele Linien, der Strichcode der Welt.“ Permanent durchdringt Olga Tokarczucks Buch die ewige Spannung zwischen Körper und Seele. Wer von beiden eigentlich unsterblich sein sollte, fragt sie zu Recht. Der ungezügelte Körperkult unserer Zeit und der Zeitgeist des Festhaltenwollens an der ewigen Jugend erheben den Körper über die Seele. Das war bei Sokrates und Platon noch völlig undenkbar. Um welchen Preis sind Freiheit und Fortschritt des Menschen möglich? „Wer sich aufhält, der versteinert, wer stehenbleibt, wird aufgespießt wie ein Insekt, eine hölzerne Nadel durchbohrt sein Herz, seine Hände und Füße werden durchstoßen und an Schwelle und Türsturz genagelt.“ *Unrast* ist eine wunderbar hintergründige Handbibel für den modernen Menschen mit dem Grundmotto: „Gesegnet ist der, der geht.“

Magdalena Tulli, *Getriebe*, Verlag Schöffling & Co. Verlagsbuchhandlung, Frankfurt am Main 2008, 154 S.



„[Der Erzähler] ist gehalten, kleinlaut einen Punkt zu setzen und zum nächsten Satz überzugehen, als wäre nichts geschehen. Wie ein Clown in karierten Hosen, der, kaum ist er unter den Lachsalven des Publikums vom Schemel gefallen, eine wacklige Leiter hinaufklettert, ohne seinen Monolog zu unterbrechen, eine bemitleidenswerte Gestalt, unwiderruflich in den sägemehlgelben Niederungen der Manege verbannt ... lebenslänglich in der Ausweglosigkeit des Spektakels befangen.“

Magdalena Tulli, geboren 1955, gehört zu der Generation polnischer bzw. ostmitteleuropäischer SchriftstellerInnen, die den Spagat zwischen Moderne und Bewahrung des Traditionellen überwinden möchte, ohne auf postmoderne Kunstgriffe zurückgreifen zu wollen. Zugleich mündet in ihre Geschichte der gesamte Erfahrungshorizont des Sozialismus und der Wendezeit. Ihr Roman *Getriebe* ist alles andere als eine stringent erzählte Geschichte, denn zu viele schräge Gestalten bewegen sich in ihr nicht-linear und erzeugen Verstrickungen. So „verzweigt sich die Geschichte in alle Richtungen, die Korridore, die das Foyer kreuzen, scheinen kein Ende zu haben, man sich ihre unzähligen immer weiteren Verästelungen vorstellen, alle gleichermaßen vollgestopft.“ Schauplatz der Handlung(en) ist ein labyrinthartiges Hotel irgendwo im Osten Europas. Skurrile Figuren ranken sich um den Erzähler, den Puppenspieler. Eine Seiltänzerin, ein deutscher Geschäftsmann namens Feuchtmeier und ein namenloses Kind begegnen sich an einem Ort, an dem „die Geschichte über eine atemberaubende Macht [verfügt]. Auch den Erzähler lässt sie zwischen Stockwerken und Korridoren alle möglichen Haken schlagen, solange der Rahmen der Fabel nicht mit Inhalt gefüllt ist.“ Magdalena Tulli gelingt in ihrem Kurzroman das, was sie schon am Anfang verspricht: „Welten erschaffen! Nichts ist leichter als das. Angeblich werden sie aus dem Ärmel geschüttelt. Und wozu? Um das Auge mit ihrem Schillern zu erfreuen, wenn sie zitternd wie Seifenblasen ans Licht aufsteigen.“

Für Magdalena Tulli ist Schreiben Existieren. Dadurch wird sie erst von der Welt wahrgenommen. Ein Hauch von Berkeleys Philosophie weht daher durch ihren Roman. Schreiben somit ist Wahrgenommenwerden (können). Woher kommen nun die Wörter, die Verben, die Adjektive? Wie schleicht sich die Sprache in einen Satz? „In ihrer Existenz als halbdurchsichtige Menge, der Möglichkeit beraubt, aus eigener Kraft so oder anders zu sein, muss sie sich in allem der die Erzählung begleitenden Beschreibung unterordnen. Notgedrungen müssen sie sich den ihnen übergestülpten Beiwörtern fügen, müssen diese auch gegen ihren Willen mit ihrer eigenen Existenz erfüllen wie bereitgestellte Güterwaggons, die zu besteigen es einen graust, doch leider erfordert die Situation, dass man einsteigen muss.“ Leser zu sein ist für Magdalena Tulli viel leichter, als Erzähler zu sein. Doch ihre Fabulierlust ist ihr unverkennbar anzumerken. Gern begibt sie sich auf „die alberne Jagd nach dem fliehenden Erzählstrang, verheddert [sich] in halsbrecherische Darbietungen der Seiltänzer und betrügerische Tricks der

Illusionisten“. Das alles nur, um einen einzigen gelungenen Satz zu vollenden. Doch ihr ist weit mehr gelungen – ein wunderbar reicher Kurzroman!

Viktor Pelewin, *Das fünfte Imperium*, Luchterhand Literaturverlag, München 2009, 400 S.

„Ich liebe unser Imperium. Ich liebe seinen aus Armut und Leid gewonnenen Glamour und seinen im Kampfe gestählten Diskurs... Mein Blick geht hinab auf die imperialen Bohrtürme, die den Adern des Planeten die schwarze Flüssigkeit aussaugen – und ich sehe, dass ich meinen Platz im System gefunden habe.“

Viktor Pelewin, Autor des Kultromans *Generation P* sowie des Romans an *Das heilige Buch der Werwölfe*, führt auch in seinem neuen Roman, der den merkwürdigen Titel *Das fünfte Imperium* trägt, die postkommunistische Wirklichkeit Russlands erneut gänzlich ad absurdum. Im russischen Original heißt das Buch *Empire V*, was wohl eher auf den Titel *Imperium der Vampire* hindeuten könnte. Diesmal bedient sich Pelewin des Vampirmythos, um die großstädtisch-kapitalistischen Exzesse einer darwinistischen Gesellschaft im heutigen Russland post-sowjetischer Prägung bloßzustellen. Glamour, die Kunst des Sichverstellens, der „Tarnung“ in unserer Kosumwelt, und Diskurs, die Kunst der Kontrolle und der Machtausübung, dies sind die beiden bestimmenden Prinzipien des Lebens. Sie werden dominiert von immer „prestigeträchtigeren Konsumformen“, denn „es sind einzig diese Fragen, die bei Menschen handfeste Emotionen hervorrufen können.“ Geld ist „das symbolische Blut der Welt“. Nur die wahren Vampire leben in der Wirklichkeit, „die Menschen leben in einer Welt der Illusionen“.

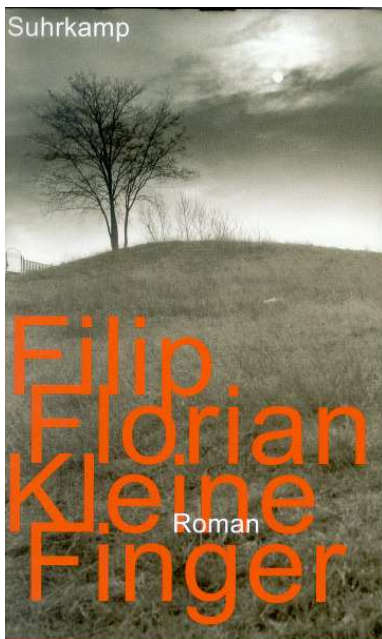
Demokratie, Menschenwürde, Solidarität und Liberalismus verkommen in einer Welt, die von Korruption, Oligarchen, Geheimdienstmafia und Kriminalität dominiert wird, zu leeren Worthülsen. In einer Welt allgegenwärtiger Perversionen ist der Menschentyp, der „an die Liebe und an Gott glaubte“, beinahe vollständig ausgestorben. Damit trifft Pelewin den Nerv vieler Menschen, die im postsowjetischen Leben vor allem die schlimmen Auswüchse einer gespaltenen Gesellschaft wahrnehmen. Die jüngste Geschichte Russlands ist für Pelewin durchsetzt von ungeheuerlichen Auswüchsen wie in der Filmtrilogie *Aliens*, denn „im Bauch des einen Monsters wuchs [zyklisch wiederkehrend] das nächste heran.“ Das Leid und die große Marter des modernen Menschen ist das am weitesten „entwickelte Medium menschlicher Lebensenergie: Das Geld!“

Obwohl Pelewins Roman mit jeder Menge literarischer Anspielungen auf russische Märchen oder andere literarische Vorlagen gespickt ist, ergießt er sich jedoch zumeist in abstrusen pseudo-spiritualistischen, eklektischen Eskapaden seiner Vampirfantasien. So kommt einem die erzählte Geschichte des Romans wie ein wirrer Bewusstseinsstrom vor, geschrieben von einem unruhigen Geist, der zwar nicht müde wird, vor den wahren Blutsaugern zu warnen, der dabei aber vergisst, dass es dazu auch einer durchgängigen literarischen Methode bedarf. Sein flashiger und verschrobener Hirnsturm ist zwar



flüssig geschrieben, bleibt leider jedoch nur ein postmodernes Imitat des großen satirischen Meisters Michail Bulgakov, der in seinem Hauptwerk *Der Meister und Margarita* die große Geißel des 20. Jahrhunderts anprangert, die Vernichtung des Menschen durch die Unmenschlichkeit und das grenzenlose Böse.

Filip Florian, *Kleine Finger*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, 269 S.



„Es gab eine Minute (oder vielleicht waren es mehrere), da stand das Haar der Nation zu Berge und ihr Atem stockte, da wurden die Klagen der Mütter zu ohrenbetäubenden Schreien, da wurden ihre Gesichter weiß wie Muttermilch, und ihre Augen traten so weit hervor, daß sie aus den Höhlen zu springen, auf dem Pflaster zu zerschellen und wie Schwefelsäure alles zu verätzen drohten.“

Was ist Wahrheit? Diese berühmte Pilatus-Frage in einem zunächst vom faschistischen und dann vom kommunistischen Totalitarismus gebeutelten Land zu beantworten, ist eine außerordentliche Herausforderung. Ist jedes entdeckte Massengrab auch automatisch das Werk von Helfershelfern der Diktatur? Auch lateinamerikanische Länder haben damit „reichhaltige“ Erfahrungen im Verlauf des 20. Jahrhunderts gesammelt. Daher lässt Filip Florian in seinem Roman *Kleine Finger* bei den Ermittlungen zur Aufklärung eines solchen Verbrechens die Welt des postkommunistischen Rumänien mit den Erfahrungen aus südamerikanischen Diktaturen aufeinanderprallen. Eindrucksvoll gelingt ihm der Spagat zwischen (vergeblicher) Wahrheitssuche im politischen und gesellschaftlichen Raum und dem Forschen des Protagonisten nach der

individuellen Wahrhaftigkeit.

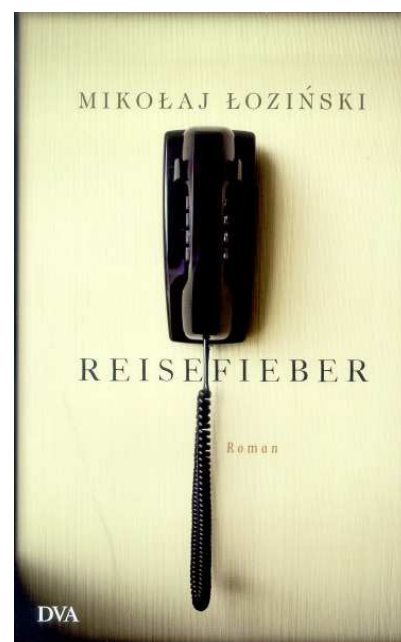
Der Archäologe Petruş arbeitet in einem entlegenen Ort in den rumänischen Karpaten an Ausgrabungen in den Ruinen einer ehemaligen römischen Festungsanlage. Die Entdeckung eines Massengrabes legt die Vermutung nahe, es handle sich um Ermordete des verbrecherischen Ceauşescu-Regimes. Schnell müssen auswärtige Sachverständige hinzugezogen werden, um zur Klärung der Vorfälle beizutragen. Die argentinischen Archäologen bringen ihre eigenen Kenntnisse einer diktatorischen Hinterlassenschaft mit und klären letztendlich den Fall auf. Die Toten sind in Wirklichkeit vor über 200 Jahren bei einer Pestepidemie umgekommen. Die Frage der späten Gerechtigkeit, die den Opfern widerfahren soll, löst eine kleinstädtische Hysterie aus. Petruş glaubt nicht bedingungslos an ein Verbrechen der Securitate. Ihm geht es nicht um geschichtliche Beweispflicht, sondern um die Wahrheit, die in den lebenden Menschen wohnt. So verbringt er viele Stunden bei seiner Tante Paulina, die ihm ihre Lebensgeschichten erzählt, freundet sich der skurrilen Witwe eines britischen Erdölingenieurs an und taucht ein in die Welt des geheimnisvollen Mönchs Onufrie. An seinen Fingern und den Narben lässt sich die Geschichte ablesen. Immer wieder wächst ihm ein Haarschopf in Windeseile nach, stets auf der Suche nach der eigenen Vergangenheit und Wahrheit. „Manches aus seiner Vergangenheit übergang Onufrie mit Schweigen, etwa die Jahre der Kindheit, den Stich mit der Schere in den linken Schenkel des Jesuskindleins, die Flucht

aus dem Bergwerk, die Neufassung eines Evangeliums auf Fichtenrinde...“ Filip Florian betreibt in *Kleine Finger* nicht zeitgeschichtliche Vergangenheitsbewältigung, sondern blättert in Lebenswahrheiten von Menschen, die zwischen Realismus und Fantastischem oszillieren. Seine Figuren haben sich ihre Eigenständigkeit bewahrt und sind nicht untergegangen im brutalen Sumpf der totalitären „Weltveränderer“. Filip Florian legt mit *Kleine Finger* einen gelungenen Debütroman vor.

Mikołaj Łoziński, *Reisefieber*, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2008, 206 S.

„Und da fragtest du, ob all diese Leute, die da draußen, die mit Schirm und die ohne Schirm und die in den Autos, in den Bussen und die neben uns im Café, die an der Bar und die an den Tischen, die mit Zigarette und die ohne, ob sie wüssten, dass sie einmal sterben werden?“

Mikołaj Łoziński, Jahrgang 1980, zählt zu den Newcomern in der polnischen Literaturszene. Mit seinem 2006 veröffentlichten Debütroman *Reisefieber* (auch der polnische Originaltitel lautet *Reisefieber*) gelang es ihm auf Anhieb, sich in der jungen Generation in Polen einen gebührenden Platz zu erobern. Der Roman spielt dabei interessanterweise keineswegs in Polen (Andrzej Stasiuk, in Warschau geboren und in der südpolnischen Dorfprovinz lebend, fände daran möglicherweise kein Gefallen), sondern vereint den modernen Literatur-Jetset – heute in New York, morgen in Paris. Die Hauptfigur ist der junge Schriftsteller Daniel. Er lebt als wenig erfolgreicher Schriftsteller in New York und erfährt von Tod seiner Mutter Astrid, die in Paris lebte und zu der er seit Jahren keinen Kontakt unterhalten hatte. Konfrontiert mit seiner eigenen Vergangenheit in seiner Geburtsstadt Paris, in die er zurückkehrt, entspinnt sich ein subtiles Geflecht aus emotionalen Verstörungen und der Suche nach dem Ich, die er jahrelang unterdrückt hatte. Sein Buchprojekt *Ein Tag aus dem Leben des menschlichen Denkens* kommt nicht voran. Und nun wird er konfrontiert mit der Tod und der Beerdigung seiner Mutter. Wie ein reinigendes Gewitter brechen die Kindheitserinnerungen auf Daniel herein und zwingen ihn dazu, sich zu seiner wahren Herkunft, vor der er geflohen war, zu bekennen. Daniel, der Sohn eines Vergewaltigers, wird zeit seines Lebens nie fertig mit der Tatsache, dass er seine Mutter nie verstanden hatte, alles wirkte als wären „er, die Mutter, das ganze Wohnzimmer plötzlich in tausend Stücke zerfallen“. Ein fest gezimmertes Weltbild zerbröckelt. „Zehn Jahre ... schrumpften für ihn nun zusammen zu einem einzigen, sich bis zum Überdross wiederholenden Tag.“ Aus diesem Überdross und diesen Trümmern versucht er mühselig, sein Ich zu rekonstruieren. *Reisefieber* wirkt so wie eine Drehbuchvorlage für die feinen psychologischen Dramen à la Ingmar Bergmann oder Claude Chabrol. Vom jungen Mikołaj Łoziński darf man in den nächsten Jahren noch Einiges an literarischen Überraschungen erwarten. Hier meldet sich eine unverbrauchte Stimme der mitteleuropäischen Literatur.



Rezensionen

Wolfgang Dahmen, Petra Himstedt-Vaid, Gerhard Ressel (Hg.): Grenzüberschreitungen. Traditionen und Identitäten in Südosteuropa. Festschrift für Gabriella Schubert. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2008, 698 S.



Die Veröffentlichungsliste der Jubilarin *Gabriella Schubert* ist imposant und vielfältig. In der vorliegenden, voluminösen und ausgezeichnet redigierten Festschrift umfasst alleine ihr Schriftenverzeichnis vierzehn Seiten, wobei Monographien, Zeitschriftenartikel und Rezensionen sich zu einem kaum überschaubaren, sehr ausdifferenzierten wissenschaftlichen Oeuvre summieren, in dem neben den Länderschwerpunkten Serbien und Ungarn zahlreiche andere Veröffentlichungen zu finden sind, die über das weite Interessen- und Wissensgebiet der Jubilarin Auskunft geben. *Schubert* hat als Autorin immer wieder den gesamten Balkan im Blick, was sie allerdings nicht daran hindert, akribische Einzelstudien aus Kultur-, Sprach- und Literaturwissenschaft sowie beeindruckende ethnologische und folkloristische Einzelstudien vorzulegen.

Als ebenso imposant erweist sich die international bestückte Tabula Gratulatoria; hier finden sich die Namen von insgesamt 72 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die als ausgewiesene Südosteuropaexperten und Balkanologen gelten können.

Außer den obligatorischen wissenschaftlichen Wirkungsstätten Belgrad, Budapest und Jena und neben der gesamten Südosteuropa behandelnden Corona deutscher Universitätsstädte ist auch Nikosia und Athen, aber auch Rüsselsheim und Ostfildern vertreten. Dies ist sicherlich auf die intensive internationale Kooperation der Jubilarin zurückzuführen, die nicht nur seit Jahren verantwortliche Herausgeberin der „Zeitschrift für Balkanologie“ ist, sondern ebenfalls sowohl der Serbischen als auch der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sowie dem Präsidium und dem Wissenschaftlichen Beirat der Südosteuropa-Gesellschaft angehört. Seit 1995 hat *Gabriella Schubert* den Lehrstuhl für Südslawistik an der FSU Jena inne, wo unter anderem der interdisziplinäre Studiengang „Südosteuropastudien“ aufgebaut wurde und seit 2006 das von der DFG geförderte Graduiertenkolleg „Kulturelle Orientierungen und gesellschaftliche Ordnungsstrukturen in Südosteuropa“ entwickelt wird.

Außer dem Vorwort der Herausgeber und dem einleitenden Essay von *Milovan Božinović*, in dem der Autor über seine intensiven Begegnungen mit Gabriella Schubert berichtet, haben wir es mit insgesamt 54 Beiträgen zu tun, in denen die unterschiedlichsten Themen aus Sicht verschiedener Wissenschaftsdisziplinen und im Hinblick auf zahlreiche Balkanländer und Kulturregionen aufgegriffen werden. Kulturwissenschaft im weitesten Sinne, also Ethnologie, Folkloristik, Sprach- und Literaturwissenschaft, aber auch interkulturelle Bezüge bis hin zu (kultur)historischen und politologischen Fragestellungen werden hier aufgegriffen.

Da der Band über keine Gliederung nach Themen, Ländern oder Wissenschaftsdisziplinen verfügt, sieht man sich zunächst mit einer wahrhaft balkanischen Unübersichtlichkeit konfrontiert und ist genötigt, über eine adäquate Reduktion und Neuordnung des Stoffes nachzudenken. Die so vorgenommene Strukturierung richtet sich also mehr oder minder nach Wissenschaftsdisziplinen aus, ist subjektiv, aber nicht beliebig, und dient in erster Linie dazu, einen kursorischen Überblick über die in diesem Band vertretenen Fakultäten, Wissenschaftler/innen und die von ihnen behandelten Themen zu liefern.

Wenden wir uns also zunächst den im weitesten Sinne literaturwissenschaftlichen Themen zu:

In einer Einzelstudie beschäftigt sich *Zlata Bojović* mit der Herkunft der Figuren in den Komödien von *Marin Držić*, wobei die Funktion der Figur des Fremden im Mittelpunkt ihrer Analyse steht. Das Tagebuch *Aleksandar Tišmas* untersucht aus imagologischer Sicht *Vesna Cividilko*: sie konzentriert sich vor allem auf das Bild der Deutschen und arbeitet die prägenden Inhalte seines Deutschlandbildes (Kulturvolk versus Holocaust) heraus. Den intertextuellen Bezügen zwischen *Ivan V. Lalić* und *Rainer Maria Rilke* geht *Jovan Delić* nach und kommt anhand zahlreicher Textnachweise zum Ergebnis, dass das Gesamtwerk des serbischen Lyrikers von vielfachen intertextuellen Bezügen zu den Werken Rilkes durchwoben ist. Einer allgemeineren Fragestellung ist der Aufsatz von *Konstantinos A. Dimadis* gewidmet. Der Autor untersucht die Einflüsse von Sozialismus und Nationalismus auf die griechische Prosa der Jahre 1922 bis 1935. Ein auch für das übrige Europa der Zwischenkriegszeit wichtiger Aufsatz, in dem die geistige Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Faschismus rekonstruiert wird, die bekanntlich nicht nur in Griechenland eine Absorption sozialistischer Vorstellungen durch den Nationalismus zur Folge hatte. Dem Verhältnis von *Miloš Crnjavski* zum deutschen expressionistischen Messianismus ist die Studie von *Olga Ellermeyer Životić* gewidmet. Dabei rekonstruiert die Autorin unter anderem die literarischen Bezüge *Crnjavskis* zu *Gottfried Benn* und *Franz Werfel*, insbesondere aber zum Werk *Georg Trakls*.

Mit weiteren literaturwissenschaftlichen Fragestellungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, beschäftigen sich die Beiträge von *Marina Jordanowa-Etteldorf* (*Petko R. Slavenkovs* Poem „Die Quelle der Weißfüßigen“), *Mathias Kappler* (Ionische und festlandgriechische Dichter des 18. und 19. Jahrhunderts zwischen europäischer und osmanischer Peripherie), *Vesna Matović*, (Die Figur des *Hadži Loja* und ihr literarisches und ideologisches Potential), *Nada Milošević-Đorđević* (Emotion als individuelles und kulturelles Erbe in der serbischen Volksballade), *Eugen Munteanu* (Vereinheitlichung der alten rumänischen Schriftsprache) sowie *Emilia Staitcheva* (Südslawische Rezeption der „Emilia Galotti“ von Lessing).

Zur Gruppe literaturwissenschaftlicher Beiträge zählt sicherlich auch der sehr lesenswerte Artikel von *Gerhard Ressel* über Dalmatien als Zentrum und Peripherie literarisch-philosophischer Kultur, in dem die dalmatinischen Bezüge im literarischen Schaffen von *Josef Friedrich Perkonig*, *Friedrich Georg Jünger* sowie *Rudolf Pannwitz* herausgearbeitet werden. Und schließlich der nicht minder interessante Beitrag von *Olga Stojanović-Fréchette* über Erinnerung und Gedächtnis in ausgewählten Exilromanen von *Miloš Crnjavski*, *Dubravka Ugresić* und *David Albahari*, worin die Autorin

die unterschiedlichen Strategien dieser Schriftsteller im Umgang mit Vergangenheit und Gegenwart rekonstruiert und die entsprechenden Optionen überzeugend vorstellt.

Spezialisierte sprachwissenschaftliche Einzelstudien stellen die Aufsätze von *Luminița Fassel* (Begriffsbestimmungen des Vulgärlatein), *Sabine Kirfel* (Lehnprägungen als Ergebnis deutsch-serbischen Sprachkontakts), *Anna Kretschmer* (Slavenoserbisch im Rahmen des serbischen Kulturparadigmas), *Miloš Okuka* (Mundarten der Vojvodina), *Svetlana Ressel* (Kompositionen und Semikompositionen in volkstümlichen Sprichwörtern und Ausdrücken), *Corinna Leschler* (Die Rudari in Serbien) sowie *Henry Ludwig* (Mediale Kommunikation als Vernichter oraler Tradierung) dar. Einen allgemeineren, auch für den Nichtexperten zugänglichen Zuschnitt haben hingegen die Texte von *Jürgen Kristophson* über „Naive Sprachbetrachtung in Südosteuropa“ und *Jochen Raecke* (Das Lebensgefühl der Sprecher kleiner(er) slawischer Sprachen). Besonders lesenswert erscheint mir in diesem Kontext der den Band abschließende Beitrag von *Christian Voss*, in dem ein linguistischer Hierarchisierungsversuch des europäischen Ostens unternommen wird. Zugeordnet werden hier die Sprachminderheiten im damaligen Habsburger, Preußischen und Osmanischen Reich.

Neben einigen Artikeln, die sich mit ethnologischen und folkloristischen Einzelfragen beschäftigen und die an dieser Stelle nicht einzeln erwähnt werden sollen, sei noch auf etliche Aufsätze hingewiesen, die einen zeithistorischen, politologischen, zum Teil sehr aktuellen Zuschnitt haben. So beschäftigt sich *Christoph Giesel* mit den Formen albanischen Wahlkampfes in Mazedonien (2006), während sich *Pandeli Pani* mit albanischen Identitätsdiskursen im Kontext eines präsumptiven EU- und NATO-Beitritts auseinandersetzt. *Anton Sterbling* greift hingegen das allgemeinere Querschnittsthema der Dynamik der Traditionalität in südosteuropäischen Gesellschaften auf. Der serbischen Problematik sind drei lesenswerte Beiträge gewidmet. Die Rolle der Frau in serbischen Medien analysiert der Aufsatz von *Ksenija Petrović* und *Aleksandra Salamurović*, die Frage von Staatsbildung und serbischer Identität behandelt *Roland Schönfeld* und schließlich fragt *Holm Sundhausen* danach, ob die Befreiung des Kosovo tatsächlich das Ende eine „unendlichen“ Geschichte bedeute. Am Ende dieses kursorischen Überblicks sei noch auf den differenzierten Beitrag *Joachim von Puttkammers* über sprachliche Assimilation und nationale Mobilisierung in Ungarn um 1900 hingewiesen.

Nach ausgiebiger Lektüre dieses in der Tat grenzüberschreitenden Sammelbandes, der ein weit aufgefächertes Panoptikum Südosteuropas bietet, kommt man zum Ergebnis, dass es sich hierbei um einen ersten komplexen Zugang zu einem faszinierenden multiethnischen Kulturraum handelt, den man im übrigen Europa in der Vergangenheit recht stiefmütterlich und vorurteilsbelastet behandelt hat. Im Interesse der hier vorgestellten Staaten, Völker, Regionen, Ethnien und Kulturen sowie einer auf Friedenssicherung und Wahrung der Menschenrechte orientierten Integration Gesamteuropas sowie angesichts der allfälligen Beitrittsanstrengungen mehrerer Balkanstaaten scheint eine fundierte wissenschaftliche, die Mühen der Ebene nicht scheuende Auseinandersetzung mit Südosteuropa deshalb mehr als geboten. Die vorliegende Festschrift stellt in diesem Kontext sicherlich einen verdienstvollen und bleibenden Beitrag dar.

ZW

Gabriella Schubert (Hg.): Serbien in Europa. Leitbilder der Moderne in der Diskussion. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2008, 162 S.

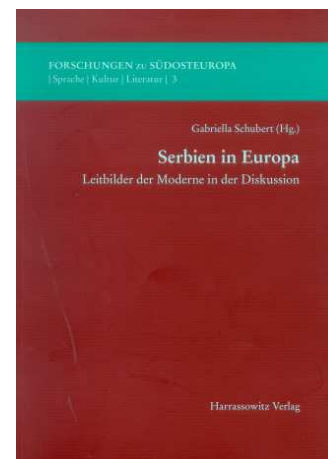
Der vorliegende Sammelband der - neben dem Vorwort von *Gabriella Schubert* - dreizehn sehr unterschiedliche Einzelbeiträge enthält, lässt für die zwei fundamentalen Perspektiven – die westliche sowie die serbische - genügend Raum, um sich nach Lektüre dieses gut redigierten Buches ein differenziertes Urteil zu dieser komplexen Thematik bilden zu können. Die beiden Perspektiven entsprechen im übrigen auch dem inneren Zustand der serbischen Gesellschaft, die in einen prowestlichen und einen auf Russland orientierten Flügel gespalten ist.

In der Tat hat Serbien und haben die Serben in den letzten beiden Jahren mit der Kündigung der montenegrinisch-serbischen Staatsunion im Sommer 2006 und der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 - im Nachgang zu dem kaum verarbeiteten blutigen Zerfall Jugoslawiens zwei weitere traumatische Niederlagen hinnehmen müssen, von denen man sich nur langsam und unter Schmerzen erholt. Insofern scheint die Frage nach der Zugehörigkeit Serbiens zu Europa und perspektivisch betrachtet zur EU mehr als berechtigt, zumal eine länger währende Ächtung und Exklusion des Landes weder in gesamteuropäischem noch in serbischem Interesse liegen kann.

Andererseits ist ein Beitritt des Landes zur EU an die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien gebunden. Gerade unter dieser Prämisse kann die Lektüre dieses Sammelbandes, dessen Texte die Voraussetzungen für allfällige notwendige Perspektivwechsel auf beiden Seiten liefern, gewinnbringend und spannend sein.

Setzt man sich mit der wechselvollen Geschichte und dem sehr spezifischen europäischen Erbe Serbiens auseinander, so ist es legitim, zunächst auf die andersartige Entwicklung im Westen und die westeuropäischen Wertekodizes einzugehen. Dies tut *Klaus Dicke* in seinem einleitenden Beitrag, wobei er in besonderem Maße auf Größen wie Aufklärung, Modernität, Westlichkeit sowie Universalität abhebt. Eine weitere zentrale Kategorie stellt für *Dicke* die von *Max Weber* exponierte Autonomie des Subjekts dar. Dies sind grosso modo die im Westen Europas entstandenen und fortentwickelten Kategorien, mit denen die tradierten Leitlinien und Wertekodizes der Serben zu vergleichen sind. Diese werden in den sich anschließenden Beiträgen entwickelt.

So beschäftigt sich *Zoran Konstantinović* mit prägenden Persönlichkeiten des serbischen Denkens in Geschichte und Gegenwart. Sein Beitrag reicht dabei vom heiligen *Sava* über Patriarch *Arsenije Čarnojević* und den Aufklärer *Dositej Obradović* bis hin zu dem großen Sprachreformer *Vuk Karadžić* und dem Autor des berühmten „Načertanije“ *Ilija Garašarin*. Beleuchtet wird die Rolle des nach dem Ersten Weltkrieg sehr einflussreichen Politikers *Nikola Pašić* sowie die zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgende Hinwendung der serbischen Intellektuellen zu Frankreich. Charakterisiert wird das Denken des konservativ-orthodoxen Bischofs *Nikolaj Velimisović* sowie eines seiner Antagonisten, des Ministerpräsidenten der jugoslawischen Exilregierung in London, *Slobodan Jovanović*, der ein ausgesprochener Westler war. Nicht unerwähnt



bleibt der einst überzeugte Parteigänger *Titos* und später prominente Dissident *Milovan Dilas* sowie der serbische Zweig der Praxis-Gruppe mit ihrer Kritik an den Mängeln des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems. Bedauern äußert der Autor über die Absetzung des ersten Präsidenten Restjugoslawiens, *Dobrica Ćosić*, der den Intrigen *Miloševićs* zum Opfer fiel. Das Hauptproblem der Serben und Serbiens erblickt *Konstantinović* darin, dass man gegenwärtig über keine prägenden Persönlichkeiten verfüge. (S. 22)

In seiner Überblicksdarstellung hebt *Hans-Dieter Döpmann* hervor, dass sich die Serbisch-Orthodoxe Kirche (SOK) auch heute noch als Volkskirche verstehe. Sie wehre sich entschieden gegen den Vorwurf des Nationalismus und lehne es ab, politisch manipuliert zu werden. Im Jugoslawien-Krieg habe man seitens des Bischofskonferenz wiederholt ein Ende der Gewalttaten gefordert sowie die ethnischen Säuberungen und die Zerstörung christlicher und muslimischer Gotteshäuser scharf verurteilt. (S. 30)

Mit den tradierten mentalen Konzepten auf dem Balkan und deren prägender Kraft beschäftigt sich *Gabriella Schubert*. Typisch seien bis heute Verhaltensweisen, die auf das patriarchalisch geprägte Milieu des osmanisch beherrschten Balkans zurückzuführen seien: in erster Linie Kollektivität und Gruppensolidarität sowie die Orientierung auf Männer. Europäische Vorbilder und Symbole seien nur oberflächlich übernommen worden, denn auch heute noch dominiere eine sehr reservierte Haltung gegenüber der Moderne, sei der Hang zu Klientelismus und Populismus ungebrochen. Anschaulich wird der Führerkult innerhalb der serbischen Gesellschaft mit Hilfe zweier offensichtlich weiterhin populärer epischer Textfragmente wieder gegeben, in denen die Taten der beiden Helden *Tito* (S. 37) und *Slobodan* (S. 40) besungen werden. Diese und ähnliche Formen der Vergangenheitsorientierung behindern den Übergang von kollektivem zu individuellem Verantwortungsbewusstsein – so das zutreffende und ernüchternde Resümee von *Schubert*.

Aleksandar Loma erörtert das Verhältnis der Serben zu Europa. Dabei greift der Autor einige archetypische Mythen der Serben auf, die auch heute noch weiter wirken. Neben dem Mythos des Bruderzwistes ist es vor allem der Kosovo-Mythos, der das Stereotyp der Serben als „himmlischem Volk“ gefestigt habe. Der Missbrauch dieses stereotypen Denkens beeinträchtigt die rationale Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und lasse keine Weiterentwicklung des nationalen Bewusstseins zu. (S. 51)

Mit der Rolle serbischer Eliten im 19. Jahrhundert setzt sich der Beitrag von *Miloš Ković* „From Vienna to Paris: Serbian Elite between Central and Western Europe (1878-1914)“ auseinander. Die ausgeprägte Orientierung auf Frankreich und England und die Internalisierung entsprechender politischer Ideen und Programme bedeutete eine Kampfansage gegen das Habsburgerreich. Dabei wurde eine Verwestlichung der Serben und Serbiens propagiert, um im Konfliktfall die strategische Unterstützung der West- gegen die Mittelmächte zu erhalten. (S. 59)

Ebenfalls den serbischen Eliten im 19. Jahrhundert und ihrer Stellung zwischen Tradition und Modernisierung ist der Aufsatz von *Milan Kosanović* gewidmet. Beschrieben wird die Spaltung in einen traditionellen russlandfreundlichen und einen modernistischen habsburgfreundlichen Flügel anlässlich des Ausbruchs des serbischen Aufstands gegen die osmanischen Janitscharen im Jahre 1804. Intensiv setzt sich der

Autor auch mit der Rezeption und Instrumentalisierung des „Načertanije“ *Garašanins* und der außergewöhnlichen Rolle der Radikalen Partei in Serbien auseinander. (S. 72)

Einen besonders instruktiven und anschaulichen Beitrag liefert *Milan Ristović* mit seiner Untersuchung serbischer Themen in den deutschen satirischen Zeitschriften *Kladderadatsch*, *Simplicissimus* und *Ulk* 1903-1918. Im Anhang dieses Textes finden sich zahlreiche zeitgenössische Karikaturen, die das überwiegend negativ besetzte Image der Serben und Serbiens eindrucksvoll widerspiegeln. Auffällig sind die Parallelen zu den auch heute noch relevanten und gern bemühten Feindbildern und Vorurteilen.

In seinem Beitrag „Das Europäische und das Antieuropäische in Europa“ zeigt *Dragan Stojanović* auf, dass es auch im Europa des 20. Jahrhunderts ausgesprochen antieuropäische Strömungen und Bewegungen gab. Deshalb erweist sich der Autor gegenüber denjenigen westeuropäischen Positionen, in denen die Marginalisierung und der Ausschluss Serbiens quasi befürwortet wird, besonders kritisch. Von der EU fordert er in erster Linie weniger Arroganz und mehr Geduld gegenüber Serbien, denn eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche werde keinesfalls zum Ziel führen. (S. 115)

Die vier letzten Beiträge sind der Rolle und besonderen Stellung der SOK gewidmet. *Vasilos N. Makrides* geht auf die einzigartige historische Entwicklung der serbischen Orthodoxie ein und erläutert die Ursachen für ihre Distanz gegenüber dem Westen.

Thomas Bremer verweist in seinem Beitrag „Neue Diskurse in der SOK“ auf diejenigen Kräfte in der serbischen Orthodoxie, die sich entschieden gegen Gewalt und die Politik der serbischen Führung aussprachen und gegenwärtig ganz offensichtlich bereit sind, sich überfälligen Modernisierungsprozessen zu öffnen.

Die gesellschaftliche Funktion der SOK in der Gegenwart steht im Mittelpunkt des Artikels von *Ksenija Petrović*. So habe die SOK in den 1980er und 1990er Jahren in der serbischen Gesellschaft immer mehr an Bedeutung gewonnen, obschon sie während des Krieges auch immer wieder heftig kritisiert wurde. Die Autorin stellt abschließend die Frage, ob der Bedeutungszuwachs der SOK auch nach der wirtschaftlichen Konsolidierung des Landes anhalten werde.

Dragan Simeunović ist der Auffassung, dass sich die Religion in Serbien als verbindende Kraft in Richtung eines gemeinsamen, integrierten Europas entwickeln könne. Die SOK könne hinsichtlich der Verständigung und Aussöhnung auf dem Balkan eine wichtige Mittlerrolle spielen. Allerdings habe dies zur Voraussetzung, dass sie sich grundsätzlich reformiert.

Das Urteil über diesen sorgfältig redigierten und in seinen Urteilen abgewogenen Band fällt nicht schwer. Es handelt sich hier um eine exzellente Einführung in die schwierige und weiterhin kontrovers diskutierte Thematik Serbien und EU und ist jedem am Balkan und der Zukunft der EU interessierten Leser aufs Wärmste zu empfehlen.

ZW

Maria Ossowska: Das ritterliche Ethos und seine Spielarten. Suhrkamp Verlag. Frankfurt a.M. 2007, 211 S.

Maria Ossowska Das ritterliche Ethos und seine Spielarten

DENKEN UND WISSEN
EINE POLNISCHE BIBLIOTHEK
SUHRKAMP

Die bekannte polnische Soziologin *Maria Ossowska* (1898-1974), die sich mit ihren Untersuchungen zur Soziologie und Psychologie der Moral einen Namen machte, veröffentlichte ihre Studie zum ritterlichen Ethos bereits 1973. Die vorliegende deutsche, von *Friedrich Griese* übersetzte Version fußt auf der polnischen Ausgabe von 2000. Das Buch gliedert sich in acht kompakte, gut lesbare Kapitel. Ossowska setzt sich zunächst mit den Begriffen Vorbild und Nachahmung auseinander, die sie vom *Weberschen* „Idealtyp“ und der Vollkommenheitsdefinition von *Tadeusz Kotarbiński*, bei dem der Begriff des Musters eine zentrale Rolle spielt, abgrenzt. Operationalisiert wird das „persönliche Muster“ im *Schellerschen* Sinne, das als reale oder fiktive Gestalt Gruppen oder Individuen zur Nachahmung anregen kann.

Beim Begriff der Nachahmung behandelt *Ossowska* spontane, unbewusste, aber auch bewusste, wertneutrale und wertgebundene Formen der Imitation, und hebt hervor, dass die gesellschaftliche Rolle der Nachahmung sowohl individuell als auch sozial enorm sei, wobei sie nicht nur fortschrittliche, sondern auch konservative Faktoren beinhalten könne.

Nach intensiver Diskussion kommt die Autorin zum Zwischenergebnis, dass sie sich bei ihren weiteren Erörterungen immer auf den Begriff des persönlichen Musters beziehen werde. Das ritterliche Ethos im antiken Griechenland analysiert Ossowska zunächst am Beispiel der *Homerschen Epen* (*Ilias*), wobei sie das persönliche Muster des Ritters und seiner Lebensgefährtin in den Mittelpunkt stellt. An erster Stelle steht hier die (edle) Herkunft, die an Schönheit, Stärke und physische Fertigkeiten gekoppelt ist. Aber auch rhetorische Fähigkeiten und gute Manieren sind gefordert, und nicht zuletzt Mut, der in einer durch Hackordnung und Wettbewerb geprägten Welt unerlässlich ist. Der antike Krieger hat seine Ehre zu verteidigen, ist freigiebig und befließt sich einer Gastfreundschaft, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht. Krieg und Duell sind selbstverständliche Bestandteile des ritterlichen Kosmos, wobei Pflichterfüllung und Treue zum Herrscher im Zentrum stehen. Dazu gehört aber auch das Verschonen eines Gegners, der sich ergeben hat. In Friedenszeiten gebührt dem Ritter Müßiggang, er verfügt über eine zahlreiche Dienerschaft und führt ein abenteuerliches Liebesleben; im Unterschied zu seiner Gattin ist er nicht zur Treue verpflichtet. Der „Hochgesinnte“, der das richtige Maß zwischen übertriebener Bescheidenheit und Selbstüberschätzung kennt, zeichnet sich durch Ehrgefühl, Wohltätigkeit und Gelassenheit aus; er weiß die Muße zu würdigen und geht keiner Lohnarbeit nach. Ein anderes Muster der ritterlichen Welt wird allerdings bei *Hesiod* und *Äsop* entwickelt, die eher bürgerliche denn aristokratische Maßregeln aufstellen. (S. 56)

Im Kapitel über den spartanischen Krieger, der Eigentum verachten und sich nicht um Schönheit, Luxus und Ästhetik kümmern soll, und dessen Sorge in erster Linie auf körperliche Tüchtigkeit ausgerichtet ist, rekonstruiert die Autorin eine düstere Welt, in der die Bürger von Kindheit an mittels Strafen und Belohnung konditioniert werden. Nach *Popper* zeichnet sich diese Gesellschaft bekanntlich durch Partikularismus, die Betonung des Unterschieds zwischen „uns“ und „ihnen“, isolationistische Tendenzen sowie die Neigung zur Dominanz über andere aus; egalitäre, demokratische und individualistische Ideologien sind ihr hingegen fremd.

Während das Bild Spartas bereits bei den Zeitgenossen selten objektiv gezeichnet wurde, es gab sowohl enthusiastische Bewunderer als auch entschiedene Gegner, hat – so die Einschätzung *Ossowskas* - das Trugbild Spartas nach den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts seinen Zauber verloren. (S. 78)

Die Germanen, die im Mittelpunkt des sich anschließenden Kapitels stehen, sind der Schilderung des Tacitus zufolge besonders sittenstreng und körperlich tüchtig. Sie leben in einer Atmosphäre des ständigen (kriegerischen) Wettbewerbs und besitzen kein Privateigentum; eine ausgeprägte Gastfreundschaft ist bei ihnen besonders hoch angesiedelt. Die Bewahrung der Ehre und das Führerprinzip sind feste Bestandteile der germanischen Welt. Dieses Bild grenzt *Ossowska* von der in der polnischen Germanen-Rezeption häufig gezogenen, ahistorischen Analogie zum Germanenkult der Nationalsozialisten deutlich ab, indem sie unterstreicht, dass die historischen Germanen bereit waren, das Christentum zu übernehmen, das bekanntlich Demut, Ergebenheit, Barmherzigkeit und Askese predigte. (S. 85)

Das Bild des Ritters im Mittelalter rekonstruiert die Autorin mit Hilfe der französischen höfischen Romane („romans courtois“) und der sog „chansons de gestes“. Versatzstücke des Rittertums sind hier ähnlich wie in der Antike ebenfalls ein eindrucksvoller Stammbaum, Anmut und Körperkraft. Der treue und tapfere Ritter ist unablässig damit beschäftigt, seinen Ruhm zu mehren. Er ist freigiebig und großzügig und seinem Herrn treu. Er ist ständig auf Reisen und kämpft für die Dame seines Herzens. Die Liebe lebt er allerdings voll aus, gewöhnlich mit der Frau eines anderen. Außereheliche Liebe braucht er sich nicht zu versagen, denn der Ehebruch wird zwar offiziell verurteilt, doch die Sympathien gehören stets den Liebenden. (S. 105)

Aus der Kulturtheorie *Margaret Meads* (kooperierend, konkurrierend, individualistisch) leitet *Ossowska* resümierend ab, dass man die ritterliche Kultur des Mittelalters als individualistisch bezeichnen kann, wobei die eigenen Prestigefragen des Ritters allerdings stärker zu Buche schlagen als das Gesamtinteresse. Ungeachtet dessen hat dieses Ethos, das sich nicht selten als selbstmörderisch erwies, (als Mythos) ganze Jahrhunderte überdauert, besonders im Heimatland der Autorin. (S. 121)

Der Ritter verwandelt sich in den an europäischen Adelshöfen agierenden Höfling, der in der Regel nicht adlig ist, keinen Zweikampf sucht, sich einer elementaren humanistischen Bildung erfreut und in erster Linie und ständig mit seiner eigenen Vervollkommnung beschäftigt ist (*Castiglione*). Der Höfling wird an den Höfen wegen seines Beitrags zur Kultur des Vergnügens und der Tafelfreuden geschätzt. Dafür steht das Bild des die Professionalität meidenden „Mannes von Welt“ (homme du monde). Professionalität ist bei Hofe nicht gerne gesehen und der Wettbewerb des Höflings beschränkt sich auf „verbale Turniere“, wobei keinesfalls moralisiert werden darf (de Méré). Der Diplomat oder Botschafter, der aus dem Höfling hervorgeht, muss vor allem zuhören können und diskret sein. Massiv kritisiert wird das höfische Muster allerdings bereits bei den Zeitgenossen wegen der in ihm angelegten Schmeichelei und Unterwürfigkeit, besonders *La Bruyère* geißelt die Kriecherei und Sklaverei bei Hofe. (S. 146-147)

Anschließend beschäftigt sich *Ossowska* mit dem vermutlich aus dem Jahre 1400 stammenden Begriff und Bild des Gentleman und seinen Wandlungen. Abgehoben wird auf die Unterscheidung des Gentleman von Geburt und des Gentleman durch Erziehung oder Bildung

(*Daniel Defoe*), wobei sich allmählich die Auslegung durchsetzt, dass sich der Adelsstand (nobility) dem Edelmut und nicht dem Alter des Geschlechts verdankt. Der Gentleman unterhält eine Schar von Dienern, geht keinem Broterwerb nach und bekleidet ein uneigennütziges Führungsamt in der Gesellschaft.

Durch den Puritanismus und die allmähliche Demokratisierung der Gesellschaft musste er allerdings, um als Gentleman gelten und sich vom aufstrebenden Bürgertum abgrenzen zu können, alte Sprachen erlernen. Durch die in Adelskreisen einst verschmähte Bildung und die Erziehung an Eliteschulen (Eaton, Harrow) schafft man ein Netz gegenseitiger Unterstützung und grenzt sich vom Bürgertum ab. Man verfügt weiterhin über viel Freizeit und meidet alle Professionalität; über Geld spricht man nicht, man hat es. Im 18. Jahrhundert setzt allerdings der Wandel zum viktorianischen Gentleman ein: durch die von *Königin Victoria* eingeleitete Kulturrevolution obsiegen die Ideale von Pflicht, Fleiß und Moral. Recht ausführlich lässt *Ossowska* auch die fundamentale und beißende Kritik *Bertrand Russels* an der dekadenten Lebensweise der englischen Aristokratie eindrucksvoll zu Wort kommen, wobei sie allerdings auf dessen positive Haltung gegenüber der Person und dem Werk *Joseph Conrads* hinweist. (S. 181-185)

Schließlich das letzte Kapitel, in dem es um das ritterliche Ethos in der Neuen Welt geht und in dem die Autorin zunächst die gravierenden Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden der USA beleuchtet. *Emerson* zeichnet das Bild eines Gentleman, der stets unabhängig und niemals unterwürfig ist, weder gegenüber Menschen, Meinungen noch Geld. Der amerikanische Gentleman des Südens ist frei von wirtschaftlichen Sorgen, denn das Geld folgt der Tugend; auch zeichnet er sich durch persönliche und bürgerliche Kultur aus. Am Beispiel des Romans „Vom Winde verweht“ (1936) und seiner Protagonisten zeichnet *Ossowska* das Idealbild des gescheiterten, aber seine Haltung bewahrenden Gentleman (*Ashley*) nach, sie analysiert aber auch das Werk *William Faulkners*, in denen entsprechende Gegenbilder entworfen werden. Beschrieben werden auch die Wesenszüge des amerikanischen Westerns, der sich mit seinem obligatorischen Happy End fundamental von den Rittergeschichten der Antike und des Mittelalters unterscheidet. Insofern existieren in der neuen Welt neben dem weiterhin gut funktionierenden Muster des Gentleman auch noch andere Muster, die den vielen amerikanischen Subkulturen geschuldet sind.

Die Spielarten des ritterlichen Ethos sind in diesem Buch in Form einer gelehrigen Abhandlung essayistischen Zuschnitts in beeindruckender Weise nachvollzogen worden. In den „Abschließenden Bemerkungen“ resümiert *Ossowska* die einzelnen Abschnitte ihrer Analyse und stellt das Gedicht eines der letzten polnischen Ritter, des Brigadegenerals *Boleslaw Dlugoszowski*, der für seinen Humor und Ideenreichtum bekannt war, allerdings 1942 tragisch durch Selbstmord endete, ans Ende ihrer Erörterungen. Dieses naive, quasi gottesfürchtige Credo des geistigen Getränken zusprechenden „intellektuellen Mordskerls“ und ritterlichen Weiberhelden *Wieniawa-Dlugoszowski* spiegelt die paradoxe Widersprüchlichkeit des hier mit viel Einfühlungsvermögen rekonstruierten Musters eindrucksvoll wider und stellt eine ideologiekritischen Akzent im Hinblick auf die Rekonstruktion der eigenen großen Erzählung dar.

ZW

Adam Zagajewski: Verteidigung der Leidenschaft. Carl Hanser Verlag. München 2008, 203 S.

Der vorliegende Essayband des bekannten polnischen Essayisten und Lyrikers Adam Zagajewski ist 2002 in polnischer Sprache erschienen und wurde nunmehr bei Hanser in deutscher Übersetzung veröffentlicht.

Zagajewski beschäftigt sich in diesem sorgfältig edierten Bändchen anhand einiger programmatischer Essays mit grundlegenden Fragestellungen hinsichtlich des Sinns und der Bedeutung von Dichtung, widmet sich etlichen Denkern und Schriftstellern, die ihn nachhaltig beeindruckten (*Friedrich Nietzsche, Józef Czapski, Zbigniew Herbert, Czesław Miłosz, Emile Cioran*) und geht dann auf einige Orte ein, die für sein Leben und Werk von besonderer Bedeutung sind: Lemberg, Krakau und Paris.

Wenden wir uns zunächst den programmatischen Essays zu. Im ersten Text unter dem Titel „Verteidigung der Leidenschaft“ setzt sich Zagajewski mit dem Platonschen Begriff des Metaxu (als Dazwischensein zwischen dem Diesseits und der Transzendenz) auseinander, debattiert die Funktion der Ironie in der Dichtung als Aufhebung der Ungewissheit, grenzt den Sinn für Humor von der Leidenschaftlichkeit ab und kommt am Beispiel der Dichtung *Miłoszs* (Verschmelzung der Wahrheit des Gemeinschaftslebens mit der höheren Wahrheit der Begeisterung) zum Ergebnis, dass echte Leidenschaft auch verbinden kann und nicht trennen muss. Dieser entschiedenen Parteinahme für die Leidenschaft in der Dichtung folgen die „Anmerkungen zum hohen Stil“, in denen der Autor den Niedergang des hohen/erhabenen Stils analysiert, die Entwertung der Poesie, die eben bloß Poesie sei, beschreibt, auf die Forderung nach der radikaler Schlichtheit in der Dichtung (*Tadeusz Różewicz*) und die Liebe zum Alltäglichen (*Tsvetan Todorov*) eingeht, um dann zu bedenken zu geben, dass das Erhabene in der Poesie trotz aller Kritik nicht in Frage gestellt werden dürfe, da man von der Dichtung nicht nur skeptische Einkehr und Reflexion erwarte, sondern auch Vision, Feuer und Flamme.

In „Gegen die Poesie“ geht der Autor zunächst auf die Kritiker der Poesie ein, die gewöhnlich hervorheben, dass die Dichtung nicht nach der Wahrheit über die Menschen suche, sondern sich mit dem Sammeln schöner Dinge beschäftige. Hingegen – so Zagajewski – seien die meisten Gedichte melancholisch und skeptisch, würden durch Inspiration freigesetzt und enthoben die Menschen der Alltäglichkeit. In der Dichtung vollziehe sich der ewige Konflikt zwischen dem Schönen und dem Wahren, zwischen nüchterner Analyse und religiöser Verzückung. Im Grunde sei Poesie – in Abwandlung einer Sentenz von *Simone Weil* über das Leben – eigentlich unmöglich. (S. 135)

Im Essay „*Nietzsche in Krakau*“ schildert Zagajewski die Umstände seiner ersten konspirativen und erregenden Lektüren des Frühwerks des in der Volksrepublik Polen als Vorläufer des Faschismus geschmähten und tabuisierten Denkers und unterscheidet zwischen dem luziden, aufrührerisch-anarchistischen Frühwerk und dem düsteren, sektiererisch-kategorischen Spätwerk des Meisters. Schließlich hebt er auf die immense Bedeutung des Gesamtwerks dieses Begeisterten auf die Literatur- und Kulturszene



Europas ab, und wirft die Frage auf, wie sich die europäische Kultur wohl ohne Nietzsche entwickelt hätte.

Ein sehr persönlicher Essay ist dem bekannten Maler und Essayisten *Józef Czapski* gewidmet, der aus einem sehr begüterten polnischen Adelsgeschlecht stammte, als polnischer Soldat im Zweiten Weltkrieg die sowjetische Kriegsgefangenschaft überlebte, sich der Anders-Armee anschloss und den Rest seines Lebens im Pariser Exil verbrachte. *Czapski*, der in Paris in bescheidenen Verhältnissen lebte, ist für *Zagajewski* das einzigartige Exemplar eines weltoffenen, neugierigen und kritischen, dabei aber geradezu naiv ehrlichen, bescheidenen Intellektuellen, der – obschon ungemein gebildet und polyglott – im Unterschied zu der von ihm verehrten und „allwissenden“ *Simone Weil* von sich selbst behauptete, unwissend zu sein. Dieses außergewöhnliche Auftreten *Czapskis* wertet *Zagajewski* nicht als einstudierten Habitus eines jung und wach gebliebenen 90jährigen Künstlers, sondern als aufrechte Haltung eines absolut unabhängigen Intellektuellen und Kosmopoliten, dem es fern lag, einzuordnen und sich einordnen zu lassen.

In „Beginn des Erinnerns“ geht es um die Person und das Werk des bedeutenden polnischen Lyrikers und Essayisten *Zbigniew Herbert*. Der aus seiner Heimatstadt Lemberg vertriebene und zunächst in Gleiwitz lebende Herbert habe nach dem Zweiten Weltkrieg zur Gattung der „Lemberger Entrechteten“ gehört. Allerdings habe er sich nicht allzu lang in der Lemberger Kolonie Gleiwitz aufgehalten, sondern sei zu einem fahrenden Gesell geworden, der seine Aufenthaltsorte in Polen recht häufig wechselte (Thorn, Danzig, Warschau, Krakau), nach 1956 aber auch Westeuropa (Paris, Italien, Berlin) und die USA (Los Angeles) kennen lernte. Seine eigentliche Heimat war – so *Zagajewski* - das magische Erbe der großen europäischen Kunstepochen, da er dazu neigte, sich in Bildern und alten Bauwerken „anzusiedeln“. *Herbert* lebte abwechselnd im Westen und in Polen, wobei ihn die westlichen Intellektuellen irritierten, da sie für die Tragödie Mitteleuropas kein Verständnis aufbringen konnten. Andererseits bedrückten ihn die Verhältnisse in seiner unterdrückten und nicht souveränen Heimat. *Zagajewski* charakterisiert *Herberts* Dichtung als empathisch, als zärtlich im Umgang mit der Welt. Diese Zartheit bedeute aber nicht Schwäche und Kapitulation, vielmehr Poesie oder „Einführung in die Poesie“. (S. 111) In dem Essay „Ferienende“, in dem es am Beispiel eines Italienaufenthalts um das Reisen und die Muße geht, befasst sich *Zagajewski* aus Anlass des Todes von *Zbigniew Herbert* noch einmal intensiv mit dessen Werk.

In „Vernunft und Rosen“, einem kurzen Text, der der Lyrik *Czesław Miłosz*s gewidmet ist, stellt *Zagajewski* fest, dass es sich bei *Miłosz* um einen Dichter handelt, der sich literarisch mit allem befasse, nicht vor der Welt flüchten möchte, sondern eine „gewaltige Osmose“ anstrebe. Ziel seiner Poesie sei das Verstehen des Unverständlichen, *Miłosz* vereinige große Intelligenz und hohe Ekstase in sich, er sei ein „ekstatischer Pessimist“. Sein zukunftssträchtiges Denkmodell verbinde metaphysische Inbrunst mit dem Sinn für das Unrecht.

Der umfangreiche Essay „Französische Grammatik“ ist dem Werk *Emile Ciorans* – und hier besonders den 1997 erschienenen *Cahiers* - gewidmet. *Cioran* verkörpere die Haltung der intelligenten Indolenz, sei aufgrund seines Jugendwahns und seiner

Parteinahme für den rumänischen Faschismus (Eiserne Garde) geläutert und gegen jede Form des Aktivismus. Nach seiner Emigration seien *Ciorans* deutsche durch französische Lehrmeister, die deutsche durch die französische Sprache ersetzt worden. Die *Cahiers* enthalten nichts Privates und Persönliches, sondern bestehen aus philosophischen Diskursen, wobei die enorme Flüchtigkeit der Überzeugungen auffalle. Dieser geistreiche Irrationalismus gepaart mit einer „balkanischen Hoffnungslosigkeit“ führe dazu, dass die nächste Seite des Tagebuchs die vorangegangene Seite immer wieder dekonstruiere. Weder Rat noch Hilfe seien zu erhoffen, *Cioran* bleibe von den intellektuellen Moden seiner Zeit unabhängig und lasse seine Leser geistig angeregt, aber ratlos zurück.

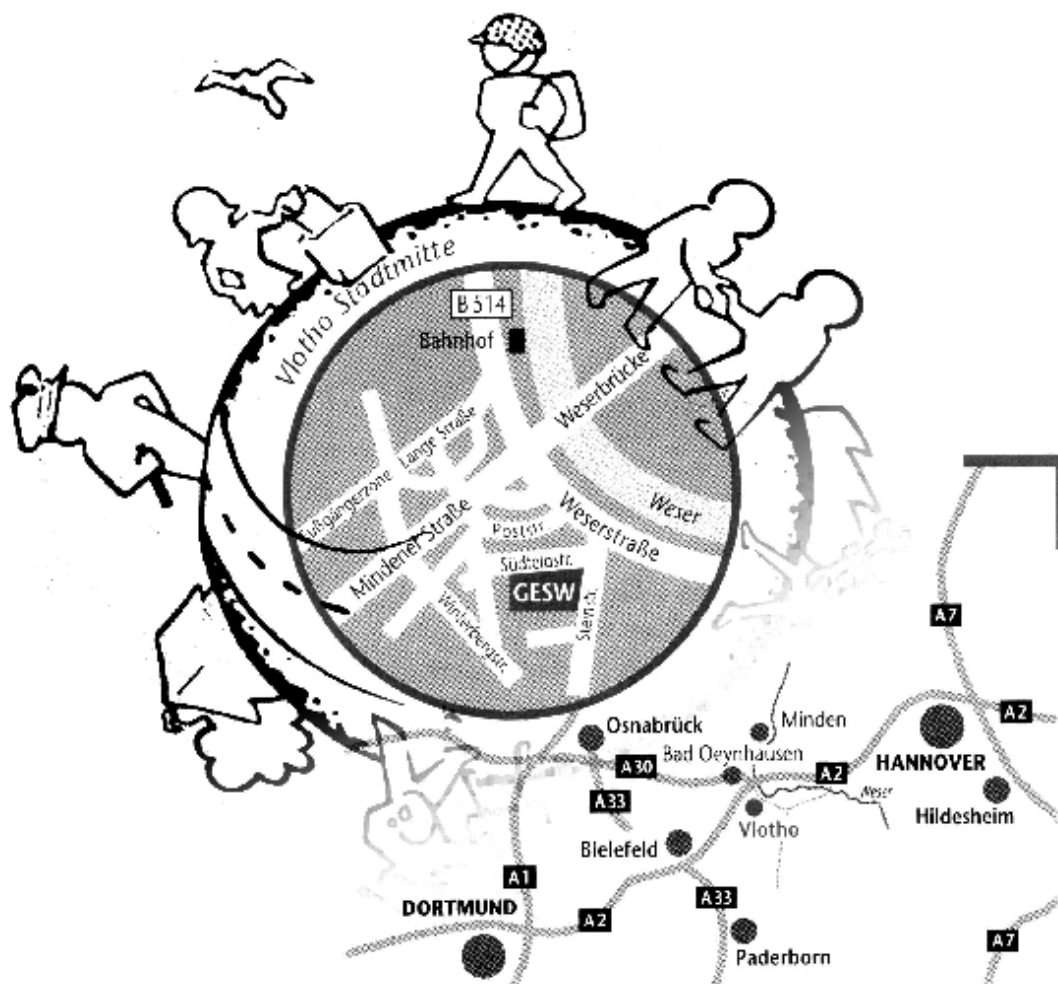
„Soll man heilige Orte besuchen?“, fragt der Autor im Kontext eines dreitägigen Besuchs seiner Geburtsstadt Lemberg, die ihm einerseits fremd, andererseits sehr bekannt vorkommt. Mit Hilfe einer kompetenten und einfühlsamen Stadtführung, die ihn auch zum legendären Haus seiner Familie führt, kommt *Zagajewski* nach langem Abwägen schließlich zum Ergebnis, dass man mythische Orte besuchen sollte, allerdings immer nur in Begleitung eines geeigneten nüchternen Führers. (S. 180)

In „*Das intellektuelle Krakau*“ beschreibt *Zagajewski* den heruntergekommenen, bröckelnden Westteil der Stadt, in dem die Intellektuellen wohnen, und der nur von Besuchern aus anderen exkommunistischen Staaten verstanden werden kann, da sie ebenfalls das Ergrauen ihrer Städte erlebten. Die trostlose Wirklichkeit werde aus deren Perspektive mit Träumen geflickt, wozu die Dichtung in hohem Maße beitragen könne. Schließlich stellt *Zagajewski* vor dem Hintergrund des Fotoalbums von *Bogdan Konopka*, der Paris, und nicht dessen Mythos fotografiert habe, in seinem Essay „*Das graue Paris*“ die Gemeinsamkeit zwischen den bescheidenen Ortschaften der europäischen Peripherie und den grauen Bezirken der großen europäischen Metropole her. Im abschließenden Essay „Polnisch schreiben“ schildert der Autor, wie sich die Bedeutung des Polnischen als Literatursprache und der nationale Auftrag der polnischen Schriftsteller im Laufe der Jahrhunderte veränderte, und konstatiert schließlich, dass es nach dem Sieg über den Totalitarismus und in Zeiten der Normalisierung vielleicht egal sein könnte, in welcher Sprache man schreibe.

Der Wanderer zwischen den Welten, der Exilant und Rückkehrer *Adam Zagajewski* erweist sich auch in diesem Essayband als gelehriger Grenzgänger und zuverlässiger Vermittler von gelegentlich extremen Positionen, Lebensentwürfen und Sichtweisen, die nicht nur ein enormes Wissen und eine empathische Doppelperspektive zur Voraussetzung haben, sondern eben auch die stille Glut der Leidenschaft, um deren Verteidigung er sich in diesem lesenswerten Buch so redlich bemüht.

ZW

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale
Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro
Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de